

# Schleswig-Holsteinischer Landtag

14. Wahlperiode

## Plenarprotokoll 14/50

### 50. Sitzung

Kiel, Freitag, 23. Januar 1998

#### **Schnellbahnanbindung an den .....3 Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel**

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/1203

Peter Lehnert (CDU)  
Bernd Schröder (SPD)  
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)  
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)  
Peter Gerckens (SSW)  
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft,  
Technologie und Verkehr

Beschluß: Überweisung an den  
Wirtschaftsausschuß

#### **Stärkung des Verbraucherschutzes auf .....11 dem Rindfleischmarkt in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/1208  
Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 14/1231

Sabine Schröder (SPD)  
Claus Ehlers (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)  
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)  
Peter Gerckens (SSW)  
Friedrich-Carl Wodarz (SPD)  
Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume,  
Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Beschluß: Überweisung an den  
Agrarausschuß

#### **Gentechnik in der Landwirtschaft .....18**

Antrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/1210

Sabine Schröder (SPD)  
Gero Storzjohann (CDU)  
Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)  
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)  
Anke Spoorendonk (SSW)  
Rainer Steenblock, Minister für Umwelt,  
Natur und Forsten  
Konrad Nabel (SPD)  
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

- Beschluß: Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung
- Resolution zur Nicht-Impfpolitik der Europäischen Union .....31**
- Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/979
- Bericht und Beschlußempfehlung des Agrarausschusses Drucksache 14/1148
- Claus Hopp (CDU), Berichterstatter  
Hans Siebke (CDU)  
Friedrich-Carl Wodarz (SPD)  
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)  
Peter Gerckens (SSW)  
Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus
- Beschluß: Annahme
- Bündelung der Europazuständigkeiten in der Landesregierung .....38**
- Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1062
- Bericht und Beschlußempfehlung des Europaausschusses Drucksache 14/1198
- Uwe Döring (SPD), Berichterstatter  
Bernd Saxe (SPD)  
Jost de Jager (CDU)  
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)  
Anke Spoorendonk (SSW)
- Beschluß: Ablehnung
- a) Erhalt von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen .....41**
- Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1068
- b) Stärkung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse**
- Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1094
- Bericht und Beschlußempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 14/1199  
Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1222
- Frauke Walhorn (SPD), Berichterstatterin  
Wolfgang Baasch (SPD)  
Torsten Geerds (CDU)  
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)  
Anke Spoorendonk (SSW)  
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Beschluß: Annahme
- Entschließung zur Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein .....49**
- Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/346
- Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/359 (neu)
- Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/367
- Bericht und Beschlußempfehlung des Agrarausschusses Drucksache 14/1201
- Claus Hopp (CDU), Berichterstatter
- Beschluß: Annahme
- Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Bau der A 20 .....50**
- Landtagsbeschluß vom 22. Januar 1998
- Bericht der Landesregierung
- Heide Simonis, Ministerpräsidentin  
Martin Kayenburg (CDU)  
Ute Erdsiek-Rave (SPD)  
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)  
Holger Astrup (SPD), zur Geschäftsordnung  
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.), zur Geschäftsordnung  
Anke Spoorendonk (SSW)  
Klaus Schlie (CDU)  
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beschluß: Für erledigt erklärt

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

**Heide Simonis**, Ministerpräsidentin

**Gerd Walter**, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

**Gisela Böhrk**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

**Dr. Ekkehard Wienholtz**, Innenminister

**Angelika Birk**, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie

**Peer Steinbrück**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

**Hans Wiesen**, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Rainer Steenblock**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

\* \* \* \*

**Beginn: 10:01 Uhr**

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Mitteilung der Fraktionen sind die Abgeordneten Thomas Stritzl und Peter Zahn beurlaubt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

**Schnellbahnanbindung an den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1203

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Lehnert.

(Beifall des Abgeordneten Gero Storzjohann [CDU])

**Peter Lehnert** [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor einigen Tagen wurden wir durch die öffentliche Erklärung des neuen Hamburger Bürgermeisters, Herrn Runde, überrascht, daß Hamburg in absehbarer Zeit keine **S-Bahn-Anbindung** für den Flughafen in **Fuhlsbüttel** bauen wird.

Angesichts der bereits seit Jahren vorliegenden Zahlen und Fakten bezüglich der Notwendigkeit und vor allem der Rentabilität eines S-Bahnanschlusses halten wir es für eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit, den Menschen in unserem Lande endlich eine klare Perspektive aufzuzeigen.

(Beifall bei der CDU)

Um dabei die **Interessen Schleswig-Holsteins** angemessen berücksichtigen zu können, fordern wir die Landesregierung auf, uns ein aktualisiertes Konzept für eine Schnellbahnanbindung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel an die schleswig-holsteinischen Schienenverkehre vorzulegen. Dabei kann die Landesregierung auf ein Gutachten aus dem Jahre 1990 zurückgreifen, das 1992 weiterentwickelt und modifiziert wurde. Erlauben Sie mir an dieser Stelle, mich beim Wirtschaftsministerium für die Zurverfügungstellung dieser Gutachten herzlich zu bedanken.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Das erlauben wir gern!)

Da viele gute Gründe für diese Anbindung sprechen, sollten wir in enger Abstimmung mit Hamburg auch unsere Interessen aktiv in die Planung einbringen. Lassen Sie mich einige dieser guten Gründe nennen: Viele Bürgerinnen und Bürger aus Schleswig-Holstein, die vom Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel reisen möchten, müssen wegen der fehlenden Bahnanbindung zwangsläufig mit dem **PKW** an- und abreisen. Das erhöht das **Straßenverkehrsaufkommen**, führt aber immer wieder zu unhaltbaren Zuständen, verbunden mit entsprechenden zeitlichen Verzögerungen. Von den Emissionen und dem unnötigen Verbrauch von Benzin möchte ich an dieser Stelle gar nicht sprechen.

Angesichts der Maßnahmen zum Ausbau des Flugverkehrs ist sogar ein weiterer **Anstieg der Passagierzahlen** auf bis zu 30.000 pro Tag zu erwarten. Ebenso wie die 13.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Flughafens kommen viele von ihnen aus Schleswig-Holstein.

Damit ist nicht nur ein deutliches Anwachsen des Straßenverkehrsaufkommens im Umfeld des Flughafens verbunden, sondern der Flughafen Fuhlsbüttel ist damit - bis auf Berlin-Tegel - der einzige große deutsche Verkehrsflughafen, der über keine eigene Schnellbahnanbindung verfügt. Es handelt sich also bei dieser Schienenanbindung nicht um irgendein Phantasieprojekt. Es geht vielmehr um den wohl wichtigsten internationalen Verkehrsknotenpunkt Norddeutschlands.

Erlauben Sie mir, noch kurz auf die **Entstehungsgeschichte** der bisherigen **Planungen** einzugehen: Ende der achtziger Jahre wurde die Idee eines Anschlusses an das Fernbahnnetz und an eine Regionalbahnverbindung für unsere Bürgerinnen und Bürger konkret anhand der möglichen Verbindungen über Eidelstedt beziehungsweise Hasloh geprüft. In dem Gutachten wurden beide Anbindungsvarianten als gleichwertig hinsichtlich der technischen Realisierbarkeit angesehen.

Weitere Bewertungen der Vor- und Nachteile möchte ich allerdings hier und heute nicht vornehmen, da ich damit dem Bericht der Landesregierung vorgreifen würde und dies einer sachlich fundierten und einvernehmlichen Lösung im Wege stehen könnte.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich glaube allerdings, daß wir versuchen sollten, diese Frage jenseits parteipolitischer Polemik und in Abstimmung mit Hamburg einer Lösung zuzuführen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut!)

Ich möchte Sie daher bitten, unserem Antrag zuzustimmen und über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg die Interessen Schleswig-Holsteins und seiner Bürgerinnen und Bürger aktiv zu vertreten. Um einen gemeinsamen, von allen Fraktionen getragenen Vorschlag vorlegen zu können, sollten wir dieses Thema im Ausschuß noch einmal intensiv beraten. Daher beantrage ich die Überweisung an den zuständigen Wirtschaftsausschuß und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schröder.

**Bernd Schröder** [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion fordert von der schleswig-holsteinischen Landesregierung ein Konzept für eine **Schnellbahnanbindung** des Flughafens **Fuhlsbüttel**. Die Forderung zur Schienenanbindung ist sachlich gerechtfertigt, zwingend erforderlich - nur, wir sind nicht zuständig. Wir diskutieren über Hamburger Gebiet und deren Planungshoheit.

Ihr Antrag nimmt das auf, Herr Lehnert, was wir als SPD-Landtagsfraktion nach einem Gespräch des Arbeitskreises Wirtschaft mit der Geschäftsführung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel festgestellt haben. Das ist in unserer Pressemitteilung vom 9. Dezember 1997 nachzulesen.

Ich begrüße also, Kollege Lehnert, die Anerkennung unserer Aktivitäten, auch wenn Sie natürlich offiziell die Aussage des Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg Ihrem Antrag zugrunde legen, der erklärt hat, daß der Flughafen Fuhlsbüttel aus finanziellen Gründen auf absehbare Zeit nicht durch eine S-Bahn an das Schnellbahnnetz angebunden wird.

Wir haben klar zum Ausdruck gebracht - das ist von der SPD-Fraktion und der Regierung gesagt worden -, daß Fuhlsbüttel als der norddeutsche Zentralflughafen eine Anbindung an die Schiene erhalten muß.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Hamburg ist der fünftgrößte deutsche Flughafen. Wenn die Deutsche Bahn AG sogar kleinere Flughäfen an die Schiene anbinden will, ist es nicht zu verstehen, warum sie gerade den Zentralflughafen im Norden Deutschlands außen vorläßt und vergißt.

Eine Schienenanbindung des Flughafens Fuhlsbüttel darf dabei nicht nur für den innerhamburgischen Verkehr Fuhlsbüttel-Ohlsdorf vorgesehen werden. Notwendig sind nicht nur eine schnelle Straßenquerverbindung im Norden Hamburgs und eine Anbindung an die A 7, sondern auch eine solche an die Schiene.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Ich hatte eingangs ausgeführt, daß der Antrag der CDU-Fraktion in der Intention übereinstimmend zu sehen ist. Nur bedarf es keines Beschlusses des Landtages, daß die Landesregierung aufgefordert wird, ein Konzept für eine Bahnanbindung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel an den schleswig-holsteinischen Schienenverkehr vorzunehmen. Dieses **Konzept** gibt es bereits. Ende 1992 hatte die **Landesregierung** beschlossen, von zwei möglichen Alternativen eine Anbindung des Flughafens Fuhlsbüttel an das schleswig-holsteinische Schienennetz in Form einer Regionalbahn über Neumünster - Elmshorn - Eidelstedt zu realisieren.

Dieses Konzept wurde in einer Größenordnung von 200 Millionen DM veranschlagt. Da fast ausschließlich das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg betroffen ist, bleiben die Planungsmöglichkeiten für Schleswig-Holstein begrenzt. Außerdem hat Hamburg eine Anbindung des Flughafens Fuhlsbüttel an eine Regionalbahn abgelehnt. Wie wir alle wissen oder wissen sollten, liegt auch kein Planfeststellungsbeschluß für diese Trasse vor.

**Hamburg** hat dagegen 1991 einen **Beschluß** zugunsten der S-Bahnanbindung des Flughafens gefaßt. Aus dem Handlungsrahmen für das Regionale Entwicklungskonzept für die Metropolregion Hamburg ergibt sich, daß die drei Länder gemeinsam festgestellt haben, daß die Entwicklung einer abgestimmten Verkehrspolitik für die Metropolregion und die Verwirklichung langfristig tragfähiger Verkehrskonzepte Ziele gemeinsamen Handelns für die Region sind. Weiter heißt es im Handlungsrahmen, daß die Ansätze für den Flughafen Hamburg, ein der Siedlungsstruktur angepaßtes Konzept mit dem

Stichwort „Stadtverträglicher Flughafen“ zu entwickeln, im Interesse der Wirtschaftskraft der Region weiterverfolgt werden müssen.

Hingewiesen wird auch auf die Grundsätze, die in den **Leitlinien** für eine norddeutsche **Luftverkehrspolitik** der Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister in 1995 niedergelegt worden sind. Diese Grundsätze - auch das ist nachzulesen - beinhalten eine S-Bahn-Anbindung des Flughafens Fuhlsbüttel.

Der Flughafen Fuhlsbüttel sichert zirka 30.000 Arbeitsplätze in der Metropolregion. Er hat auch nach den Ausführungen der Broschüre des Verkehrsministers „Verkehrsbrücke im Ostseeraum“ eine auch für Schleswig-Holstein herausragende Bedeutung weit über das Jahr 2000 hinaus.

Der Hamburger Bürgermeister hat die Verzögerung im Schnellbahnbau mit finanziellen Problemen und wichtigeren Projekten begründet. Wenn ich an die Haushaltsdebatte von vorgestern denke, stelle ich fest, daß es auch in Schleswig-Holstein unterschiedliche Wertigkeiten und Reihenfolgen sowie unterschiedliche Auffassungen über wichtige, wünschenswerte, aber auch nicht zu finanzierende Projekte in diesem Land gibt.

Für Schleswig-Holstein ist die Schienenanbindung auch in Form der S-Bahn - auch, wenn wir eine andere Prämisse mit der Regionalbahn hatten - von erheblicher Bedeutung. Auch die von der Flughafengesellschaft bisher eingesetzten Mittel von über 30 Millionen DM für die Umgestaltung des Flughafens dürfen in der endgültigen Entscheidung Hamburgs nicht unberücksichtigt bleiben.

Ich hoffe, daß der **CDU-Antrag** appellmäßig zu verstehen ist, als **Appell** an die Hamburger Regierung, das Planfeststellungsverfahren in Sachen S-Bahn-Anbindung Fuhlsbüttel zu Ende zu führen und die Anbindung zu realisieren. Hamburg hat die Möglichkeit, einen wichtigen Teilbereich des Regionalen Entwicklungskonzeptes für die Metropolregion Hamburg umzusetzen und mit Leben zu erfüllen - dies insbesondere auch im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung in der gesamten Metropolregion.

Sollte jedoch hinter dem CDU-Antrag, Kollege Lehnert, mit der Forderung an die Landesregierung, ein Konzept vorzulegen, die Vorstellung stecken, daß das Land Schleswig-Holstein die **Finanzierung** übernimmt oder in eine Vorfinanzierung eintritt, so werden und

müssen wir dem Antrag eine Absage erteilen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang zum Beispiel an die Forderung des Kollegen Maurus zum zweigleisigen Ausbau der Strecke Niebüll - Westerland mit Kosten von 70 bis 80 Millionen DM. Auch die kann das Land nicht übernehmen. Wenn wir uns einmal die Forderungen der letzten zwei Jahre vor Augen führen, stellen wir fest, daß wir im dreistelligen Millionenbereich sind. Das kann das Land nicht tragen, nicht finanzieren.

Wir haben in Schleswig-Holstein dringende Projekte zu verwirklichen, die wichtig für unser Land sind, zum Beispiel die Schienenengpaßbeseitigung Elmshorn - Pinneberg, die Elektrifizierung von weiteren Strecken und so weiter.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Sehr richtig!)

Wir alle wissen, daß der Bundesverkehrswegeplan und der Fünfjahresplan Schiene völlig unterfinanziert sind.

Wenn für uns in der Metropolregion Hamburg die Anbindung des Flughafens Fuhlsbüttel von so großer Bedeutung ist und die **Finanznot** der öffentlichen Hände unbestritten ist, sollten Sie von der CDU zusammen mit uns den Mut haben, zum Beispiel den völlig überflüssigen Transrapid in Frage zu stellen und zu verhindern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich fordere Sie auf, Ihre noch bestehenden guten Kontakte zur Bonner Regierungskoalition zu nutzen, um dies zu erreichen.

Von einem relativ kleinen Anteil der Kosten von zirka 14 Milliarden DM des Transrapids könnten wir unsere Probleme im norddeutschen Raum lösen, zum Beispiel die Flughafenanbindung, die Schienenengpaßbeseitigung, die Elektrifizierung, das Nadelöhr Hochbrücke, NOK und weitere Projekte.

Ein neues Konzept auf schleswig-holsteinischer Seite benötigen wir nicht. Für die SPD-Landtagsfraktion beantrage ich - da stimmen wir überein, Herr Lehnert - die Überweisung an den Wirtschaftsausschuß. Wir sollten dort geeignete Maßnahmen und Vorgehensweisen abstimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die bis jetzt fehlende **Schienenverkehrsanbindung** des **Hamburger Flughafens** ist verkehrspolitisch ein Skandal und fast einzigartig bei Großflughäfen in Deutschland und Europa. Hamburg hat 30 Jahre lang geschlafen, und leider wird die neue Regierung kurzfristig keine Änderung herbeiführen. Das wird von uns Grünen außerordentlich bedauert.

Verkehrspolitisch wäre eine Stadtbahnanbindung des Flughafens über den Hauptbahnhof die ökonomisch und ökologisch beste Lösung - so wie die GAL das immer vorgeschlagen hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schienenanbindung in Hamburg selbst ist so lange auf Eis gelegt worden, bis die Haushaltssituation von Hamburg einen Baubeginn wieder erlaubt.

Die Planungen für einen S-Bahn-Anschluß sind abgeschlossen. Es gibt noch ein paar Klagen abzuwarten. Jetzt werden die Planungen für eine Stadtbahn zum Flughafen durchgeführt, damit die Stadtbahn planerisch gleichziehen kann. Herr Lehnert, das heißt: Die Planungen sind im Gange.

In unserem **Koalitionsvertrag** steht, daß die Landesregierung von Schleswig-Holstein eine direkte Schienenanbindung an den Großflughafen für wichtig halte, dieses Vorhaben aber wegen fehlender finanzieller Mittel zurückstellen müsse. Eine Verbesserung der Busanbindung werde angestrebt.

Im Landesweiten Nahverkehrsplan vom April 1997 steht auf Seite 37, die Freie und Hansestadt Hamburg unterstütze qualitative Verbesserung im SPNV. Der Flughafen solle eine Schienenanbindung - S-Bahn oder Stadtbahn - erhalten.

Im Anhang A 5 steht auf Blatt 14 zur Flughafenanbindung von Elmshorn bis Fuhlsbüttel - ich vermute, hierum geht es im Antrag der Fraktion der CDU -, eine Linienführung müsse zunächst bestimmt werden, und es werde eine Sonderuntersuchung in Zusammenarbeit mit Hamburg empfohlen. Zu

Investitionskosten, Nachfragepotential, Kostendeckungsgrad und dem allgemeinen Nutzen werden aber keine Angaben gemacht.

Aus grüner Sicht ist eine nördliche Schienenanbindung mittelfristig sinnvoll über Eidelstedt und Ohlsdorf, über die Hamburger Güterumgehungsbahn. Dort fehlen noch 6 km Schienenstrecke. Diese Anbindung bietet die notwendige Entlastung der Lombardsbrücke in Hamburg, über die der gesamte Schienenverkehr abgewickelt wird.

Die **Busanbindung** von Kiel und Neumünster mit dem Kilius-Flughafenbus hat sich bewährt. Es gibt täglich elf Fahrten von und nach Fuhlsbüttel. Die Fahrpreise sind angemessen. Bahncardbesitzer zahlen die Hälfte. Eine einfache Fahrt kostet 11,50 DM.

Der Nachteil liegt aber auf der Hand: Der Bus steht im selben Stau wie die PKWs, die zum Flughafen wollen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Bei großer Nachfrage dauert es manchmal 30 Minuten, bis der Bus abfahren kann. Einsteigen, Fahrpreise bezahlen, Gepäck verstauen, Anforderung von Ersatzbussen bei Übernachtung und so weiter, das zehrt an den Nerven von Geschäftsreisenden und Urlaubern. Eine direkte **Schienenanbindung** im Taktfahrplan würde das vermeiden und zu einer qualitativen Verbesserung führen, die ein großes Nutzerinnen- und Nutzerpotential hat.

Aus unserer Sicht spricht nichts gegen die Erarbeitung eines Konzeptes mit den notwendigen Rahmenbedingungen. Ein solches **Konzept** muß aber so flexibel sein, daß wir es auch in fünf oder zehn Jahren für dann aktuelle Planungen noch nutzen können. Sonst ist es nur Träumerei, weil die Schienenanbindung jetzt nicht finanziert wird.

Herr Lehnert, ich komme nun zur **Finanzierung**. Da muß man wohl einmal ein offenes Wort sprechen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist immer noch so, daß die Finanzierung von Schienen - regional und Fernverkehr - Sache des Bundes ist. Das ist mit der Regionalisierung nicht geändert worden. Es ist nach wie vor Sache des Bundes. Der Bund hat die Mittel für den regionalen Schienenverkehr radikal zusammengestrichen. Anstelle

der versprochenen 20 % Anteil für sämtliche Regionalstrecken - 80 % kriegt der Fernverkehr - werden nur noch 6 % für regionale Schienen zur Verfügung gestellt. Das ist die Politik des Bundes im regionalen Schienenverkehr im Moment. Ich halte das für eine Katastrophe, weil das im Grunde die Regionen abhängt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Gerade Länder wie Schleswig-Holstein sind von dieser Politik in ganz besonderer Weise benachteiligt. Wenn Sie hier laut schreien - -

(Klaus Schlie [CDU]: Wer schreit denn?  
- Heiterkeit bei der CDU)

- Wenn Sie hier den Mund aufmachen und Forderungen stellen, sollten Sie - bitte schön - nicht eine Forderung in Höhe von 50 Millionen DM, eine in Höhe von 70 Millionen DM und eine in Höhe von 170 Millionen DM stellen und verschweigen, daß der Bund zuständig ist und die Mittel zusammenstreicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Zunächst möchte ich Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne von der Theodor-Heuss-Realschule in Preetz und der Deutschen Angestellten-Akademie Kiel begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns einig darüber, daß die **Schienenanbindung** des Flughafens **Fuhlsbüttel** dringend notwendig wäre, dringend notwendig ist. Wir sind uns heute offensichtlich auch einig, daß sie zur Zeit nicht finanzierbar ist, was ich ausdrücklich bedaure.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Lehnert, trotz der Einigkeit über die Notwendigkeit der Schienenanbindung sowohl aus

ökologischen als auch ökonomischen Gründen, ist mir der tiefere Sinn Ihres Antrages überhaupt nicht einsichtig.

(Der Abgeordnete Peter Lehnert [CDU] hält die entsprechende Pressemitteilung der Fraktion der F.D.P. hoch)

- Ich weiß, daß Sie das längst gelesen haben; aber ich muß das hier trotzdem sagen, weil wir unsere Reden ja nicht zu Protokoll geben können.

(Heiterkeit bei der CDU)

Um ganz sicher zu gehen, habe ich mir das extra noch einmal angeguckt: Der Fuhlsbütteler Flughafen liegt ausschließlich auf Hamburger Gebiet. Deswegen bin ich überrascht, daß Sie den schleswig-holsteinischen Verkehrsminister und die schleswig-holsteinische **Landesregierung** auffordern, ein **Konzept** vorzulegen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Natürlich gebe ich Ihnen recht, daß die fehlende Schnellbahnanbindung sowohl die Erreichbarkeit als auch die Funktionsfähigkeit des Flughafens erheblich beeinträchtigt. Was ich jedoch überhaupt nicht nachvollziehen kann, ist die Forderung an die schleswig-holsteinische Landesregierung. Das habe ich eben schon gesagt. Ich bin da mit dem Kollegen Schröder offensichtlich einig.

Wir alle haben gelesen, was Herr Runde dazu gesagt hat, und wir alle sind sicherlich darüber informiert, was die rot-grüne Koalition in Hamburg dazu gesagt hat. Ich frage mich aber, warum sich ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt, da Hamburg sagt, sie wollten es nicht, sie könnten es nicht, der schleswig-holsteinische Minister den Kopf seines Hamburger Kollegen zerbrechen soll.

Wenn wir in Schleswig-Holstein irgend etwas planen, laufen wir Gefahr, daß die Planung an der Landesgrenze endet und dort steckenbleibt. Solange Hamburg nicht von sich aus die Notwendigkeit erkennt, tätig zu werden, ist es meiner Meinung nach der falsche Zeitpunkt, die Landesregierung mit der Erstellung eines Konzepts zu beauftragen.

Wir haben ja ein Gremium, das sich mit den Fragen der Metropolregion Hamburg auseinandersetzt, insbesondere der grenzüberschreitenden Planung und Verkehrsplanung, nämlich den **trilateralen Planungsrat**, der sich im Rahmen des Gesamtkonzepts

Metropolregion Hamburg mit dieser Angelegenheit befaßt. Selbstverständlich bin ich damit einverstanden, daß wir Ihren Antrag dem Ausschuß überweisen, Herr Lehnert! Aber insbesondere sollte sich das Gremium, das für solche Fragen extra geschaffen worden ist, mit dem Problem befassen; da wäre das richtig aufgehoben.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Ursula Kähler [SPD])

Herr Lehnert, ich habe noch eine Frage an Sie, die Sie in Ihrem heutigen Redebeitrag nicht angesprochen haben, obgleich sich Ihr Antrag darauf bezieht. Sie sagen, der **Verkauf der Anteile des Flughafens** wäre für die schleswig-holsteinische Landesregierung lukrativer, wenn es ein solches Konzept gebe. Soweit ich die Beratungen hier verfolgt habe, ist es doch so, daß der Finanzminister dieses Landes die Anteile spätestens im nächsten Jahr verkaufen will und daß damit die Wertsteigerung, die Sie in dem Konzept zu Recht unterstellen, bedauerlicherweise viel zu spät käme, so daß ich auch aus diesem Grunde nicht erkennen kann, daß wir heute die Landesregierung auffordern sollen, ein Konzept auf den Weg zu bringen.

Ich hoffe, daß Sie, obwohl Sie meine Rede vorher gelesen haben, dennoch bemerkt haben, daß ich auch ohne das Konzept einiges hinzufügen kann, also auch morgens um 10:00 Uhr schon relativ kreativ bin.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerckens.

**Peter Gerckens [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wunschliste der CDU zum Straßen- und Schienenverkehrsausbau im Land ist offensichtlich unendlich. In der letzten Sitzung beantragten Sie, die Strecke Westerland - Niebüll zweigleisig auszubauen. Davor wollten sie einen vierspurigen Ausbau der A 7.

(Zurufe: Sechsspurig!)

- Ja, richtig, sechsspurig!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Mehr, mehr, mehr“ schrie der kleine Häwelmann!)

- Vier in jeder Richtung natürlich. - Die A 20 und die westliche Elbquerung sollen lieber heute als morgen gebaut werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU -  
Unruhe)

- Kollege Maurus, regen Sie sich ja nicht auf; das tut Ihrer Gesundheit wesentlich nicht gut und trägt nicht zu einer Verbesserung der Diskussion bei.

(Unruhe)

Natürlich sei die schleswig-holsteinische Landesregierung dafür verantwortlich, daß nichts passiere - so die CDU.

Auch der SSW hat eine lange Wunschliste wichtiger Infrastrukturprojekte im Landesteil Schleswig, die ich jetzt gar nicht alle aufzählen möchte. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wir müssen doch einfach einmal realistisch sein!

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man kommt doch nicht dadurch weiter, daß man immer wieder unrealistische Anträge im Landtag stellt und die Landesregierung anprangert, wenn sie dem nicht folgen kann.

(Anhaltende Unruhe)

Wir alle wissen, daß die **finanziellen Rahmenbedingungen** für die notwendigen Infrastrukturprojekte des Landes zur Zeit nicht vorhanden sind. Der Landesverkehrsminister hat gerade erst einen Landesverkehrsplan für den Schienenpersonenverkehr erstellt, mit dem zumindest einige Schwachstellen des Schienenverkehrs in Schleswig-Holstein beseitigt werden sollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund stellt die CDU einen Antrag, in dem gefordert wird, daß die **Landesregierung** ein **Konzept** für eine **Schnellbahnanbindung** des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel an die schleswig-holsteinischen Schienenverkehre vorlegt. Nach meinen Informationen würde die schleswig-holsteinische Lösung eine Anbindung an den Flughafen durch eine Regionalbahn weit über 100 Millionen DM kosten. -

Woher soll das Geld kommen? - Vielleicht hat Herr Maurus die Lösung; er nimmt es aus Westerland mit.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN - Zurufe)

Herr Maurus, auch wir sehen selbstverständlich die Notwendigkeit ein, daß der internationale Flughafen durch die Schiene erreichbar sein muß. Das liegt auch im Interesse des Landes Schleswig-Holstein, besonders angesichts der Tatsache, daß die Pläne für den Großflughafen Kaltenkirchen gescheitert sind. Aber die Hauptverantwortung für dieses **Projekt** kann doch nur bei der Stadt **Hamburg** liegen. Die schleswig-holsteinische Lösung mit einer Regionalbahn wurde spätestens 1991 auf Eis gelegt, weil sich die Stadt Hamburg öffentlich auf eine S-Bahnanbindung oder Stadtbahn festgelegt hatte.

Wir bedauern, daß Hamburg jetzt dieses Projekt aus finanziellen Gründen vorläufig zurückgestellt hat. Der SSW ist weiter der Meinung, daß Hamburg in der Verantwortung bleibt, eine vernünftige Anbindung an den Flughafen Fuhlsbüttel zu gewährleisten. Deshalb lehnen wir das Konzept für eine Schnellbahnanbindung an den schleswig-holsteinischen Schienenverkehr ab. Diese Lösung ist zu teuer und in absehbarer Zeit nicht durchsetzbar. Außerdem ist es unsinnig, daß Fluggäste aus Hamburg über Schleswig-Holstein anreisen müssen, wenn sie auf Schienentransport bestehen.

Wir fordern die Landesregierung daher auf, sich weiterhin beim Hamburger Senat dafür einzusetzen, daß die S-Bahnlösung oder notfalls eine Stadtbahnlösung zügig umgesetzt wird.

Der Ausschußüberweisung stimmen wir zu.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Herr Minister Steinbrück.

**Peer Steinbrück**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke für all diejenigen Beiträge, die die Debatte vom Kopf auf die Füße gestellt haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der Aufforderung der CDU, ein **Konzept** zu liefern, kann sofort nachgekommen werden, aber das ist nicht das Problem. Das Problem ist, daß es um die interessanteren Fragen der Realisierung und **Finanzierung** des Projekts geht.

Die Landesregierung hat ein solches Konzept. Herr Lehnert hat das in der historischen Betrachtung ganz richtig dargestellt. Wir haben mit solchen Arbeiten bereits Ende der achtziger Jahre begonnen. Untersucht wurden mehrere Varianten, und zwar nicht nur von Experten meines Hauses, sondern auch von externen Gutachtern.

Viele werden sich erinnern, daß wir damals zwei Korridore im einzelnen untersucht haben, nämlich zum einen den sogenannten **AKN-Korridor**, Neumünster - Kaltenkirchen - Hasloh, und zum anderen den sogenannten **DB-Korridor** mit der Anbindung über Elmshorn - Eidelstedt als eine Regionalbahn.

Die Vor- und Nachteile dieser beiden Korridore sind sehr intensiv abgewogen worden. Viele werden in Erinnerung haben, daß das Kabinett dann im Jahre 1992 eine Entscheidung für eine solche Anbindung von Norden kommend zugunsten einer Regionalbahn auf dem Korridor der DB AG getroffen hat. Alle Details sind dafür lieferbar. Soweit Sie sie schon haben, freut mich das.

Die Umsetzung dieses Konzeptes für eine Regionalanbindung betrug nach dem damaligen **Kostenstand** im Jahre 1992 schon 200 Millionen DM. Nicht weniger! Unsere politische und Lebenserfahrung wird ausweisen, daß der Kostenstand heute über 200 Millionen DM liegen dürfte und nicht darunter.

Der überwiegende Teil dieser **Investition** hätte auf **Hamburger Gebiet** getätigt werden müssen. Dies gilt im übrigen - wie schon viele hier im Hohen Hause darauf hingewiesen haben - auch für das Planfeststellungsverfahren, das ausschließlich auf Hamburger Gebiet hätte stattfinden müssen. Hamburg hat dieses Projekt einer Regionalbahn von Schleswig-Holstein kommend zum Fuhlsbütteler Flughafen immer als nicht vordringlich eingestuft - zu meinem Bedauern, aber wahrscheinlich zu Ihrer aller Bedauern auch. Die Hamburger haben andere Prioritäten gesetzt, und wir haben einfach gelernt - ich füge hinzu: lernen müssen -, daß ohne die Zustimmung Hamburgs und auch ohne den expliziten politischen Willen Hamburgs ein solches Konzept, so gut es sein mag, von Schleswig-Holstein allein nicht umgesetzt werden kann. Das ist Fakt bis zum heutigen Tage.

Uns hat dann mindestens etwas getröstet, daß der **Hamburger Senat** Anfang der neunziger Jahre grundsätzlich den Bau einer **Flughafen-S-Bahn** beschlossen hat. Dies haben wir als zweitbeste Lösung akzeptiert nach dem Motto: Besser eine solche Anbindung auf der Schiene zum Fuhlsbütteler Flughafen als gar keine. Das war so ein bißchen in Anwendung eines alten Wortes: Lieber die Wiesenralle in der Hand als den Kormoran auf dem Dach.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir haben es immer für vorteilhaft gehalten, daß die Hamburger eine solche S-Bahn-Lösung als einen geeigneten Zwischenschritt betreiben wollten und damit wenigstens über den Hamburger Hauptbahnhof Richtung Ohlsdorf zum Fuhlsbütteler Flughafen auch für schleswig-holsteinische Gäste aus Kiel und Flensburg kommend eine solche Anbindung entstünde.

Nun haben die Hamburger sogar ein Planfeststellungsverfahren dazu durchgeführt. Sie haben es nicht nur bei Blaupausen belassen; es gibt dazu auch einen Planfeststellungsbeschluß. Und nun kommt es allerdings: Es gibt auch 30 **Anliegerklagen**. Das passiert ja häufig, wie wir gerade wieder erfahren.

(Zurufe und Heiterkeit)

Ich kann nur hinzufügen: Solche Klageverfahren haben es in sich;

(Lachen bei der CDU)

das werden Sie sicherlich aus den Vorkommnissen der letzten Tage mitbekommen haben. Daher ist dieser Planfeststellungsbeschluß - wie ein anderer wichtiger auch - noch nicht bestandskräftig. Insofern ist die allerdings schlimme Feststellung zutreffen - anders als in dem anderen Fall, der mir jetzt noch nicht einfällt, aber in wenigen Stunden -, daß nämlich bei diesem S-Bahnhof in Hamburg schon 35 Millionen DM investiert worden sind. Die liegen da schon in der Erde; die sind da schon verbuddelt.

Eigentlich waren die Planungen so, daß bis Ende 1998 ein **Gesamtinvestitionsvolumen** von 370 Millionen DM hätte investiert werden sollen, um die Fertigstellung zu betreiben. Das alles hat nicht stattgefunden. Sie haben die Hamburger Diskussion in der Presse verfolgen können. Wir sind den Weg gegangen, daß die Ministerpräsidentin entweder schon geschrieben hat oder in diesen Tagen einen Brief an den Hamburger Ersten Bürgermeister dazu schreibt und

noch einmal versucht, auf Hamburg einzuwirken, die getroffene Entscheidung zu überdenken.

Ich werde ein Gespräch mit meinem neuen Senatorenkollegen, Herrn Mierow, Anfang Februar zum Anlaß nehmen, das Thema der S-Bahnanbindung noch einmal anzusprechen, und ich denke, wir sind alle deshalb gut beraten - wie es fast alle Redner auch schon gesagt haben -, die kollegialen Verbindungen zu unseren Kollegen - sei es im parlamentarischen Rahmen oder auch im Senat - nicht durch laute Töne aus Schleswig-Holstein zu beschweren. Dies müßte eigentlich im Sinne aller politischen Kräfte sein, die ja im Zusammenwirken mit der Freien und Hansestadt Hamburg doch eine strategische Bedeutung sehen. Insofern wäre ich dankbar, wenn wir hier keine Schelte betrieben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist Ausschlußüberweisung beantragt worden. Der Antrag Drucksache 14/1203 soll dem Wirtschaftsausschuß überwiesen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmhaltungen? - Einmütig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 16 der Tagesordnung auf:

#### Stärkung des Verbraucherschutzes auf dem Rindfleischmarkt in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/1208

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 14/1231

Der SSW hat mir mitgeteilt, daß im Kopf der Änderungsantrages ein Druckfehler berichtigt werden muß. Der Bezug ist nicht die Drucksache 14/1069, sondern die Drucksache 14/1208.

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Schröder.

#### Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die unendliche Geschichte zu **BSE** geht weiter. Erst vor einem halben Jahr haben die Vorgänge in **Kaltenkirchen** wiederholt Mängel in der Kennzeichnung und Kontrolle der Herkunft von Rindfleisch offengelegt. Die Anmeldepflicht von Rindfleischsendungen war nicht eingehalten worden, die Angaben in den Handelsdokumenten waren unzureichend, die Ein- und Ausgangsprotokolle waren nicht im erforderlichen Umfang geführt worden, und der Kennzeichnungspflicht war durch den Betrieb nicht nachgekommen worden.

Die Mängel wurden in Schleswig-Holstein behoben. Die Firma Nordland wurde geschlossen. Es ist in der Folge zu begrüßen, daß die Bundesregierung ein **Rindfleischetikettierungsgesetz** auf den Weg gebracht hat, das allerdings noch im Vermittlungsausschuß liegt.

Der Bundesrat bemängelt, daß der Bund zwar die Etikettierungssysteme genehmigen, die Überwachung aber von den Ländern durchgeführt werden soll. Unklar ist auch die Kostenverteilung. Ziel muß es sein, eine Kontrolle von der Geburt über die Schlachtung bis hin zur Ladentheke durch ein einheitliches, transparentes Etikettierungssystem zu gewährleisten. Der Verbraucher muß die Herkunft des Rindfleisches einschließlich der Wurst - Frau Abgeordnete Spoorendonk und Herr Abgeordneter Gerckens, da stimmen wir überein - nachvollziehen können.

**Schleswig-Holstein** hat im Rahmen seiner Möglichkeiten schnell gehandelt. Bereits zum 31. Dezember 1997 hat der Landeskontrollverband in Absprache mit dem Ministerium für ländliche Räume doppelte **Ohrmarken** zusammen mit den Tierpässen für neugeborene Kälber versandt. Die Kosten der neuen Rinderkennzeichnung betragen jährlich 829.000 DM. Der Beirat des Tierseuchenfonds hat beschlossen, diese Kosten als Beihilfe zu übernehmen.

Offen ist noch die Umsetzung für ein nationales Herkunfts- und Informationssystem Tier, abgekürzt HIT, über die Einrichtung und den Betrieb einer zentralen Datenbank. Die Finanzierungsverhandlungen sind auch noch nicht abgeschlossen. Wir fordern eine **Kofinanzierung** durch den Bund und die EU.

Alle diese Maßnahmen werden allerdings konterkariert durch die von der **EU-Kommission** vorgeschlagene **Lockerung des Exportverbotes** für Rindfleisch aus

Nordirland. Dies ist ein Schlag ins Gesicht für alle Bemühungen, das Vertrauen der Verbraucher durch den Herkunftsnachweis wiederaufzubauen. Was nützt ein sicheres Zertifizierungssystem, wenn die EU und die britische Regierung nicht in der Lage sind, das totale Exportverbot vom März 1996 zu überprüfen? Eine Lockerung wäre ein Skandal. Der Vorschlag der EU-Kommission soll auf der Sitzung des ständigen Veterinärausschusses geprüft werden. Die SPD-Fraktion fordert die Minister Seehofer und Borchert auf, sich energisch gegen eine Lockerung einzusetzen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insofern unterstützen wir auch die Forderung des Ministeriums für ländliche Räume.

Zu der Beseitigung von Risikomaterial, einem besonderen Fall, nimmt später mein Kollege Wodarz Stellung. Wir beantragen Abstimmung in der Sache und übernehmen selbstverständlich in Absprache mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag des SSW.

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ehlers.

**Claus Ehlers [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf Initiative der Bundesregierung ist der **Gesetzentwurf zur Rindfleischetikettierung** auf den Weg gebracht worden. Der Entwurf wurde im Oktober 1997 im Bundestag mit Mehrheit beschlossen. Am 28. November 1997 verweigerte jedoch der Bundesrat - die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat sind Ihnen ausreichend bekannt - seine Zustimmung, obwohl die beteiligten Fachausschüsse die Zustimmung zu dem Gesetz empfohlen hatten.

(Claus Hopp [CDU]: Unglaublich!)

Die SPD hat weder die Initiative ergriffen, noch hat sie etwas dazu beigetragen, das Verfahren zu beschleunigen;

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Hört, hört!)

im Gegenteil! Die Mehrheit im Bundesrat hat das Gesetzgebungsverfahren verzögert, wie es uns auch aus

anderen wichtigen Politikfeldern zureichend bekannt ist.

(Hans Siebke [CDU]: Jawohl!)

Es ist daher scheinheilig, hier im Landtag einen Antrag einzubringen, der die Bundesregierung auffordert, zügig tätig zu werden. Insofern ist der Antrag vollkommen überflüssig.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Die Bundesregierung hat zügig gehandelt. Sie ist von den Sozialdemokraten daran gehindert worden, den Gesetzentwurf schnellstmöglich umzusetzen,

(Beifall bei der CDU)

obwohl gerade im Interesse von Verbrauchern und Bauern Eile geboten ist, denn nichts ist in dieser Frage wichtiger als **Verbraucherschutz** und vertrauensbildende Maßnahmen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das muß Wiesen aber doch eigentlich wissen!)

- Er hört aufmerksam zu.

Der Antrag ist außerdem überholt. Der Vermittlungsausschuß hat am 14. Januar 1998 - also am Mittwoch vergangener Woche - der Kompromißlinie zugestimmt, und der Bundestag kann am 4./5. Februar 1998 den Änderungen zustimmen - hoffentlich mit den Stimmen der gesamten SPD im Bundestag.

Wir wären dankbar, wenn wir künftig hier im Parlament nicht über Sachverhalte reden müßten, die von der Bundesregierung faktisch schon erledigt sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Mit Punkt 2 des SPD-Antrags, mit dem die **Kofinanzierung** der EU eingefordert wird, sind wir einverstanden, und mit Punkt 3, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich für Kontrollen einzusetzen, sind wir ebenfalls einverstanden.

Deshalb beantragen wir Ausschußüberweisung.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die ins Auge gefaßte **Kennzeichnung von Rindern** zielt ja in der Hauptsache auf eine für Verbraucher nachvollziehbare Herkunftssicherung ab. Hintergrund der ganzen Geschichte ist die **BSE-Seuche**. Die Kennzeichnung bietet allerdings auch über die Seuchenproblematik hinaus Vorteile, zum Beispiel für die Vermarktung der Produkte unserer Region - Stichwort: Premium-Produkte aus Schleswig-Holstein! Wie wir aus der Erfahrung mit der Gütesiegelarbeit wissen, ist das Image unseres Landes als Urlaubsland zwischen den Meeren mit klarer Luft bei den Verbrauchern in den Ballungszentren auch außerhalb unseres Bundeslandes hoch angesehen.

Wir Grüne haben schon immer eine Tierkennzeichnung und -erfassung gefordert, auch vor BSE-Zeiten. Tatsache ist heute - durch die Seuchenproblematik beflügelt -, daß die Verbraucher beim Fleischeinkauf die Herkunft der Ware erfragen. Mit einer neuen flächendeckenden und tierscharfen Kennzeichnung wird man diesem Wunsch glaubwürdiger nachkommen.

Allerdings ändert sich für unser Bundesland dadurch nicht besonders viel. Wir haben ja bereits - insofern muß ich Hans Wiesen auch einmal loben - einerseits die freiwilligen Übereinkünfte mit der Wirtschaft und zum anderen eine tierscharfe Erfassung und Verbleibkontrolle bei uns im Lande.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Worum es geht, ist eine zentrale Erfassung. Die Friktionen zwischen Bundesregierung und Bundesrat beruhen ja eben, Claus Ehlers, auf der Kostenüberwälzung der ganzen Sache. Da ist man nun dankenswerterweise zu einem Kompromiß gekommen.

Dennoch wird der Herkunftsnachweis nicht hundertprozentig zu führen sein. Das neue System wird den Herkunftsnachweis lediglich von der Geburt der Kälber bis hin zur Schlachtung kontrollierbar ermöglichen; die Schwierigkeiten der Herkunftssicherung beginnen dann allerdings im Zerlegebetrieb beziehungsweise im Anschluß daran.

Letztlich wird man nicht jede Roulade kennzeichnen können. Das ist eine technische Schwierigkeit.

Dem Antrag, den der SSW eingebracht hat, werden wir zustimmen können, Peter Gerckens! Ich mache aber auf folgendes aufmerksam. Ihr habt den Antrag ja noch ein bißchen weitgehender in dem Sinne formuliert, daß man auch **Verarbeitungsprodukte** im Rahmen dieses **Deklarierungssystems** erfassen sollte; ich mache auf die Schwierigkeit aufmerksam, dies wirklich lückenlos durchhalten zu können. Je mehr wir verarbeiten, je mehr wir zur Convenience-Produktion übergehen - also zu sehr weitgehend verarbeiteter, tiefgefrorener oder anderer Ware -, desto schwieriger wird die ganze Angelegenheit.

Wenn man dieses aufwendige Herkunftsnachweissystem installiert, sollte man neben dem Kriterium der Herkunft aber auch eine Reihe anderer Kriterien mit erfassen, wie zum Beispiel die Haltungsbedingungen, die Fütterung, die tiermedizinische Behandlung, eine Dokumentation der Genetik - also der eingesetzten Rassen -, Schlachtungsbedingungen, Be- und Verarbeitung sowie Vermarktung des Fleisches. Dazu brauchen wir eine erweiterte zentrale Tierdatenbank, und zwar auch unter Einschluß aller übrigen Nutztierarten.

In Niedersachsen haben Landwirte, landwirtschaftliche Organisationen und Schlachtbetriebe die Notwendigkeit einer stufenübergreifenden Zusammenarbeit erkannt und den Verein für Integrierte Fleischproduktion, IFP, gegründet. Man will eine nachvollziehbare lückenlose Dokumentation der Produktion erreichen.

Die **Sicherung der Fleischqualität** ist ein permanenter Prozeß der Verbesserung auf allen Stufen der Produktion, also Verbesserung der Zucht-, Produktions- und Haltungsbedingungen sowie der Fleischverarbeitung und -vermarktung. Daß dabei dem **Tierschutz** eine zentrale Bedeutung zukommen muß, ist für uns Grüne ein entscheidender Gesichtspunkt. Ich brauche das an dieser Stelle wohl nicht besonders zu betonen. Der Nachweis einer tierschutzgerechten Produktion und nicht nur das Versprechen dürfte unter Marketinggesichtspunkten ein immer wichtigeres Argument werden. Mit der Erfassung von Handelswegen - nicht nur wegen BSE, sondern ganz allgemein - wird die Seuchenbekämpfung wesentlich erleichtert.

Eine integrierte Fleischproduktion dürfte auch in diesem Bereich zu erheblichen Verbesserungen führen. Kurze Transportwege und wirksame Überprüfungen

der gewünschten beziehungsweise vorgegebenen Produktionsbedingungen in relativ vielen Viehhaltungsbetrieben lassen eine **Regionalisierung** der Erzeugung und Verarbeitung sinnvoll erscheinen. Eine intensive Zusammenarbeit verschiedener Stufen in der Fleischproduktion einer Region ist also das Gebot der Stunde.

Mein politischer Wunsch an Sie, Herr Minister, ist also, dafür Sorge zu tragen - wenn wir schon ein aufwendiges Erfassungs- und Dokumentationssystem installieren -, daß wir dieses Instrument für eine erweiterte Erfassung der Tierbestände im Sinne einer integrierten Produktion, wie ich sie eben dargestellt habe, nutzen. Ich möchte die Diskussion im Agrarausschuß, Claus Hopp, benutzen, über den vorliegenden Antrag, dessen Überweisung wir zustimmen - ich habe eben mit Frau Schröder Rücksprache gehalten -, in dem Sinne vertieft zu diskutieren, daß wir zu einer kontrollierten regionalen Produktion unserer Premiumprodukte aus Schleswig-Holstein mit Hilfe zentraler Tierdatenbanken gelangen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

**Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Matthiessen, ich frage mich natürlich, wenn ich Ihren Ausführungen hier in aller Detailliertheit einmal folge, wann denn die Grünen endlich den handgeschriebenen Lebenslauf eines jeden Rindviehs einfordern. Das scheint mir doch ein bißchen abwegig zu sein.

Im Prinzip sollten wir doch einmal ganz klar erkennen, daß wir damit über den Schnee von gestern diskutieren. Wir stoßen damit in Bonn nichts an, sondern wir vollziehen nach. Die Frage an die SPD-Fraktion ist wirklich, ob es sinnvoll ist, das Parlament zu mißbrauchen, damit Sie noch auf einen fahrenden Zug aufspringen können.

Herr Ehlers hat das doch bereits richtig dargestellt. Den **Kompromiß** gibt es bereits; er ist am 14. Januar von **Bundestag** und **Bundesrat** beschlossen worden. Sie haben nichts dazu beigetragen, daß es diesen Kompromiß gibt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn Sie konsequent wären, würden Sie Ihren Antrag zurückziehen, weil das, was Sie wollen, längst erreicht ist. Was soll das eigentlich, dieses Haus damit jetzt noch zu beschäftigen!

Das Handeln der SPD ist natürlich allzu durchsichtig. Der Antrag im Bundestag ist dort von den Fraktionen von F.D.P. und CDU/CSU eingebracht worden. Die SPD ist nicht dabei gewesen. Sie hat auch keinen Antrag gestellt, die EU-Richtlinie umzusetzen. Jetzt will man hier in Schleswig-Holstein schnell noch einmal draufspringen und so tun, als habe man sich immer um die Verbraucher und die Tierschützer gekümmert.

(Zuruf von der SPD: Das haben wir!)

Der Kompromiß ist gefunden worden. Es ist sichergestellt, daß in diesem Frühjahr rechtzeitig die erforderlichen Rechtsgrundlagen für die Einführung der **Rindfleischetikettierung** in Deutschland geschaffen werden. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, daß mit der Rindfleischetikettierung das Vertrauen des **Verbrauchers** in die Qualität von Rindfleisch gestärkt wird. Damit wird ein ganz wichtiger Beitrag geleistet, um das durch die Rinderseuche BSE erschütterte Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Daran sollte mit einem übereilten Antrag der SPD-Fraktion auch nicht gerüttelt werden. Mit ihm wird der Eindruck erweckt, als bestehe noch wesentlicher Handlungsbedarf, während die einvernehmliche Lösung tatsächlich bereits auf dem Tisch liegt. Das ist kontraproduktiv.

Für Sie ist dabei auch nicht die Rindfleischetikettierung das Entscheidende, sondern es ist die persönliche Profilierung, der Versuch, noch einmal so zu tun, als rette man jetzt den Verbraucher und kümmere sich um die Situation der Rindfleischbetriebe hier im Lande. Das ist nicht der Fall, denn wer hat denn hier in Schleswig-Holstein immer wieder die Frage von **BSE** in den Vordergrund gespielt, obwohl Sie, wir und alle anderen im Hause wissen, daß BSE kein Problem Schleswig-Holsteins ist? Sie haben dazu beigetragen, daß das Vertrauen in die Gesundheit der Tiere aus Schleswig-Holstein gefährdet gewesen ist.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Wie bitte? - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben dermaßen viel Tiermehl nach Polen exportiert!)

- Sie wissen ganz genau, daß die Tiermehlproduktion in Schleswig-Holstein - Sie sind dabeigewesen - nach den Vorstellungen der EU stattfindet, daß dies absolut ungefährlich ist. Von daher weiß ich nicht, warum Sie

in diesem Zusammenhang die Diskussion um das Tiermehl aufbringen. Sie als Tierarzt müssen es eigentlich wissen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie wissen, daß die Bedingungen erfüllt sind, genauso wie die EU das auch für Großbritannien vorschreibt. Daß die EU zu spät gehandelt hat, wissen wir alle. Aber das ist doch keine Schuld von irgendeinem schleswig-holsteinischen Rinderzüchter, daß die EU so spät gehandelt hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Daß England nicht bereit war, Konsequenzen aus einer Tierseuche ungeheuren Ausmaßes im eigenen Land zu ziehen, das ist doch nicht von Rinderzüchtern hier bei uns im Land zu verantworten. Das ist doch Unsinn.

Hinsichtlich des Antrages zur Finanzierung der nationalen Datenbank gilt, daß die Länder bei der Erarbeitung des Kompromisses zum Rindfleischetikettierungsgesetz auf eine finanzielle Beteiligung des Bundes verzichtet haben. Die Finanzierungsfrage muß gelöst werden. Eine **Kofinanzierung** durch die EU ist sicherlich begrüßenswert und auch sachlich geboten;

(Zuruf von der SPD)

denn die EU hat durch ihr Fehlverhalten zur Ausbreitung der Seuche in England beigetragen. Angesichts des gefundenen Kompromisses, der bereits da ist, den wir nicht einfordern müssen, sollte sie jedoch nicht zur Bedingung für die Beschließung des Rindfleischetikettierungsgesetzes gemacht werden. Ich glaube, die Verbraucher verlangen von uns, daß wir zügig handeln und nicht durch weitere Anträge das gesamte Verfahren noch verzögern.

Ich stimme der Ausschußüberweisung zu.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gerckens.

**Peter Gerckens [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Idee, möglichst zügig eine

Rindfleischetikettierungspflicht in Deutschland einzuführen, können wir natürlich voll und ganz unterstützen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Es ist in diesem Hause schon viel dazu gesagt worden, wie wichtig es ist, das Vertrauen in Fleischprodukte in und aus unserem Land zu erhalten. Es kann gar keinen Zweifel geben, daß ein schnelles Inkrafttreten des **Rindfleischetikettierungsgesetzes** nötig ist. Daher ist es auch begrüßenswert, daß die Landesregierung bereits jetzt Ohrmarken und Tierpässe an die Rinderhalter im Land verteilt hat.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Allerdings halten wir die bisher vorgesehene Regelung nicht für ausreichend. Eine verbindliche Rindfleischetikettierung kann und darf nicht nur für unverarbeitetes Fleisch gelten, wie es im Bonner Gesetzentwurf vorgesehen ist. Wenn die Herkunftskontrolle wirklich Sinn machen soll, dann muß sie auch Lebensmittel umfassen, die aus Fleisch hergestellt sind. Würde der Gesetzentwurf aber in der von der Regierungskoalition vorgeschlagenen Fassung verabschiedet, dann wäre zum Beispiel jener Labskaus nicht kennzeichnungspflichtig, vor dessen Verzehr im letzten Jahr wegen **BSE-Gefahr** gewarnt wurde.

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Herr Abgeordneter Gerckens, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Siebke?

**Peter Gerckens [SSW]:**

Nein, ich fahre in meinen Ausführungen fort.

Ohne die **Einbeziehung von Fleischerzeugnissen** wäre eine wirkliche Vertrauensbildung für die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht möglich. Daher bitten wir Sie um Unterstützung für unseren ergänzenden Antrag.

Es ist für uns also keine Frage, daß alles getan werden muß, um eine möglichst lückenlose Erfassung der Fleischwaren zu gewährleisten. Dabei sollte es im Interesse aller Ebenen sein - auch des Bundes und der

EU -, ein solches System möglichst schnell umzusetzen und sich auch finanziell daran zu beteiligen.

Wenn wir hier auch den Antrag gestellt haben, die Herkunftskontrolle des Rindfleisches möglichst umfassend durchzuführen, so müssen wir doch unterstreichen, daß Kontrolle nicht alles ist. Im Fall von BSE ist die Kontrolle des Fleisches und der Fleischprodukte unser schärfstes Schwert. Um aber künftig einen solchen Aufwand zu vermeiden und um das Leben vieler Tiere zu schonen, die in Verbindung mit der Seuche und der Seuchenbekämpfung ihr Leben lassen müssen, werden wir uns endlich auf neue Produktionsformen einlassen müssen. Es gibt nämlich durchaus Alternativen zur heutigen Fleischproduktion,

(Beifall des Abgeordneten Detlef  
Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN])

die Probleme solchen Ausmaßes, Herr Matthiessen, erst gar nicht aufkommen lassen. Ich glaube, darin sind wir uns einig.

Es ist also an der Zeit, daß sich die Beteiligten aus Politik und Landwirtschaft zusammenfinden, um zügig Konzepte dafür zu entwerfen, wie die Tierproduktion auf extensivere Methoden umgestellt werden kann. Wenn britische Abnehmer von dänischen Fleischproduzenten einen Nachweis darüber fordern, daß die Tiere artgerecht gehalten wurden, wenn in Dänemark Ökoprodukte einen wahren Boom verzeichnen, oder wenn man in Japan genau darauf achtet, daß Tiere nicht mit Antibiotika oder Impfstoffen vollgepumpt werden,

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das ist  
doch alles Quatsch!)

dann sind das alles Zeichen für eine Entwicklung des Marktes. Daran führt kein Weg vorbei.

Auf eine solche **Veränderung des Verbraucherverhaltens**, die politisch ja aus vielen Gründen sehr wünschenswert ist, müssen wir zügig reagieren, um nicht gesundheitspolitisch, tierschutzbezogen und nicht zuletzt wirtschaftspolitisch als Entwicklungsland dazustehen. Das muß ich hier einmal so sagen.

(Beifall der Abgeordneten Anke  
Spoorendonk [SSW] und Detlef  
Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN])

Sie wissen ja alle, daß ein zügiges Reagieren auf neue Marktchancen, auf neue Marktentwicklungen das A und O von betriebswirtschaftlichem Handeln ist. Diese Umstellung ist also unbedingt erforderlich.

Herr Kollege Matthiessen, auch wenn es schwierig sein sollte, dieser Kennzeichnungspflicht Rechnung zu tragen, die erforderlich ist, glaube ich schon, daß diese Schwierigkeit überwunden werden kann. Ich glaube, es würde nicht zum Vertrauen beitragen, wenn man dies nicht so vollzöge, daß man sagte, es ist nicht nur der Ursprung zu kennzeichnen, sondern auch das Produkt. Ich glaube, daß das logisch ist. Man hat ja auch schon ganz andere Probleme gelöst.

Wir werden also dem Antrag der Fraktion der SPD zustimmen und bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der  
SPD)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wodarz.

**Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Happach-Kasan, wir sind uns einig in der Frage der Etikettierung. Ich weiß deshalb gar nicht, warum Sie so aufgeregt gewesen sind; das ist mir völlig unklar geblieben.

Ich möchte noch auf einen anderen Aspekt eingehen: EU und Bundesregierung schmücken sich gern mit der Verschärfung der fleisch- und lebensmittelhygienerechtlichen Vorschriften. Diese Verordnung sieht vor, daß künftig **Schlachtabfälle** - zum Beispiel die Schädel, die Mandeln und das Rückenmark - von über zwölf Monate alten Rindern, Schafen und Ziegen von jeglicher Verwertung ausgeschlossen werden.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

- Das klingt auf den ersten Blick sehr vernünftig, Herr Nabel! Aber beim zweiten Hinschauen ist es eine Bestrafung Deutschlands für seine vorbildliche Tierkörperbeseitigungspolitik.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel  
Happach-Kasan [F.D.P.]

- Darin stimmen wir sogar überein. Ist das nicht schön?

Diese Richtlinie - das wissen die meisten nicht - kostet den deutschen Landwirt künftig 210 DM pro Entsorgung eines toten Rindes; das ist zehnmal mehr als bisher. Wenn die EU darauf drängen würde, daß andere EU-Länder, insbesondere Großbritannien, die deutschen Standards bei der Tierkörperbeseitigung anwenden, brauchten wir die Verordnung in dieser Form gar nicht.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] )

In Deutschland müssen Schlachtabfälle mindestens 20 Minuten lang bei 133 Grad und 3 bar Überdruck kochen. Das daraus gewonnene Tiermehl sollte man natürlich nicht an Pflanzenfresser verfüttern. Das wäre Unsinn.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber man kann es durchaus an Fleischfresser verfüttern, und Schweine sind zum Beispiel Fleischfresser - Hühner übrigens auch.

Die Verordnung bedarf der Zustimmung des Bundesrates, und ich möchte Sie bitten, Herr Minister Wiesen, sich dafür einzusetzen, daß die deutschen Standards auch für die Tierkörperbeseitigung EU-weit gelten und daß Brüssel uns nicht weiter mit einem Aktionismus von den eigentlichen Problemen ablenkt.

(Claus Ehlers [CDU]: Alles in Bonn schon beschlossen worden!)

Lieber Kollege Ehlers - ich darf ja hier nicht mehr „Claus“ sagen -,

(Heiterkeit)

wenn Sie so kräftig auf der SPD herumhacken, dann sage ich Ihnen, daß das Land Schleswig-Holstein nichts anderes gemacht hat als das, was die Kommunen immer wieder einfordern, nämlich das Konnexitätsprinzip zu wahren. Ich glaube, wenn es anders herum gegangen wäre, hätte sich ein Claus Ehlers hier ganz anders verhalten.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Herr Minister Wiesen.

**Hans Wiesen**, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich habe im Zuge der Debatte manchmal den Eindruck gehabt, bei soviel Einigkeit hätte ein bißchen weniger Aufregung eigentlich auch gereicht. Es ist gut, daß wir uns gemeinsam mit dem Thema insgesamt im Ausschuß noch einmal beschäftigen wollen, weil es wichtig genug ist.

Wir haben seit 1990 rund ein Drittel an **Rindfleischverzehr** auf dem Markt verloren. Das ist ein gewaltiger **Einbruch**, der unseren Landwirten großen Kummer macht. Es geht hierbei nicht nur um den Verbraucherschutz - natürlich muß Verbraucherschutz die Grundlage von allem sein -, sondern auch um Verbrauchervertrauen. Das Verbrauchervertrauen ist heute mindestens in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich geringer ausgeprägt, als es unsere Fleischqualitäten und die gesundheitliche Sicherheit unseres Fleischangebots herausfordern.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund möchte ich, nachdem hier ein großer Streit um das Erstgeburtsrecht aufgekommen ist, zunächst einmal darauf hinweisen, daß die Agrarminister der Europäischen Union beschlossen haben, ein System zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern sowie über die **Etikettierung** von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen zu schaffen. Das heißt, die Europäische Union hat hier - im Sinne des Verbraucherschutzes vernünftig - die Initialzündung übernommen. Unabhängig davon - Kollege Matthiessen hat darauf hingewiesen, auch Kollegin Schröder - hatten wir in der Bundesrepublik Deutschland und in Schleswig-Holstein von uns aus zusätzlich Maßnahmen zur Herkunftssicherheit und zur Verbrauchersicherheit ergriffen.

Was nun den **Kompromiß** und die Diskussion - ich will gar nicht „Streit“ sagen - zwischen **Bundesregierung** und **Bundesrat** angeht, so handelt es sich hier um einen völlig vernünftigen Vorgang. Kollege Wodarz hat eben darauf aufmerksam gemacht: Hätte der Bundesrat nicht auf seine Haushaltssituation hingewiesen und deutlich gemacht, daß der Bund den Ländern zunächst einmal mehr abfordern wollte, als es bei gemeinsamer Verantwortung gerechterweise möglich war, dann hätte man den Ländern wieder den

Vorwurf gemacht, mit ihren Haushalten leichtfertig umzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Aber das ist nur das eine. Das andere ist dies: Wenn ein Entwurf der Bundesregierung nicht sofort den Bundesrat passiert, dann muß das doch nicht nur mit der Überschrift „Verzögerung“ verbunden sein, sondern kann auch die Überschrift „Verbesserung“ tragen, und es kann mit Sorgfalt zu tun haben.

(Beifall bei der SPD)

Warum sollte man daraus eigentlich ein Drama machen? Die Diskussion hier hat heute gezeigt, daß vieles trotz der erweiterten Diskussion noch gar nicht bedacht ist.

Der Kompromiß vom 14. Januar sieht wie folgt aus. Der Bund ist nicht nur für die Genehmigung, sondern auch für die Überwachung der Kennzeichnungssysteme verantwortlich. Die Länder haben es im Rahmen dieser Lösung übernommen, nicht nur die Errichtung, sondern auch den Betrieb der zentralen Rinderdatenbank zu besorgen.

Der Bund hat noch viel zu tun. Bis zum 1. April ist wenig Zeit. Es müssen die entsprechenden Verordnungen erlassen werden. Das sehe ich ein.

Herr Kollege Matthiesen, die Frage, wie eine solche doch sehr teure und sehr aufwendige Registrierung aller Rinder in unserem Lande, wie wir es alle wollen, auch für weitere Funktionen dienen kann und weitere Kriterien erfüllen kann, wird in den Ausschußberatungen ein interessantes Thema werden. Meine Bitte wäre, nicht von vornherein ein solches, unter diesem Zeitdruck neu einzurichtendes System mit neuen Kriterien und Maßnahmen zu überfrachten; denn dadurch könnte eine Verzögerung entstehen.

Was der Kollege Wodarz zur **Tierkörperbeseitigung** gesagt hat, kann man nur unterstreichen. Wir sind uns wohl alle klar darüber, Herr Ehlers: Es ist für uns Abgeordnete und Verantwortliche für dieses Land unsere Aufgabe, bei jeder Gelegenheit auf der Grundlage von Wahrheit und Sorgfalt den Menschen klarzumachen, wie sehr sie sich auf unsere Produkte verlassen können. Wir haben den Verbrauchern nicht etwas schönzureden. Aber wir haben ihnen Aufklärung über das zu geben, was wir an Qualitätsprodukten in diesem Land erzeugen.

Ich darf nun noch eine kurze Bemerkung machen. Eine **Lockerung der Rindfleischimporte** aus Irland oder aus irgendwelchen Teilen des Vereinigten Königreichs zu diesem Zeitpunkt würde alles Verbrauchervertrauen erneut erschüttern und zerstören. Ich habe mich deswegen Anfang letzter Woche schriftlich an den Kollegen Borchert und seinen Kollegen Seehofer gewandt und sie gebeten, mit aller Macht zu verhindern, daß die Europäische Union solche Lockerungen einführt.

Wir können unseren Verbraucherinnen und Verbrauchern nur sagen: Wir wollen alle Sorgfalt anwenden. Alles, was es an kritischen Aspekten gibt, indem gesagt wird, wie gefährlich alles tatsächlich sei, hat ja ein niedriges Niveau. Wir müssen jedenfalls höchstmögliche Sorgfalt anwenden, damit unsere Verbraucher unsere Qualitätsprodukte mit Genuß essen und keine Bange um ihre Gesundheit haben müssen; denn diese brauchen sie nicht zu haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, sowohl den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/1208 als auch den Änderungsantrag des SSW Drucksache 14/1231 dem Agrarausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einmütig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

**Gentechnik in der Landwirtschaft**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/1210

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Als erste hat Frau Abgeordnete Schröder das Wort.

**Sabine Schröder [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im August 1996 wurden in Johannisdorf, Kreis Ostholstein, erstmalig **transgene Rapslinien** ausgesät. Die zweite Aussaat erfolgte im August 1997, genehmigt vom Robert-Koch-Institut in Berlin. Weder das Land

Schleswig-Holstein noch der Kreis Ostholstein wurden gefragt. Im Auftrag des Umweltministeriums wurden Samenkörner aus der Mantelsaat entnommen und im Überwachungslabor der Umweltbehörde in Hamburg untersucht. In neun Parallelansätzen wurde die Resistenz des pat-Gens gegen die Totalherbizide Basta und Liberty nachgewiesen. In dieser Minimaluntersuchung kann bei geringen Kosten von 518 DM eine genaue Quantifizierung - da haben Sie recht, Frau Happach-Kasan - nicht nachgewiesen werden. Die Kritik ist insofern berechtigt.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau  
übernimmt den Vorsitz)

Doch es bleiben folgende Tatsachen:

Erstens. Der **Gentransfer** des Transgens in zuvor nicht transgene Rapspflanzen wurde auch in Schleswig-Holstein nachgewiesen. Raps kreuzt sich mit Kohl, Rüben und anderen Kreuzblütlern. Das heißt, gentechnisch manipulierte Pflanzen werden an andere weitergegeben.

Zweitens. Dänische Forscher haben dies bereits 1996 nachgewiesen.

Drittens. Umfangreichere Untersuchungen in Niedersachsen haben einen Transgenanteil von über 20 % ergeben.

Sicher besteht hier intensiverer **Forschungsbedarf**. Aber nicht das kleine Land Schleswig-Holstein ist gefordert, sondern das Bundesforschungsministerium.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Dieses aber scheint kein Interesse an den Auswirkungen auf die Umwelt und an der Akzeptanz durch die Verbraucher zu haben. Die Bewertung der Umweltverträglichkeit fehlt völlig. Bonn will Genforschung erleichtern, heißt es lapidar in den „KN-“ vom 21. Januar 1998. „Gentechnik gegen Arbeitslosigkeit“ verkündete Bundestagsabgeordneter Olderog populistisch.

Unabhängig von den Chancen der Biotechnologie darf nicht die Tatsache vernachlässigt werden, daß zwei Drittel der Bevölkerung gegen Gentechnik in der Pflanzenzucht und sogar 90 % gegen Gentechnik in Lebensmitteln sind.

Die Landwirtschaft täte gut daran, sich nicht nur an Ertragssteigerung und den Ausfällen durch Pilzkrankheiten zu orientieren. Sie lebt auch von der Akzeptanz durch die Verbraucher und von dem Nachweis der Umweltverträglichkeit.

Allerdings ist es kein Weg, die berechtigte Kritik an den gentechnischen Versuchen durch illegale Zerstörung zum Ausdruck zu bringen, wie es vor einem Jahr geschehen ist.

Zu unterstützen ist allerdings die **Klage** des Kreises Ostholstein. Sie wurde 1996 mit dem Ziel beim **Berliner Verwaltungsgericht** eingereicht, den Vollzug durch das Robert-Koch-Institut Berlin auszusetzen. Der Kreis ist Mitglied einer Klärgemeinschaft, der neben Privatpersonen auch die Gemeinde Blaustein in Baden-Württemberg angehört. Der Kreis will sich an den Prozeßkosten beteiligen.

Wir fordern die Landesregierung auf, dem Landtag umfassend über Ursachen, Auswirkungen und Weitergabe gentechnisch veränderbarer Eigenschaften auf andere Pflanzen zu berichten. Es sollten auch die Untersuchungen anderer Länder mit einbezogen werden. Wir erwarten auch Konsequenzen, die aus landwirtschaftlicher, umwelt-, gesundheits- und verbraucherpolitischer Sicht gezogen werden müssen.

Ich denke, daß wir darüber noch gründlicher in zwei Ausschüssen beraten sollten. Deswegen bin ich mit einer Überweisung an den Umwelt- und den Agrarausschuß einverstanden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Meine Damen und Herren! Ich beabsichtige jetzt, in der Rednerliste der Fraktionen fortzufahren. Ich muß allerdings darauf aufmerksam machen, daß es sich um ein etwas ungewöhnliches Verfahren handelt, weil zunächst der Bericht der Landesregierung gegeben werden sollte. Es wurde mir mitgeteilt, daß sich die Fraktionen aber darauf verständigt haben, daß zunächst die Fraktionen reden. Sollen wir so verfahren? - Ich sehe keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Herr Abgeordneter Storjohann hat das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer hat sich denn darauf verständigt?)

**Gero Storzjohann** [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Schröder, ich habe den Eindruck, Sie wissen gar nicht, daß wir eine **Enquetekommission** zu diesem Thema haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Man lernt laufend dazu.

**Gentechnik** in der Landwirtschaft bietet Chancen, und wir sollten keine Türen vorab zunageln, sondern verantwortlich die Möglichkeiten ausloten und Weichen stellen. Der Technologierat bei der Bundesregierung erwartet weltweit einen Boom bei der Gentechnik in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelindustrie.

(Zuruf von der SPD: Guten Appetit!)

Dabei ist in Deutschland die grüne Gentechnik leider noch in der Startphase. 1997 sind bei uns 61 Freisetzungsvorhaben genehmigt worden, in den USA 3.000, in Frankreich 333 und in England 148.

Anlaß des heutigen Berichtsantrages sind die öffentlichen Äußerungen des Umweltministers zum laufenden **Freisetzungsversuch** in Johannisdorf in Ostholstein.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die SPD, die sich auf Bundesebene immer mehr den Chancen der Gentechnik zuwendet - was wir auch begrüßen -, sieht hier in Schleswig-Holstein wohl ihre Felle davonschwimmen. Die Rolle des Hauptbedenkenträgers in Sachen Gentechnik mochten Sie nicht den Grünen überlassen, und das gipfelte in der reißerischen Aufmachung Ihrer Presseerklärung vom 17. Dezember 1997: „Die Weitergabe gentechnisch veränderter Eigenschaften an andere Pflanzen ist aus ökologischer und gesundheitlicher Sicht verheerend.“ Sie sprechen dort von einer ökologischen Katastrophe.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist es ja auch, da haben sie völlig recht! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bedauere die wissenschaftlich nicht haltbaren Aussagen Ihres Ministers und auch Ihrer

Presseerklärung, die in Fachkreisen nur Kopfschütteln ausgelöst haben.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daß Pflanzen sich gegenseitig bestäuben und Pollen auch in die nähere Umgebung verbracht werden, zum Beispiel durch Bienen oder den Wind, ist eine biologische Binsenweisheit. Das sollten wir auch nicht bestreiten.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insofern bestätigt der Vorfall in Johannisdorf nur einen biologischen Tatbestand, der unumstritten und bekannt ist.

In Johannisdorf wird ein Versuch mit herbizidtolerantem Raps durchgeführt, der durch das Herbizid Liberty verträglich ist. Ein Auskreuzen dieser Geneigenschaft kann nach Meinung der Wissenschaft in Feldunkräuter und Wildkräuter erfolgen.

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist die AgrEvo-Mitteilung, die Sie hier verlesen!)

Falls sich das Gen in Feldunkräutern wiederfindet, stellt dies keine Gefahr für die Landwirtschaft und die Umwelt dar, da im folgenden Jahr im Rahmen der **Fruchtfolge** eine andere Feldfrucht angebaut wird.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies erfordert zur Unkrautbekämpfung andere Herbizide mit anderen Wirkstoffen. So behandelt, können weder durchwachsender Raps aus dem Vorjahr noch Unkräuter mit eventuellen übertragbaren Liberty-Resistenzen überleben. Ein Unkraut der dritten Art oder einer neuen Dimension kann so nicht entstehen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das heißt Basta, das Zeug!)

Das **Auskreuzen von Genen** kommt in der Natur bei allen blühenden Pflanzen schon seit ewigen Zeiten vor. Wildkräuter und Wildgräser, die das Herbizidgen aufgenommen haben, stellen für die Umwelt ebenfalls keine Gefahr dar, denn sie erhalten durch diese zusätzliche Geninformation keinen Wachstumsvorteil.

Daher wird das neue Gen nach einigen Generationen in der Häufigkeit von selbst zurückgehen. Bei Wildpflanzen, die den landwirtschaftlichen Anbau nicht beeinträchtigen und daher auch nicht mit Herbiziden bekämpft werden, besteht also auch keine Sorge im Zusammenhang mit dem Mehreinsatz von Herbiziden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja der Wortlaut der Presseerklärung, den Sie hier ausbreiten! Das ist ja intelligent!)

In der **Enquetekommission** - ich würde mich freuen, wenn Sie dort auch einmal auftauchen würden - hat der Sachverständige Professor Dr. Fischbeck am 22. August 1997 ausführlich zu der **Freisetzungproblematik** vorgetragen und von Versuchen berichtet, bei denen bis zu 20 % transgene Pflanzen in der Mantelsaat vorgefunden worden sind. Jetzt erwecken Sie bitte nicht den Eindruck, daß die Übertragung von Transgenen auf die Mantelsaat etwas neues sei und erst durch die Untersuchungen und Probeentnahmen des Umweltministeriums entdeckt worden seien. Dem ist, wie wir dem Protokoll der Enquetekommission entnehmen können, nicht so.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Mantelsaat soll in der Versuchsanordnung eine Schutzfunktion ausüben, und deshalb wird deutlich, daß der Minister wissentlich die Öffentlichkeit oberflächlich informiert hat und fahrlässig Unsicherheit verbreitet.

(Beifall bei der CDU)

Freisetzungsversuche sollen wissenschaftlich die Grenzen aufzeigen, innerhalb derer wir die Gentechnik in der Landwirtschaft nutzen können. Deshalb brauchen wir Freisetzungsversuche und sollten uns nicht von ihnen verabschieden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist unverantwortlich!)

Als Beratungsgremium hat der Landtag deshalb die Enquetekommission eingesetzt. Sie ist auf ausdrücklichen Wunsch der SPD installiert worden. Unter großem Einsatz von Geldmitteln und Engagement der Sachverständigen wird das Thema Gentechnik noch einmal aufgerollt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch sehr vernünftig!)

Die Enquete macht nur Sinn, wenn SPD und Grüne bereit sind, deren Arbeitsergebnisse zumindest zur Kenntnis zu nehmen. Panikmache und Ideologie schaden Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

**Dr. Adelheid Winking-Nikolay** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Noch Ende 1994 behauptete die AgrEvo in einem Freisetzungsantrag, und zwar in Gehrden in Niedersachsen, daß eine Befruchtung benachbarter Rapskulturen „nach menschlichem Ermessen auszuschließen sei“.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Inzwischen ist nicht mehr zu bestreiten - auch nicht von Herrn Storjohann -, daß durch natürlichen Pollenflug, aber auch durch Insektentransport, genau das eingetreten ist. Jetzt kommt das entscheidende, daß bei der Befruchtung sogar Artgrenzen und mit Ackersenf und Hederich - übrigens in Frankreich - sogar Gattungsgrenzen übersprungen wurden.

Wir wissen inzwischen noch viel mehr. Die eigentlich nicht zu erwartenden transgenen Auskreuzungsprodukte, und zwar zwischen 1 % - und man höre und staune - 28 %, je nach Bedingung des Freisetzungsversuchs, sind eben nicht alle unfruchtbar, wie behauptet wurde.

Herr Storjohann, natürlich haben sie einen Selektionsvorteil, wenn sie gegen Unkrautvernichtungsmittel resistent sind. Offenbar durchschauen Sie die Materie nicht.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und vereinzelt bei der SPD)

Sie sind bereits unkontrollierbar auf die Umwelt losgelassen. Eine **Übertragung von Transgenen** auf Mikroorganismen wäre noch um Dimensionen katastrophaler. Sie gilt unter Fachleuten als wahrscheinlich, ist aber bei Bodenmikroorganismen noch nicht abschließend belegt. Wohl belegt ist sie aber für Kläranlagen, und zwar feststellbar anhand von Antibiotikaresistenzen, die als Markergene dienen.

Durch Kumulation verschiedener Transgene in einem Mikroorganismus, bei der bekannt hohen Spontanmutationsrate sowie kurzen Generationszeiten, verbunden mit einer gigantischen Vermehrungsrate, könnte der Mensch sich auf diese Art und Weise seine eigene Apokalypse schaffen. - Ich weiß, das alles ist Panikmache. Auch Auskreuzung auf verwandte Pflanzenarten war bis vor kurzem Panikmache, heute ist es Realität.

Ich kann die Menschen verstehen, insbesondere wenn sie in unmittelbarer Nähe von **Versuchsfeldern** leben, daß sie Angst haben. Sie werden nicht einmal gefragt, ob sie derartige **Risiken** eingehen wollen, sie sind diesem Risiko hilflos ausgeliefert. Hilflos heißt, auch ohne Hilfe von seiten der Politikerinnen und Politiker, die eigentlich dazu verpflichtet sind, Schaden von ihnen abzuwenden - und zwar nicht erst, wenn der Schaden eingetreten ist.

Ist auch das ein „hinzunehmendes Restrisiko“ - siehe Bundesatomgesetz? Beiden ist gleich: Einmal in die Umwelt gelangt, sind sowohl radioaktive Substanzen also auch transgene Organismen nicht rückholbar. Während aber die Radioaktivität meßbar ist und mit der Zeit - wenn auch, je nach Substanz, zum Teil erst nach Zehntausenden von Jahren - durch Zerfall abnimmt, ist bei fertilen transgenen Organismen eine Vermehrung und ungehinderte Ausbreitung zu erwarten. Was muten wir uns und vor allem unseren Nachkommen eigentlich zu? Nennen Sie, die Befürworterinnen und Befürworter auf der rechten Seite des Hauses, mir auch nur ein nicht widerlegbares Argument, das bei einer ehrlichen Risiko-Nutzen-Abwägung das Freisetzen transgener Pflanzen heute noch rechtfertigen könnte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das wird Ihnen nicht gelingen, es sei denn, Sie nennen den Profit einiger weniger auf Kosten aller, ganz besonders der Landwirte, die zu den für alle geltenden Risiken auch noch die Risiken der vollständigen Abhängigkeit von wenigen Großkonzernen sowie die Aussicht auf ein multiresistentes Superunkraut haben - von der existenzbedrohenden Situation für Ökobauern,

die EU-Vereinbarungen unter Umständen unverschuldet nicht mehr einhalten können, ganz zu schweigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Nun erst recht: In diesem Jahr ist mit einer Schwemme neuer Freisetzungsanträge zu rechnen. In der Hoffnung nämlich, schnell noch zu heutigen Konditionen eine Genehmigung durchzubekommen, will man die Unsicherheit auf europäischer Ebene nutzen. Das Europäische Parlament und vor allem der Umweltausschuß wünschen aufgrund der Auskreuzungsbefunde strengere Regelungen. Die Kommission ist allerdings noch immer auf Deregulierungskurs.

Wir Politikerinnen und Politiker sollten mehr als nur den Vorteil einiger weniger im Auge haben. Freigesetzte transgene Pflanzen sind zwar bereits heute nicht mehr rückholbar. Wir können den Schaden aber begrenzen. Wir müssen unsere Möglichkeiten für einen Stopp aller weiteren Freisetzungen ausschöpfen sowie für eine umfassende Haftungsregelung sorgen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Bis heute gibt es - wie bei der Nutzung der Atomenergie - keine Versicherung, die bereit wäre, Gentechnikrisiken umfassend abzusichern. Meine Fraktion wird in Kürze eine entsprechende Bundesratsinitiative einbringen.

Wir stimmen dem Berichtsantrag der SPD zu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau.**

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan.

**Dr. Christel Happach-Kasan** [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Schröder, ich finde es schon einigermaßen aberwitzig, einerseits von der Bundesforschungsanstalt eine Begleitforschung zu Freisetzungsversuchen zu verlangen und gleichzeitig einen Kreis zu unterstützen, der gegen diese Freisetzungsversuche klagt. Was wollen Sie denn eigentlich?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]: Sicherheit!)

- Die Sicherheit haben Sie. Es ist genügend festgelegt worden. - Sie, Rot-Grün, schaffen das Klima in unserem Land, das Verblendete ermutigt, **Freisetzungsversuche** zu zerstören und mit ihnen immer auch die **Begleitforschung**. Sie wissen dies ganz genau.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

„Züchtung ohne Gentechnik hat keine Chance“ lautet die Überschrift zu einem Bericht über eine Diskussionsveranstaltung des Forums „Biotechnologie“ auf der Grünen Woche in Berlin. In Kanada werden in diesem Jahr 50 % der Rapsanbauflächen mit herbizidverträglichen Sorten bestellt. In den USA wird der Anteil herbizidverträglicher Sojasorten vermutlich bei 40 % liegen. Sie müssen zur Kenntnis nehmen: Der Kampf gegen die **Gentechnik** ist ein Kampf gegen Windmühlenflügel. Dieser Antrag zeigt, daß die Gegner der Gentechnik letztlich mit dem Rücken zur Wand stehen.

Wir wollen die Chancen, die diese Technologie bietet, nutzen, statt sie anderen zu überlassen. Einsparung von Pflanzenschutzmitteln durch Resistenz nicht nur gegen Herbizide, sondern insbesondere gegen Virus- und Pilzkrankungen, gegen Insekten- und Nematodenbefall, Verbesserung der Produktqualität sind Argumente für die Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft. Es sind Argumente, die zunehmend auch den Verbrauchern einleuchten. Sie konnten sich bei der Anhörung der F.D.P.-Fraktion zum Thema „Gentechnik in der Landwirtschaft“ selbstverständlich informieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Gern stelle ich Ihnen noch Exemplare der Broschüre zur Verfügung, in der Sie umfassend über die Chancen der Gentechnik informiert werden, wenn Sie sich denn überhaupt über Chancen informieren wollen; die interessieren Sie doch gar nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Nein sagen können Sie. Das ist das, was Sie am liebsten machen: Nein sagen, fundamentalistische Positionen einnehmen, aber niemals abwägen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf des  
Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wir müssen feststellen, dem Umweltminister ist jedes Mittel recht, um diese Technologie zu verteufeln. Der **Berichts Antrag zur Gentechnik** in der Landwirtschaft ist überflüssig. Aber er ist immerhin eine gute Gelegenheit, um die unseriöse Pressearbeit des Umweltministers noch einmal öffentlich darzustellen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay?

**Dr. Christel Happach-Kasan** [F.D.P.]:

Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage. - Die Untersuchungsergebnisse bezüglich der Weitergabe transgener Eigenschaften bei dem Freisetzungsversuch von Raps in Ostholstein sind in der **Antwort** auf meine **Kleine Anfrage** in der Drucksache 14/1192 von der Landesregierung bekanntgegeben worden. Wir brauchen nicht noch einmal einen Bericht dazu.

Die Antwort der Landesregierung macht auch deutlich, daß der Umweltminister mit seiner Erklärung im Dezember die Öffentlichkeit grob und wissentlich getäuscht hat. Die Untersuchung ergab, was zuvor mehrfach bewiesen worden war: **Transgene** werden durch Pollenflug und Insektenbestäubung verbreitet. Das wissen wir; es ist seit langem bekannt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]: Das ist lange  
bestritten worden!)

- Wir müssen doch nicht die Schlachten von vorgestern schlagen! Daß die AgrEvo falsche Erklärungen abgegeben hat, wissen wir alle. Daß sie Dinge behauptet hat, die sie noch nicht untersucht hatte, wissen wir auch. Wir wissen, daß Transgene übertragen werden. Darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Das ist gegessen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]: Und denen vertrauen  
Sie?)

- Ich vertraue denen mehr als Ihnen, Herr Hentschel!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]: Warum vertrauen

Sie ihnen jetzt, obwohl sie schon mehrfach gelogen haben?)

- Warum sollte ich Ihnen vertrauen, die Sie alles ablehnen und nur nein sagen? Wer keine Zukunftschancen sieht und rückwärts gewandt denkt, dem kann ich nicht vertrauen; denn ich weiß, die Zukunft kommt, ob Sie es wollen oder nicht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Folgen moderner Technik werden in **Technikfolgenabschätzungen** überprüft. Der forschungspolitische Sprecher der F.D.P.-Bundestagsfraktion, Professor Laermann, hat sich für dieses Instrument mit Erfolg eingesetzt. Es ist ein Instrument, das von der F.D.P. ins Gespräch gebracht und durchgesetzt worden ist. Die letzte SPD-Regierung hat zu diesem Thema dankenswerterweise eine gutbesuchte Veranstaltung durchgeführt. Die Herbizidresistenz von Pflanzen ist am Wissenschaftszentrum in Berlin einer umfassenden Technikfolgenabschätzung unterzogen worden. Auf dieses Ergebnis können wir zurückgreifen. Warum tun Sie es nicht? Auch Sie wollten doch Technikfolgenabschätzung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es besagt, daß nicht die Zuchtmethode, sondern das Zuchtergebnis, die Eigenschaften der gezüchteten Sorte für die Bewertung der Umweltverträglichkeit entscheidend ist. Es geht also nicht darum, gegen Gentechnik zu rebellieren, sondern jede einzelne gezüchtete Sorte auf den Prüfstand zu stellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Offensichtlich ist allerdings, daß die Landesregierung das Ergebnis der Technikfolgenabschätzung nicht akzeptieren mag. In der Antwort auf die Kleine Anfrage sagt sie auch den Grund: Die Zusammensetzung der Verfahrensbeteiligten sei so gewählt worden, daß „alle Interessen und Positionen des technischen Konfliktfelds einschließlich der erklärten Befürworter und Kritiker der untersuchten Technik repräsentiert waren.“

Die F.D.P. dagegen hält es für richtig, wenn bei der **Bewertung** moderner Technologien nicht nur die **Risiken**, sondern auch die **Chancen** untersucht werden. Nur dann ergibt sich eine umfassende Entscheidungsgrundlage.

Ein Bericht der Landesregierung, die zu diesem Thema keine eigenen Erkenntnisse hat - das haben Ihre stümperhaften Untersuchungen deutlich gemacht -, die keine eigenen Entscheidungsbefugnisse hat, hilft bei der Beurteilung der Gentechnik nicht weiter. Wir brauchen den Bericht nicht.

Im übrigen hat der Landtag der Enquetekommission „Gentechnik“ einen umfassenden Arbeitsauftrag erteilt. Die SPD-Fraktion sollte das Ergebnis abwarten. Wenn Sie zwischenzeitlich über den Fortgang informiert werden wollen, stehen Ihnen mit Herrn Weber und Herrn Dr. Hinz qualifizierte Kollegen der eigenen Fraktion zur Verfügung. Die gestrigen und auch die heutigen Beiträge haben allerdings gezeigt, daß Qualifikation in der Sache in der SPD-Fraktion auf verlorenem Posten steht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe der Realschule Kronshagen und der Jens-Jessen-Schule Flensburg.

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei **Freilandversuchen** sind offenbar **Transgene** von gentechnisch manipulierten Versuchspflanzen auf natürlichem Wege in benachbarte nichtveränderte Pflanzen ausgekreuzt worden, wie man auch dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hat entnehmen können. Unter anderem in Niedersachsen und Schleswig-Holstein sollen bei Rapsversuchsfeldern die auf den Raps übertragenen Resistenzgene gegen ein Unkrautvernichtungsmittel in nichtbehandelten Gen- oder Rapspflanzen aufgetaucht sein, die im niedersächsischen Fall nach Angaben des Hamburger Nachrichtenmagazins 200 m vom Versuchsfeld entfernt gestanden haben. Nach Aussagen des schleswig-holsteinischen Umweltministeriums sollen Auskreuzungen bei einem Rapsversuchsfeld in Ostholstein vorgekommen sein.

Dabei sind ebenfalls Herbizidresistenzen „stiften“ gegangen. Die Transgene wurden in diesem Fall maximal 23 m vom Versuchsfeld in der sogenannten Mantelsaat gefunden. Die Mantelsaat ist eine Art Schutzschild aus normalen Rapspflanzen um das

Versuchsfeld herum, der Auskreuzung durch Pollenflug verhindern soll.

Die Beunruhigung, die solche Nachricht auslöst, ist verständlich, denn die Konsequenzen einer solchen Auskreuzung sind auch für Fachleute schwer zu überschauen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weder ist geklärt, auf welchen Wegen die Gene übertragen werden - in Frage käme neben Pollenflug auch eine Verteilung durch Insekten -, noch sind die Folgen einer solchen Genwanderung untersucht worden. Die potentielle Schädigung durch eine Verbreitung der Herbizidresistenz scheint im Vergleich zu anderen Genveränderungen an Nutzpflanzen - wie zum Beispiel Resistenzen gegen Viren oder Insekten - noch recht gering zu sein. Leidtragende wären vermutlich in erster Linie die Landwirte, die zum Vorteil der Chemieindustrie gezwungen wären, sich auf immer neue Gifte und die dazugehörigen Genpflanzen einzulassen. Das ist schlimm genug.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts dieses begrenzten Risikos - ich möchte noch einmal unterstreichen, daß das keine Verharmlosung ist - in Verbindung mit den Herbizidresistenzen ist die vorgefundene Auskreuzung in erster Linie deshalb besorgniserregend, weil es bis heute keine weiterführenden Untersuchungen über die Auskreuzungsmechanismen, ihre Folgen und über eventuelle Risiken gibt.

Daher können **Freisetzungsversuche** mit wesentlich komplexeren Mechanismen schwerlich in ihren ökologischen Auswirkungen beurteilt werden. Aus diesem Grund ist es auch nicht möglich, die Auskreuzung und mögliche Konsequenzen abschließend politisch zu bewerten. Damit möchte ich nicht sagen, daß ich mich mit der Auskunft zufriedenstellen lasse, die Transgene seien lediglich in der Mantelsaat gefunden worden, und das habe seine Ordnung.

Eine politische Bewertung der Gentechnik ist durch nichts zu ersetzen. Angesichts der Unverfrorenheit, mit der manche Wissenschaftler jede ethische Verantwortung für ihr Tun von sich weisen - zuletzt mit der Ankündigung, Menschen klonen zu wollen -, muß die Politik die Aufgabe übernehmen, die Grenzen

zwischen dem technisch Möglichen und dem ethisch Vertretbaren politisch zu definieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Recht sagt Friedrich Dürrenmatt: „Was alle angeht, können nur alle lösen“. Ich bin jedoch der Meinung, daß wir bislang eine zu schlechte Wissensbasis haben, um diese komplexe Frage hier und heute gebührend zu bewerten. Ich erwarte den Bericht der Landesregierung mit detaillierten Informationen. Man könnte diesen Bericht in den zuständigen Ausschüssen beraten. Aber ich bin der Meinung, daß wir die weitere Beratung in der Enquetekommission fortsetzen sollten.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten so verfahren, daß wir den Bericht zur Kenntnis nehmen und daß er dann der Enquetekommission übergeben wird.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Minister Steenblock.

**Rainer Steenblock**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landesregierung sind in Schleswig-Holstein vier Standorte bekannt, an denen gentechnisch veränderte Pflanzen freigesetzt werden: Es sind transgene Aspen und Zitterpappeln in Großhansdorf seit 1996, transgener Raps und Mais in Johannisdorf auch seit 1996, transgener Raps in Klettkamp seit 1997. Der vierte der Landesregierung bekannten Standorte ist die Lehr- und Versuchsanstalt für Landwirtschaft in Futterkamp. Dort ist transgener Raps angebaut worden, der nicht mehr genehmigungspflichtig war, weil bereits eine Genehmigung aus Großbritannien - und damit auch eine EU-weite Genehmigung - für das Inverkehrbringen dieses Rapses vorlag.

Am Standort **Johannisdorf** wurde am 1. August 1997 erstmals transgener Raps geerntet. Der **transgene Raps** trug zusätzlich zu seinen normalen Erbinformationen ein Gen, das ihn gegen das

Totalherbizid Phosphinotricin - besser bekannt unter den Namen Basta oder Liberty - resistent machen soll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Im Rahmen der **Überwachung** wurden in Johannisdorf am Erntetermin Samenproben von Rapspflanzen, von transgenen Basta-resistenten Rapspflanzen und von ursprünglich nicht transgenen Rapspflanzen in der Mantelsaat gezogen. Diese Rapssamen wurden dann in einem Gentechniklabor der Umweltbehörde Hamburg mit der hochspezifischen Methode PCR - polymerase chain reaction - mehrfach analysiert. Die Mantelsaatprobe wurde anschließend in neun verschiedenen Ansätzen untersucht. Es ist schon bemerkenswert, daß alle neun Proben, die untersucht worden sind, ein deutlich positives Signal für das Vorhandensein dieser gentechnisch veränderten Rapssamen enthalten haben.

Herr Storjohann, zumindest wird dadurch die wissenschaftliche Breite, die Sie für Ihre Argumentation anführen, sehr deutlich belegt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

Das Problem, dem wir uns stellen müssen, besteht doch sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher darin, daß es sich nicht um Spielereien handelt, sondern es geht um Veränderung von Schöpfung. Hier geht es nicht darum, daß dies oder jenes vielleicht unter bestimmten Versuchsbedingungen passiert. Wenn diese transgen veränderten Wirkstoffe freigesetzt sind, dann sind sie freigesetzt und nicht rückholbar. Das ist das, was zur Zeit passiert.

Im Rahmen dieses Versuches ist anhand der Mantelsaat damit praktisch flächendeckend festgestellt worden, daß sich **transgene Eigenschaften** ausgekreuzt haben. Wenn jetzt gesagt wird, das wußten wir sowieso schon immer, und das ist überhaupt keine Neuigkeit, dann ist das - Frau Dr. Happach-Kasan hat bereits darauf hingewiesen - nicht der Stand der Diskussion, so wie er von den Betreibern dieser Versuche immer dargestellt worden ist; denn bislang wurde das als unwahre und übertriebene Behauptung von Gentechnikgegnern hingestellt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Für alle Zeiten! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Natürlich ist der Einwand von Frau Dr. Happach-Kasan richtig, daß es sich um eine Methode handelt, die innerhalb der Proben nicht quantifiziert, sondern die nur fragt: „Ist hier gentechnisch verändertes Material enthalten - ja oder nein?“ Aber wenn wir bei allen neun Proben ja sagen, dann berechtigt das meiner Meinung nach durchaus zu der Äußerung, daß hier eine Auskreuzung in erheblichem Umfang stattgefunden hat, ohne das in den einzelnen Proben quantifizieren zu können. Keine dieser Proben hat den Nachweis erbracht, daß nichts Verändertes gefunden worden ist. Überall ist etwas gefunden worden.

Mittlerweile haben wir eine andere Diskussionslage. Gestatten Sie mir dazu ein Zitat: Falls sich das Gen - also es geht hier um das veränderte Gen - in Feldunkräutern wiederfindet, hat dies keine Bedeutung für das Agrarökosystem, da im folgenden Jahr im Rahmen der Fruchtfolge andere Feldfrüchte angebaut werden. Diese erfordern zur Unkrautbekämpfung Herbizide mit anderen Wirkstoffen und Wirkungsmechanismen. So behandelt, können weder durchwachsener Raps aus dem Vorjahr noch Unkräuter mit Liberty-Resistenzen überleben. Ein „Superunkraut“ kann daher nicht entstehen. Das hat der Abgeordnete der CDU-Fraktion, Herr Storjohann, heute sinngemäß so vorgetragen, wenn ich richtig aufgepaßt habe. Mir kam das allerdings bekannt vor, weil das heute in der Pressemitteilung der AgrEvo wortwörtlich genauso steht.

Wenn Sie nun sagen, gut, die Landesregierung soll diese Ergebnisse noch weiter quantifizieren, dann ist sicherlich der Umweltminister der letzte, der sagt, die Hunderttausende von Mark, die Sie uns dafür zur Verfügung stellen, nehmen wir nicht, und wir machen noch einmal einen großen Versuch zur **Risikoabschätzung** in diesem Bereich. Gern! Aber wenn wir auf der einen Seite wirklich mit geringen Haushaltsmitteln verantwortlich umgehen und versuchen wollen, damit ein Maximum an Informationen darzustellen, dann können Sie zwar die Gutachtertätigkeit und Verschwendung in diesem Bereich beklagen, aber sich nicht auf der anderen Seite hinstellen und sagen, hier wäre nicht mit dem nötigen Sachverstand argumentiert worden. Wir haben uns sehr wohl bemüht, mit einem Minimum an Einsatz von

Haushaltsmitteln ein Maximum an Information zu erreichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Ergebnisse von Johannisdorf stehen im Einklang mit Untersuchungen aus anderen Bundesländern wie zum Beispiel Niedersachsen. Auch dort wurden Transferraten des pat-Gens von Raps auf Raps in der Mantelsaat von über 20 % nachgewiesen. In Deutschland, aber auch in Dänemark wurde darüber hinaus der Transfer von Raps auf nahe verwandte Pflanzen wie Rübsenkohl oder Ackersenf nachgewiesen. Wer will in dieser Republik schon genmanipulierten Kohl haben?

(Holger Astrup [SPD]: Nie! - Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Das heißt, daß Gene, die vor Anwendung der Gentechnik nicht in Pflanzen vorkommen - das ist die Konsequenz -, nunmehr flächendeckend mit Kulturpflanzen freigesetzt werden können und daß eine weitere Verbreitung auf Nichtkulturpflanzen stattfindet.

Was für diese pat-Gene gilt, muß auch für andere Gene gelten wie zum Beispiel insekten- und pilzresistente Gene.

Ich habe immer deutlich gemacht, um hier keine Geschichtsklitterung zu betreiben, daß man das Problem der Gentechnik sehr differenziert beraten und betrachten muß. Es gibt in dieser Frage kein einfaches Ja oder Nein. Auch für eine Landesregierung ist es aber die zentrale Frage. Sie muß dafür sorgen, daß die Bevölkerung geschützt ist vor den Konsequenzen

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

und daß die Natur vor den Konsequenzen geschützt ist. Das ist unsere Aufgabe, die wir sehr ernsthaft wahrnehmen. Da verlassen wir uns nicht nur auf die Informationen, die von denjenigen kommen, die damit sehr viel Geld verdienen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Nun zu allen bisherigen prophetischen Äußerungen gerade derjenigen, die sich für Gentechnik einsetzen! Das ist eine sehr hoch subventionierte Veranstaltung; denn über 90 % der Arbeitsplätze in diesem Bereich

sind nur durch Subventionen zu finanzieren. Zu glauben, hier sei auf dem Markt viel Geld zu verdienen, ist unsinnig. Hier wird eine stark subventionierte Industrie aufgebaut. Das ist aber auch alles, was passiert.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Lassen Sie sich an einer Reihe von Beispielen verdeutlichen, wie wenig zutreffend die Prophetien oder die angeblichen Risikoabschätzungen in diesem Bereich sind.

Viele von Ihnen kennen vielleicht noch die sogenannte Antimatschtomate, gentechnisch verändert. Das Reifungsgen der Tomate wurde verändert, um die Haltbarkeit zu erhöhen. Die Tomate konnte rot statt schon grün geerntet und über längere Zeit transportiert werden. Aber, entgegen den Prophetien der Betreiber matschte die Tomate doch. In der ersten Saison kamen am Zielort bis zu 30 % zermatschte Tomaten an, die unverkäuflich waren. Die konventionellen Verpackungen erwiesen sich als ungeeignet. Die überprallten Tomaten platzten auf. Darüber hinaus war es mit dem Geschmack dieser Tomaten auch nicht so weit her. Diese gentechnisch veränderte und mit großer Verve angekündigte Antimatschtomate erwies sich als kommerzieller Flop.

Ein zweites Beispiel sind die Ertragsverluste, die durch die insektenresistente Baumwolle entstanden sind. Das Klima dort ist mit dem unseren vergleichbar. Die Resistenz des Schädling Baumwollkapselwurm gegen diese transgenen Baumwollpflanzen, die dort eingesetzt worden sind, hat sich in einem dermaßen hohen Tempo ergeben, daß die ersten Ernten in Amerika, die mit dieser transgen veränderten Baumwolle stattgefunden haben, zu massiven Verlusten geführt haben. Auch hier ist der ökonomische Erfolg, der immer behauptet worden ist, in keiner Weise nachzuvollziehen.

Auch das wird, weil das natürlich in der Natur ist, weitere Kreise ziehen.

Deshalb ist die Frage berechtigt, ob die Gentechnik, wie von ihren Befürwortern behauptet wird, wirklich einfache Lösungen für viele Probleme der Landwirtschaft bringt. Ich glaube das nicht. Ich glaube, sie bringt nur viel Geld für wenige.

Auch folgendes muß man zum Schluß vielleicht noch einmal sagen: Die Landwirtschaft, die gerade hier in Schleswig-Holstein in jedem zweiten Satz, wenn es um

Belange des Naturschutzes geht, von Fremdbestimmung und Überstülpen redet, wäre an dieser Stelle gut beraten, sich nicht in neue Abhängigkeiten von internationalen Konzernen zu begeben

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

und der Gentechnik sehr viel kritischer gegenüberzustehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem Drei-Minuten-Beitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat zunächst Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: O Gott!)

**Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muß doch noch einmal auf die Ausführungen von Frau Happach-Kasan eingehen. Frau Happach-Kasan, ich denke, Sie haben genauso wie ich im Biologiestudium gelernt, daß sich eine Art dadurch definiert, daß sie eine fruchtbare Fortpflanzungsgemeinschaft ist. Sie haben genauso wie ich begriffen, daß diese Artgrenze bei Rübsen innerhalb derselben Gattung inzwischen überschritten worden ist, bei Hederich und bei Ackersenf sogar in zwei andere Gattungen. Mich würde wirklich interessieren, ob Sie das nicht als ein Risiko ansehen.

Gerüchtweise habe ich gehört, Frau Happach-Kasan, daß Sie irgendwann auf die Frage, wie Sie, die Sie oft so extreme Positionen vertreten, das mit Ihrer Fachkompetenz als Biologin vereinbaren könnten, geantwortet hätten, Sie seien in erster Linie F.D.P.-Politikerin und dann lange gar nichts mehr. Mich würde interessieren, wie lange dieses „gar nichts mehr“ noch anhält.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluß: Das ist das Phänomen der Gerüchte, Frau Happach-Kasan, wenn man sich selbst ins Glashaus setzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem Drei-Minuten-Beitrag nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

**Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin in erster Linie Christel Happach-Kasan, und das ist auch das, was Sie an der Geschichte am meisten stört.

(Beifall bei F.D.P., CDU und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Winking-Nackedei ist in erster Linie dumm!)

- Das ist ihr Problem, nicht meines!

Was mich an dieser Debatte extrem stört, ist die Tatsache, daß wir im Bereich der Herbizidresistenz eine Technikfolgenabschätzung haben und hier im Haus so getan wird, als ob es so etwas nicht gäbe.

Wenn sich qualifizierte Wissenschaftler umfassend mit diesem Thema auseinandersetzen, glaube ich, daß wir eine Landesregierung überfordern, wenn wir sie auffordern, eine Gegenstellungnahme zu dieser Technikfolgenabschätzung zu machen. Das ist Unsinn.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich verlange von Ihnen, Herr Minister, auch in keiner Weise irgendein weiteres Gutachten. Es gibt mit Sicherheit genügend Gutachten, und es gibt in anderen Bundesländern sehr gute **Begleitforschung**. Wir brauchen keine weitere. Was ich an Ihnen kritisiere, ist die Tatsache, daß Sie marginale Versüchlein - so muß man ja schon sagen; damit kann man nicht einmal ein Seminar bestreiten - zum Anlaß genommen haben, eine Polemik gegen die Gentechnik vom Zaum zu brechen, die nicht durch das gerechtfertigt ist, was Sie herausbekommen haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn Sie sagen, eine Verbreitung habe „in großem Ausmaß“ stattgefunden, und nur bis 23 m gemessen haben, ist das nicht „in großem Ausmaß“, sondern Sie haben genau da Transgene gefunden, wo sie zu erwarten waren. Das ist auch in Ordnung. Das kann

man auch sagen, aber nicht mehr. Dies ist von uns zu kritisieren.

Sie sagen jetzt: Am Markt haben die Produkte alle keinen Erfolg. - Na und? Wenn die keinen Erfolg haben, ist das deren Bier. Das ist nicht mein Problem. Es ist wohl auch nicht Ihr Problem, daß bestimmte Produkte keinen Erfolg haben. Aber die Chance, Pflanzenzüchtung mit Hilfe der Gentechnik zu betreiben - -

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weshalb so ein Risiko eingehen?)

- Hören Sie auf mit dem Risiko! Sie könnten auch die Treppe hinunterfallen und sich ein Bein dabei brechen. Das Risiko gibt es auch.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist dann aber nur mein Bein!)

Ich möchte außerdem folgendes sagen. Hier wird immer wieder über den Pollenflug gesprochen. Sie wissen auch: Die ersten Versuche im Rahmen von Freisetzung sind die Kartoffelversuche gewesen, die auf dem Gelände der Hansestadt Hamburg gemacht werden sollten.

(Konrad Nabel [SPD]: Ahrensburg!)

- Entschuldigung: Ahrensburg!

Damals konnte man leider nicht mit Pollenflug argumentieren. Natürlich hatte man da etwas anderes. Jetzt ist es der Pollenflug. Bei den Kartoffeln ging das nicht, insbesondere nicht im Winter. Da ist überhaupt nichts zu machen. Trotzdem ist dieser Gentechnikversuch nicht durchgeführt worden.

Nehmen Sie folgendes zur Kenntnis; Wir haben ein **Gentechnikgesetz**, das die Genehmigungen vorschreibt. Alle Versuche sind nach diesen Genehmigungen durchgeführt worden. Keine der Genehmigungen ist bei einer gerichtlichen Überprüfung aufgehoben worden. Das heißt, wir sind in dieser Beziehung auf der sicheren Seite. Hören Sie auf, so zu tun, als bekämen Sie mit der Gentechnik einen Moloch hierher. Das ist einfach nicht wahr. Es ist eine Chance, die wir nutzen sollten. Lesen Sie einmal nach, welche Chancen es gibt, und reden Sie nicht ewig über die Risiken.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ehe ich Herrn Abgeordneten Nabel das Wort erteile, möchte ich gern folgendes sagen: Herr Abgeordneter Kubicki, für Ihren Ausspruch eben „Frau Winking-Nackedei ist in erster Linie nur dumm“ erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter Nabel.

**Konrad Nabel [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hier ist schon eine Menge Unsinn gesagt worden.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich möchte zu zwei Fragen Stellung nehmen. Die erste ist, warum die SPD-Fraktion diesen Antrag gestellt hat, obwohl wir eine Enquetekommission haben. - Wir trauen der Enquetekommission sehr wohl zu, alle Fragen, die in diesem Zusammenhang an sie gestellt werden, mit der ihr möglichen Gründlichkeit und mit dem wissenschaftlichen Sachverstand der geladenen Gäste so zu erörtern, daß wir hier eine Diskussionsgrundlage haben, um für weitere, zukünftige Diskussionen im Rahmen der Gentechnik gerüstet zu sein.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Ich möchte dem Kollegen Weber und den anderen Mitgliedern der Enquetekommission für ihre Arbeit ausdrücklich danken.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ihre Arbeit ist unbestritten notwendig, und wir werden zu gegebener Zeit darüber eine umfassende Debatte führen.

Die Unruhe in Johannisdorf ist allerdings aktuell.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann nicht angehen, daß auf die Enquetekommission verwiesen wird, deren Arbeit sich über einen längeren Zeitraum erstreckt, und auf aktuell vor Ort entstehende Unruhe nicht eingegangen werden darf. Wir als schleswig-holsteinische Abgeordnete sind gegenüber dem Volk verpflichtet und haben geschworen, Schaden zu mehrern.

(Zurufe: Schaden abzuwehren! - Weitere Zurufe)

- Entschuldigung, ich bin bei diesem Thema emotional und bitte meinen Versprecher zu entschuldigen.

Ein zweiter Grund hat uns zu dem Antrag veranlaßt, nämlich die Erkenntnisse, die in **Johannisdorf** gewonnen worden sind. Ich erinnere daran, daß die **AgrEvo** beim Einleiten ihrer Versuche behauptet hat, eine Übertragung werde es nicht geben. Uns - auch wenn ich kein Biologe bin - war als Naturwissenschaftler allerdings völlig klar, daß bestimmte Eigenschaften durch Pollenflug übertragen werden. Sonst hätten auch die Mendelschen Experimente keine wissenschaftliche Grundlage.

Im Rahmen der Diskussion hat unser Landwirtschaftsminister dankenswerterweise darauf aufmerksam gemacht, daß es von dieser Landesregierung eine Bundesratsinitiative geben wird,

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

die - vor allem auf den Bereich der Landwirtschaft bezogen - einen Stopp zum Ziel hat. - Und damit soll sich das Parlament nicht befassen? - Das sehe ich überhaupt nicht ein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da versuche ich allerdings nicht, hier die Pressemitteilung der Firma Schering (AgrEvo) vom 13. Januar zu verlesen. Das haben Sie wortwörtlich getan, Herr Storjohann. Auch wenn Sie so stark von der Gentechnik überzeugt sind, möchte ich Sie bitten, im Interesse des Parlamentarismus und der Lebendigkeit von Debatten eigene Worte für den Sachverhalt zu finden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Dr. Happach-Kasan, hier von „marginalen Versüchlein“ zu reden, zeigt auf, welche Arroganz Sie

an den Tag legen. Die Menschen vor Ort sind von dem Versuch betroffen, und da ist es egal, ob es ein kleines oder ein großes Versüchlein ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns um die Menschen vor Ort zu kümmern und denen Rede und Antwort zu stehen, auch wenn am Ende der Debatte möglicherweise herauskommt - das möchte ich gern konzedieren -, daß unsere Sorgen völlig überflüssig sind.

(Zurufe der Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU], Dr. Happach-Kasan [F.D.P.] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Sie geben sich sehr risikofreundlich. Wir, die Antragsteller, möchten eher die Risiken untersuchen und die Chancen anhand der Risiken abklopfen. Das ist die richtige Ausgewogenheit. Wenn wir hier ausführliche Debatten über die Gentechnik führen, wird es möglich sein, auch etwas deutlicher zu machen, wo bei diesem Thema die ethischen Grundlagen liegen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat jetzt Herr Abgeordneter Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Zynismus des hier Vorgebrachten ist kaum noch zu überbieten. Erinnern wir uns an DDT und an Contergan - beides Produkte, die rechtmäßig genehmigt waren! Das bedeutete nicht, daß sie sicher waren.

Sie reden von der Mantelsaat. Was ist die Mantelsaat? - Die Mantelsaat ist ein doppelter Sicherheitsbehälter um die Äcker. Das ist zu vergleichen mit einem doppelten Sicherheitsbehälter, in den Sie eine Säure einfüllen. Bereits beim ersten Einfüllen ist der innere Behälter leck, und das ganze Ding dringt bis an die Außenwand durch. Das ist beim ersten Versuch passiert. Da behaupten Sie, das sei unproblematisch, der Umweltminister betreibe Panikmache. - Ist das noch zu fassen?

Frau Happach-Kasan, Sie reden von der Notwendigkeit der Gesellschaft zu forschen. Worin besteht die

Notwendigkeit der Gesellschaft, Zitterpappeln gentechnisch zu manipulieren und dafür unkalkulierbare Risiken für die gesamte Menschheit einzugehen?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Sollen die ihr ganzes Leben lang zittern?)

Worin besteht die Notwendigkeit der Gesellschaft, Astern gentechnisch zu modifizieren, um anschließend unverantwortbare Risiken einzugehen? Frau Happach-Kasan, Sie als Biologin wissen ganz genau, daß die Auswirkungen von DDT und Contergan zwar noch Jahrzehnte lang nachzumessen waren, sich aber nicht vermehren konnten. Was Sie hier allerdings produzieren und freisetzen, vermehrt sich. Wenn Sie das zurückholen wollen, brauchen Sie nicht ein paar Tausend Rinder umzubringen wie bei BSE, sondern müssen ganze Landstriche Schleswig-Holsteins ausrotten und ratzekahl machen, um das wieder zurückzuholen. Das wollen Sie verantworten, Frau Happach-Kasan?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist kein Antrag gestellt worden. Der Bericht soll zur Kenntnis genommen und der Enquetekommission zur Kenntnisnahme übergeben werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 19 auf:

### **Resolution zur Nicht-Impfpolitik der Europäischen Union**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/979

Bericht und Beschlußempfehlung des Agrarausschusses  
Drucksache 14/1148

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Agrarausschusses, Herrn Abgeordneten Hopp.

**Claus Hopp [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich verweise auf die Vorlage und bitte um Zustimmung.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Siebke das Wort.

**Hans Siebke [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Resolution zur Nicht-Impfpolitik der Europäischen Union ist aufgrund einer Initiative der CDU entstanden. Diese Initiative wird durch den neusten Seuchengang in Mecklenburg-Vorpommern bestätigt. Erneut mußten Tausende gesunder Tiere getötet werden, weil die Europäische Union bisher nur die Keulung als einzige Seuchenbekämpfungsmaßnahme zuläßt.

Ende 1998 wird es endlich einen markierten **Impfstoff** geben. Impfstoffe gibt es allerdings schon lange und sind auch 20 Jahre erfolgreich eingesetzt worden. Es ist zu hoffen, daß die tiereseuchenrechtlichen Vorschriften der EU entsprechend geändert werden und damit die sinnlose Tötung Tausender von gesunden Tieren beendet werden kann.

Daß die Resolution der Verbände, die auch von der niedersächsischen Landesregierung unterschrieben worden ist, in ihrem Wortlaut in unserer letzten Sitzung nicht mehrheitsfähig war, ist in bezug auf das angestrebte Ziel unerheblich; auf den Inhalt kommt es an.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD] - Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Die Problemlösung muß herbeigeführt werden. Ein Seuchengang wie in Mecklenburg-Vorpommern kann sich sehr schnell auf Schleswig-Holstein und andere Bundesländer ausdehnen. Solange es Wildschweine gibt, ist das Risiko offensichtlich kaum zu verringern.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Wenn wir nicht wie bisher verfahren wollen, müssen wir alles daransetzen, den markierten Impfstoff in der Europäischen Union zuzulassen.

Die CDU-Fraktion wird ihren Beitrag leisten, und alle, die die sinnlose Tötung und Vernichtung gesunder Tiere beenden wollen, werden es ebenso tun. Handeln wir gemeinsam! Mit der vorliegenden Resolution ist ein Anfang gemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich eben über die Kollegin Winking-Nikolay geärgert, die nun gerade hinausgegangen ist. Ich möchte meine Kollegin Happach-Kasan ein bißchen in Schutz nehmen und bitte die Kollegen der Fraktion der Grünen, das weiterzugeben. Mich ärgert es maßlos, daß man sich hier als Oberschiedsrichter hinstellt. Ihre Kollegin stellt sich im Eingabenausschuß hin und sagt: Ich kann den und den Kreis nicht betreuen, weil ich nicht motorisiert bin. - Ich treffe sie laufend auf der B 404. Sie stellt ihren Wagen kurz vor dem Landeshaus ab und tut so, als sei sie mit der Bahn gekommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe:  
Unglaublich! - Unruhe)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Wodarz das Wort.

**Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Zusammenhang zwischen Schweinepest und Auto habe ich nicht erkennen können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Doch, da geht es um doppelte Moral! - Anhaltende Unruhe)

- Herr Claus Ehlers, hör doch mal gut zu! - Ach, ich darf ja nicht „du“ sagen. - Wir sind uns im Ausschuß schnell einig darüber geworden - und das ist auch gut so -, daß die jetzige Politik der EU und der Bundesregierung zur Bekämpfung der Schweinepest kein Weg ist, der auf die Dauer begangen werden kann. Die massenhafte Tötung auch von gesunden Tieren ist ethisch nicht vertretbar, und es ist ökologischer Unsinn.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Es geht uns jetzt nicht darum, gegen den **Marker-Impfstoff** Restbedenken zu formulieren, sondern es geht darum, seine vernünftige **Anwendung und Zulassung** zu fordern. Die Industrie ist so weit - wir wissen das -, wir brauchen also nur noch das entsprechende Genehmigungsverfahren.

Um es aber auch klar und deutlich zu sagen: Wenn mit dem Marker-Impfstoff geimpft werden soll, dann nur im Falle einer Infektion und nur zum Schutz der übrigen Schweine. Das Verfahren ist die sogenannte Ringimpfung. An eine flächendeckende oder prophylaktische Impfung ist nicht gedacht; sie wird von uns auch abgelehnt. Wir wollen bei der Nahrungsproduktion grundsätzlich keine Medikamente bei der Aufzucht und Mast der Tiere. Diese Diskussion haben wir in diesem Hohen Haus bereits geführt, und ich habe damals schon gesagt - ich wiederhole es heute -: Nur wenn ein Tier krank ist, soll es mit Medikamenten behandelt werden, und dann kann es auch dem menschlichen Verzehr zugeführt werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Herr Minister Wiesen, ich danke Ihnen, daß Sie in der Öffentlichkeit so klar zur EU-Politik Stellung bezogen haben. Die SPD-Fraktion steht hinter Ihnen.

Wenngleich die **Massentierhaltung** - auch das muß man deutlich machen - nicht ursächlich für die Schweinepest ist, so ermöglicht sie aber doch die rasante **Ausbreitung des Virus**.

(Beifall bei der SPD)

62.000 oder 63.000 Schweine in einer Anlage in Mecklenburg-Vorpommern - die Zahlen schwanken etwas - sprengen fast meine Vorstellungskraft. Da mag die Anlage nach betriebswirtschaftlichen Kriterien optimiert und zertifiziert sein, eine derartige Massierung ist eine ungeheuerliche Belastung für die Umwelt und läßt in keiner Weise eine artgerechte Tierhaltung zu.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Dem Tier noch ein Stück Würde zuzugestehen - ich denke, das sollten wir auch nicht vergessen, auch wenn wir immer von Tierproduktion sprechen -, traue ich mich fast nicht mehr zu fordern. Auch artgerecht gehaltene Schweine werden von der Schweinepest bedroht. Daher haben SPD und Grüne unter Zugrundelegung des ursprünglichen CDU-Antrages ihren Antrag eingebracht, und ich freue mich sehr, daß - im Gegensatz zu der eigentümlichen Situation gestern - das Parlament heute in dieser Frage so geschlossen auftritt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Matthiessen.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aktueller kann die Situation für eine Debatte zum Thema Nicht-Impfpolitik der EU nicht sein. Es sieht so aus, als sei die Schweinepest an Schleswig-Holstein noch einmal knapp vorbeigerutscht. Letzte Klarheit werden die nächsten Wochen bringen. Der EU-Veterinärausschuß hat lediglich in acht Landkreisen außerhalb unseres Bundeslandes eine Exportsperre verhängt. Ich glaube, wir sind alle gemeinsam sehr erleichtert.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Der Ausbruch der **Schweinepest** hat mit **Massentierhaltung** nichts zu tun, wohl aber ist die Bekämpfung der Seuche in Gebieten mit einer hohen Schweinedichte, in den Regionen mit industrieller Massentierhaltung, äußerst problematisch.

(Günter Neugebauer [SPD]: Also besteht doch ein Zusammenhang!)

Der mit der arbeitsteiligen sogenannten modernen Schweinehaltung einhergehende Handelsverkehr in der EU, der sogenannte **Schweinetourismus**, tut sein übriges dazu. Beides, sowohl die industrielle Massentierhaltung als auch der EU-subventionierte Fleischverkehr, sind Bestandteile einer Landwirtschaft, die wir Grünen mit guten Argumenten ablehnen. Wir wollen eine regionalwirtschaftliche Orientierung, wir wollen eine bäuerliche Produktionsweise!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Nicht-Impfpolitik der Europäischen Kommission** bietet Anlaß zur Kritik. Die Seuche breitet sich mit dem extrem ansteckungsfähigen Material rasant aus. Problematisch ist das vor allem deswegen, weil oftmals in der Inkubationszeit von fünf bis sieben Tagen, also in der Phase zwischen Ansteckung und Ausbruch und damit der Nichterkennbarkeit der Krankheit, Tiere transportiert werden, zum Beispiel Ferkel aus einem Sauenbetrieb zu einem Mäster. Auch wir in Schleswig-Holstein haben

ja einen Bedarf an Ferkeln für unsere Mastbetriebe. Damit sattelt der Mensch durch den Handelsverkehr der biologischen Verbreitungsdynamik noch eine humane Komponente drauf. Das hat zur Folge, daß zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung der Krankheit in den von den Veterinärbehörden festgelegten und aus den genannten Gründen räumlich sehr ausgedehnten Bezirken in großem Umfang Schweine gekeult werden müssen, wie man sich ausdrückt, das heißt also, getötet werden müssen, die äußerlich oder meist tatsächlich nicht erkrankt sind.

Das führt in den davon betroffenen Regionen zu großen **wirtschaftlichen Schäden**. Tierärzte aus Niedersachsen berichten, daß in den vorgeschriebenen Schutzzonen die notwendige Keulungsgeschwindigkeit mitunter nicht erreichbar ist. Sie sagen, daß ihnen in Gebieten, in denen die Schweinehaltung konzentriert ist, „die Ausbreitungsgeschwindigkeit der Schweinepest zwischen den Beinen durchläuft“.

Die **Verbraucherseite** und der **Tierschutz** haben zunehmend Schwierigkeiten, diese Massentötungen zu akzeptieren. Und da haben wir es eben nicht nur mit Befindlichkeiten von verzärteltem Stadtvolk zu tun, um das einmal aus dörflicher Perspektive zu formulieren, sondern hier liegt auch eine wirklich massive Tierschutzproblematik vor. Dabei ist die Masse der zu keulenden Schweine direkt abhängig von der Dichte der Schweinehaltung in den betreffenden Regionen.

(Glocke des Präsidenten)

Es ist erwiesen, daß in einem Gebiet mit normaler Schweinedichte ein einziger ESP-Fall - das heißt europäische Schweinepest - zur Keulung des gesamten Bestandes im betroffenen Betrieb führt, aber nur zu drei Präventivtötungen der Bestände in der Nachbarschaft.

Ist die Schweinedichte höher, liegt das Verhältnis nicht bei 1 : 3, sondern bei 1 : 25. Damit ist sie besonders hoch in diesen industriellen Veredlungswirtschaftszentren, und da läuft die Seuche - wie ich bereits zitiert habe - den Keulungstrupps zwischen den Beinen davon.

Gestatten Sie mir über die hier angesprochene Seuchenproblematik hinaus noch eine Bemerkung. Der **Massenhaltung von Schweinen** stehen wir auch aus anderen Gründen äußerst kritisch gegenüber.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der Welthungerproblematik füttern wir den menschlichen Nahrungskonkurrenten Schwein in unverantwortlicher Weise mit hochwertigen importierten Futtermitteln.

Das Wort „Unsere Kühe weiden am Rio de la Plata“

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: So ein Quatsch!)

gilt für Schweine erst recht. Die importierten Futtermittel entsprechen etwa einer Erweiterung unserer landwirtschaftlichen Flächen um ein Drittel. Dadurch führt die Massentierhaltung zu einer organischen Überfrachtung der Flächen. Der Dünger Gülle wird zu einem Abfallproblem. Der Buchtitel der Autorin Nina Kleinschmidt „Und ewig stinken die Felder“ spricht für sich. Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Dummes Zeug!)

Den ursprünglich vorliegenden CDU-Antrag haben wir durch einen Vorschlag der Regierungsfractionen ersetzt, weil der CDU-Antrag im Ergebnis auf eine flächendeckende Impfung für die 110 Millionen Schweine Europas hinauslief. Kein Tierseuchenfachmann sagt, daß damit die europäische Schweinepest zu tilgen sei.

Neben Dänemark haben Skandinavien, England, die USA und Kanada die Schweinepest in ihren Territorien getilgt, und für uns vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt nach wie vor das generelle Ziel der Tilgung der Schweinepest, wie es in der EU-Richtlinie 80/217 schon Anfang der achtziger Jahre in Europa fixiert wurde. Seit 1988 wurde die Nicht-Impfpolitik für alle EU-Länder verbindlich.

Ich darf Prof. Dr. Dr. Liess benennen, der darauf hingewiesen hat, daß die ESP mit der Impfung allein nicht getilgt werden kann.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja! - Prof. Dr. Blaha, ein Epidemiologe der Tierärztlichen Hochschule Hannover, der seine

Erfahrungen unter anderem im Raum Südoldenburg und im Landkreis Vechta gesammelt hat, führt aus:

„Die Verfügbarkeit eines markierten Impfstoffes würde sogar die Stamping-out-Politik oder die Nichtimpfpolitik verbessern, perfektionieren in dem Sinne, daß wir diese Politik ethisch und ökonomisch auch wirklich vertreten können.“

Durch die Schaffung eines Impfgürtels in den vorgeschriebenen Schutzzonen um die Schweinepestausbüche herum werden die unstrittigen Nachteile der bisherigen Methoden beseitigt.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Bitte, formulieren Sie Ihren Schlußsatz.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Am Ende - jetzt geht es los, Herr Präsident - dieser Maßnahme wird dann aber nach wie vor leider die Keulung der betroffenen Bestände - wenn auch in einem erheblich geringeren Umfang - stehen müssen. Leider ist das so.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

**Dr. Christel Happach-Kasan** [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die F.D.P. unterstützt die Forderung auf **Zulassung** von **markierten Impfstoffen** zur Bekämpfung der Schweinepest nachdrücklich. Dem Kollegen Wodarz möchte ich aber doch in Erinnerung rufen, daß wir im Ausschuß erst nach einer sehr intensiven Debatte dazu gekommen sind, daß auch einzelne Kollegen der SPD-Fraktion bereit waren, der Notwendigkeit eines solchen Antrags zuzustimmen.

Es ist bedauerlich, daß der CDU-Antrag nicht von vornherein so formuliert war, daß wir über ihn hätten abstimmen können. Das wäre noch besser gewesen. Aber schließlich hat das Ministerium dann eine verabschiedungsreife Vorlage vorgelegt, wobei ich es

ein wenig unkollegial finde, daß SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jetzt darauf beharren - nachdem ich mich sehr intensiv dafür eingesetzt habe, daß es zu einem solchen Antrag kommt -, die Vorlage des Ministeriums allein zu unterschreiben. Aber sei's drum - Sie haben ja auch sonst relativ wenige gute Anträge, so daß Sie darauf offenbar angewiesen sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

1987 ist in der EU beschlossen worden, die Schweinepest nicht mehr vorbeugend durch Impfung zu bekämpfen, sondern von Schweinepest befallene Bestände zu keulen. Das ist hier bereits angesprochen worden. Diese Entscheidung hat sich nach Einschätzung der F.D.P. als falsch erwiesen. Die Schweinepest kann auf diese Weise nicht erfolgreich bekämpft werden, und der neue Seuchengang, den wir in Mecklenburg zu beobachten haben, hat dies noch einmal deutlich vor Augen geführt.

**Schweinepest** ist immer wieder - auch in Betrieben mit höchstmöglichem hygienischem Standard - aufgetreten. Millionen von Schweinen sind gekeult worden; dennoch tritt die Krankheit immer wieder auf. In Europa gibt es drei große Wildschweinbestände, in denen Schweinepest vorkommt. Vor diesem Hintergrund ist es eine Illusion und eine reine Schreibtischentscheidung zu glauben, man könne die hochinfektiöse Schweinepest durch Keulung der Tiere ausrotten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Diese Methode ist langfristig weder ökonomisch zu verantworten noch entspricht es unseren Vorstellungen von einem verantwortlichen Tierschutz, Millionen von Schweinen auf den Verdacht hin zu keulen, sie könnten infiziert sein. Wir wissen, daß 90 % der gekeulten Schweine nicht infiziert gewesen sind. Das sollte uns dann auch tatsächlich einmal zu denken geben,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

ob dies die geeignete Methode ist.

Inzwischen gibt es einen markierten Impfstoff gegen Schweinepest, der es erlaubt, infizierte Tiere von geimpften Tieren zu unterscheiden. Die EU ist nun gefordert, **Feldversuche zur Erprobung dieses Impfstoffes** zuzulassen. Zugleich sind Verhandlungen mit den Importländern - vornehmlich den USA und Japan - aufzunehmen, die bisher den Import von geimpften Schweinen abgelehnt haben. Es muß

angestrebt werden, daß diese Märkte nicht verlorengehen.

Die F.D.P. stimmt dem Antrag zu.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerckens.

**Peter Gerckens [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frage nach der ethischen Legitimation einer massenhaften Tötung von Schweinen ist berechtigt. Allerdings halten wir die Impfung nicht für das geeignete Mittel, um dieses Problem zu lösen. Eine **Impfung der Schweine** gegen die Pest würde zum einen dazu führen, daß **Verbraucherinnen und Verbraucher** unfreiwillig Rückstände der Impfstoffe aufnehmen würden,

(Peter Jensen-Nissen [CDU]:  
Unglaublich!)

zum anderen hat sie den gravierenden Nachteil, daß sich viele **Exportmärkte** verschließen werden, weil manche Märkte im Ausland kein Fleisch von geimpften Tieren akzeptieren.

Unsere nördlichen Nachbarn, die Landwirte in Dänemark, haben sich seit langem darauf festgelegt, auf keinen Fall zu impfen.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:  
Die haben auch keine Wildschweine!)

- Da haben Sie recht. Sie hatten welche, sind sie aber losgeworden.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Gerckens, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen?

**Peter Gerckens [SSW]:**

Nein! - Ich fahre fort: Dieses Signal ist im Ausland - unter anderem in Asien - sehr gut aufgenommen worden. Darauf beruht ein umfassender Export unter

anderem nach Japan. Man weiß dort, daß eine Impfung von dänischen Tieren ausgeschlossen ist, und die dänischen Produzenten haben sich dementsprechend große Märkte erschließen können.

Selbst eine punktuelle Impfung, wie sie jetzt ja angestrebt wird, wird diese Märkte für uns verschließen.

Es ist sehr wohl möglich, die Ausbreitung der Seuche ohne Impfung zu verhindern, wenn **Vorsichtsmaßnahmen** konsequent eingehalten werden. Das heißt, in erster Linie sind die Schweinehalter selbst gefragt, wenn es um die Einhaltung und Kontrolle klarer Sicherheitsvorkehrungen geht. Genau dies hat man in Dänemark mit Erfolg getan.

Genau dies scheint auch der ethisch korrekte Weg zu sein. Er schont die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, er rettet das Leben der Tiere und erhöht die Exportchancen.

Kurzfristig sollte man den Vorschlag des Vorsitzenden des Schweineproduktionsausschusses des Deutschen Landwirtschaftlichen Hauptvereins für Nord Schleswig beherzigen. Wie der „Nordschleswiger“ gestern berichtete, hat Claus Carstens darauf hingewiesen, daß ein Ferkelimport aus Dänemark statt aus Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls ein Beitrag zur Seuchenverhütung sein könnte.

Wir müssen uns einfach der Tatsache stellen, daß die **Seuche** und die **Massentötung** hauptsächlich auf **Großbetriebe** konzentriert sind.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Keine Ahnung!)

Eine Umstellung auf kleinere Produktionseinheiten wäre aus gesundheitlicher, seuchenhygienischer und ethischer Sicht sinnvoller als der Einsatz von Impfstoffen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte noch eines hinzufügen. Der dänische Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen war neulich bei einem Besuch in einem Stall und hat dort in der Öffentlichkeit die Frage nach den Lebensbedingungen der Tiere gestellt. Er hat umfassende Konzepte angekündigt, die das Ende der fragwürdigen Fleischproduktion unter industriellen Bedingungen

einläuten sollen - zum Vorteil von Verbrauchern, zum Nachteil von Krankheitssergern

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und zum Nachteil der Pharmaindustrie, meine Damen und Herren. Auch wir sollten diesen konsequenten Weg gehen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden uns bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

(Beifall beim SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Siebke.

**Hans Siebke [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Gerckens, ich möchte speziell auf Ihre Ausführungen eingehen.

Ich habe immer gemeint, Sie seien Abgeordneter des schleswig-holsteinischen Parlaments und hätten die Interessen Schleswig-Holsteins zu vertreten, nicht aber die der dänischen Exportwirtschaft.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Jetzt hole ich mich wieder ein und komme trotzdem zu dem Problem. Mein Sohn führt einen landwirtschaftlichen Betrieb - denken Sie einmal darüber nach -, und da die Dänen auch einige Ferkel zuviel produzieren, bin ich einer der Glücklichen, die dänische Ferkel in ihrem Betrieb haben. Die werden nie krank, weil sie die Probleme nicht kennen!

Jetzt zur **Gesunderhaltung!** Spritzen oder Aspirin sind für den Menschen ein Gesundheitsmittel.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

- Ja, Aspirin; das ist ein Medikament, damit wir gesund bleiben. - Sie haben recht, Frau Fröhlich! Nur, wenn die Schweine dasselbe Medikament bekommen, dann ist es nicht schädlicher, als wenn wir selbst es nehmen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Irgendwie hat er das nicht verstanden!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Minister Wiesen.

**Hans Wiesen**, Minister für ländliche Räume,  
Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dem jüngsten Seuchengeschehen, ausgehend von einem Riesenbetrieb in Mecklenburg-Vorpommern, dessen Größe auch meine Vorstellungskraft übersteigt, sind Ferkel in drei Betriebe des Landes Schleswig-Holstein gekommen. Einen dieser Bestände haben wir vorsorglich getötet, weil wir Angst vor dem Ausbruch der Seuche hatten.

Die Untersuchungen der Tiere sind abgeschlossen, nicht nur, was die Blutanalyse angeht, sondern auch hinsichtlich der Zellkulturen. Die Untersuchungen sind abgeschlossen. Alle sind negativ verlaufen; alle Tiere sind gesund. **Schleswig-Holstein** ist **schweinepestfrei** geblieben. Ich denke, das ist eine gute Botschaft.

(Beifall im ganzen Haus)

Wir haben in den vergangenen Jahren seit der **Einführung des Impfverbots** in unseren Betrieben und in den Ställen schreckliche Szenen erlebt. In Sperrgebieten stieg die Zahl der Schweine weiter, und niemand durfte sie vermarkten. Die Schweine quollen quasi aus ihren Ställen heraus, die immer enger wurden. Paradoxe Weise mußten dann Tiere aus Tierschutzgründen getötet werden.

Da kann man nur sagen: Wenn wir - wie jetzt - einen **markierten Impfstoff** haben - der **Zulassungsantrag** ist gestellt; ich denke, Ende des Jahres müßte das Präparat dann auch zur Verfügung stehen -, dann muß man mit diesem Wahnsinn aufhören.

(Beifall bei CDU, SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man stelle sich einmal die Situation vor: Ein Landwirt muß in einem Sperrgebiet seine Tiere weiter füttern. Er hat gar keinen Platz mehr für sie. Gleichzeitig muß er - weil er auch dort nicht impfen darf - hilflos zusehen,

wie sich das Virus immer weiter ausbreitet, wie die Gefahr wächst und nicht eingeschränkt wird.

Nein, wir brauchen das. Die Unterscheidung ist möglich und deutlich. Die Europäische Union muß - und in diesem Punkte freue ich mich über die Einmütigkeit hier im Hause - das Impfen mit markiertem Impfstoff zulassen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die **Impfung** ist da nicht das alleinseligmachende Instrument - wie die Keulung auch nicht -, sondern sie ist eine **Ergänzung** des Instruments. Übrigens wäre es auch eine Ergänzung unseres Bemühens um mehr Bestandssicherheit, Gesundheitsvorsorge, wenn wir nicht jedes Jahr 350.000 oder 400.000 Ferkel aus anderen Regionen importieren müßten. Damit sage ich nichts gegen Importe aus Dänemark. Aber je enger, je geschlossener ich die Kreisläufe von Tieren gestalten kann, desto eher kann ich Infektionsgefahren abwehren.

(Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Peter Gerckens [SSW])

Zudem kann eine zusätzliche Einnahmequelle für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein auch nicht gerade schädlich sein.

Wenn dieser markierte Impfstoff hält, was er verspricht, dann ist es weder volkswirtschaftlich noch ethisch vertretbar, auf seinen Einsatz zugunsten von Massentötungen gesunder Schweine in solchen Situationen zu verzichten. Wir können - so behaupte ich; damit komme ich gleich auf das zu sprechen, was Kollege Matthiessen gesagt hat - in manchen Regionen der Bundesrepublik Deutschland - wir sind Gott sei Dank nicht so „schweinedicht“; nehmen wir einmal Bereiche wie Vechta oder Cloppenburg - ohne einen Impfstoff bei Ausbruch eines solchen Herdes nicht ganze Gebiete seuchenfrei halten und müssen alles das, was dort an Schweinen vorhanden ist, töten. Deswegen brauchen wir ein Paket von Maßnahmen, um die Seuchengefahr zu minimieren, und wir brauchen den Impfstoff, um dann gezielt - nicht flächendeckend! - eingreifen zu können.

Die europäische Schweinepest - „Schweinegrippe“ könnte man eher dazu sagen - ist übrigens für den Menschen absolut unschädlich. Es gibt keinen Grund, auf Schweinefleisch zu verzichten. Es gibt auch bei unseren Handelspartnern in der Welt keinen Grund, Fleisch von geimpften Schweinen im Handel zu

diskriminieren. Darüber sind Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den Handelspartnern aufzunehmen, damit uns die Märkte nicht zusammenbrechen.

Ich freue mich, daß der Landtag hier mit der Landesregierung einer Meinung ist. Ich hoffe, daß wir Erfolg haben werden.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

#### Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich lasse über den Antrag der Fraktion der CDU in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dieser Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. bei Stimmenthaltung des SSW angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 22 auf:

#### Bündelung der Europazuständigkeiten in der Landesregierung

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1062

Bericht und Beschlußempfehlung des Europaausschusses  
Drucksache 14/1198

Ich erteile dem Berichterstatter des Europaausschusses, Herrn Abgeordneten Döring, das Wort.

#### Uwe Döring [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Europaausschuß empfiehlt mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU die Ablehnung des Antrages der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1062.

#### Präsident Heinz-Werner Arens:

Wird das Wort zum Bericht gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann danke ich dem Herrn Berichterstatter.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Saxe das Wort.

#### Bernd Saxe [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß sagen, Herr Kollege de Jager, ich habe mich ein bißchen gewundert, daß Sie nicht im Ältestenrat vorgeschlagen haben, diesen Punkt ohne Aussprache zu behandeln;

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

denn der Tenor der Beratungen im Europaausschuß war so vernichtend, daß ich angenommen habe, daß Sie keinen Wert darauf legen, darüber hier noch einmal zu diskutieren. Der Vorschlag ist unsinnig, er ist undurchdacht und ist auch kontroproduktiv, wenn man will, daß der Europagedanke in allen Ressorts der Regierung verankert wird, daß **Europapolitik** als **Querschnittsaufgabe** begriffen wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann müßten wir das Frauenministerium ja auch abschaffen!)

- Nein, nein! - Meine Bewertung gilt auch dann, wenn man will, daß Europakompetenz in allen Bereichen der Landespolitik gefördert wird.

Wir werden deshalb den Antrag - wie schon in der ersten Lesung angekündigt und wie auch im Ausschuß geschehen - ablehnen.

Ich will noch folgendes hinzufügen: Man würde durch die **Bündelung der Europazuständigkeiten** in einem Haus ein solches **Superministerium** schaffen, das wirklich niemand wollen kann. Vom internationalen Jugendaustausch bis zur Agrarförderung, von der Forschungspolitik im internationalen Wettbewerb bis zur Abwicklung von EU-Programmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit gäbe es eine Konzentration in einem Hause. Das würde nicht mehr Flexibilität und Kooperation schaffen, sondern aufgeblähte Bürokratie.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die jetzige Form der Verteilung der Aufgaben innerhalb der Regierung hat sich nach unserer Auffassung bewährt und trägt am ehesten der Zielsetzung Rechnung, den Europagedanken breit zu verankern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

**Jost de Jager [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Saxe, die Tatsache, daß wir das Thema jetzt an dieser Stelle und zu dieser Tageszeit tatsächlich in einer Aussprache behandeln, liegt im wesentlichen darin begründet, daß Herr Astrup das so wollte.

(Holger Astrup [SPD]: Was?)

Wir hatten gestern angeboten,

(Holger Astrup [SPD]: Gestern!)

daß wir auf eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt verzichten

(Holger Astrup [SPD]: Richtig!)

und die auch sehr wichtige Debatte zum Thema der A 20 an dieser Stelle vorziehen. Aber offenbar ist es so, daß Herr Astrup ein derartig großes europapolitisches Informationsbedürfnis hat, daß er das für wichtiger ansieht als die Erfüllung des Aufklärungsbedarfes der Bevölkerung in Sachen A 20. Insofern hängt die Tatsache, daß wir es hier noch einmal diskutieren, mit dem immensen europapolitischen Engagement des Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Fraktion zusammen. Also bedanken Sie sich bei ihm.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie werden hier noch als der wahre Europäer in die Analen eingehen, Herr Astrup.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist zu erwarten!)

Voranstellen möchte ich meinen Ausführungen folgendes: Wir waren mit unserem Antrag nicht von der Sorge beseelt, daß Ihre Stimme, Herr Walter, im Konzert der Kabinettskollegen unterzugehen drohen würde. Das ist etwas, was ich Ihnen menschlich vielleicht nicht unbedingt gönne, was mir aber politisch keine schlaflose Nacht bereiten würde. Wir haben diesen Antrag vielmehr eingebracht, weil wir der

Auffassung sind, daß wir eine **Ressortzuständigkeit „Europa“** brauchen, daß wir ein Europaministerium brauchen, wenn wir die Anforderungen der europäischen Integration in Ost und West auch hier im Land optimal umsetzen wollen.

Bloß dann, wenn wir ein solches Europaministerium haben - egal, ob es eigenständig oder wie jetzt dem Justizministerium angegliedert ist -, muß es seine Existenzbegründung ständig neu unter Beweis stellen. Das vor allem auch vor dem Hintergrund der Tatsache, daß andere Bundesländer es auch anders handhaben.

Wir sind der Auffassung, wenn es denn ein Europaministerium gibt - wie hier in Schleswig-Holstein -, dann muß auch ein **europapolitischer Mehrwert** dabei herauskommen, und den können wir derzeit nicht ausreichend erkennen. Es muß, wenn es ein Europaministerium gibt, so geschnitten sein, daß es etwas zu sagen hat und daß es handeln kann. In beiden Punkten kann man sehr wohl Fragezeichen setzen. Bei den wesentlichen europapolitischen Themen des vergangenen Jahres, die uns auch im Land berührt haben, nämlich beim Euro und bei der Agenda 2000, waren Sie, Herr Minister, nicht der federführende Minister. Wir sind der Auffassung, daß dann, wenn es einen **Europaminister** gibt, er dort auch eine **Koordinierungskompetenz** haben muß. Sie werden sicherlich gleich Ihre Meinung dazu vortragen. Aber wir sind dieser Auffassung.

Wir sind auch der Auffassung, daß es in dem Bereich, der natürlich vor allem in die Zuständigkeit des Europaministeriums gehört, nämlich in der Frage der **Ostseeoperation**, auch so sein muß, daß das Europaministerium in einem sehr viel stärkeren Maße an der praktischen Umsetzung mitbeteiligt ist; denn es hilft nichts, daß Sie als zuständiger Minister jährlich einen Ostseebericht abgeben, aber bei kritischen Nachfragen nach der Umsetzung darauf verweisen, Sie würden da unter Umständen auch Probleme sehen, könnten aber nichts machen, weil die Umsetzung schließlich in den Häusern liege. Wenn es denn so ist, und wenn es dort Defizite gibt, dann müssen wir diese beseitigen. Das ist auch einer der Gründe für unseren Antrag.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben ja konkrete Vorschläge dazu gemacht. Ich habe im Rahmen der Beratungen gelernt, daß es alle möglichen Einwände dagegen gibt. Nur, ich will Ihnen auch sagen: Es gibt auch alle möglichen Einwände gegen den jetzigen **Zuschnitt dieses Ministeriums**.

Man kann sich doch die Frage stellen, warum die Schleswig-Holstein-Repräsentanten ausgerechnet zuständigkeitshalber im Europaministerium gelandet sind und nicht im Wirtschaftsministerium, wohin sie eigentlich sehr viel besser gehören. Insofern ist es natürlich ein Problem, wenn man ein Ministerium zuschneidet. Wenn man ein neues Ministerium zuschneidet, muß man auch den Mut haben und in der Lage sein, klare Schnitte zu machen. Diese Schnitte fordern wir hiermit ein.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wenn es eine Ressortzuständigkeit für Europa gibt, dann muß das eine in sich logische Einrichtung sein. Es reicht nicht aus, daß sie nur Symbolwert hat. Das sage ich übrigens auch an die Adresse der F.D.P., die ja den **Geschäftsverteilungsplan der Landesregierung** in dieser Frage wie ein Löwe verteidigt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja?)

- Ja, ja. Fragen Sie einmal Ihren Herrn Kollegen Klug. Der ist im Moment der Galshüter des Geschäftsverteilungsplans.

Meine Damen und Herren, wir diskutieren das Thema „schlanker Staat“. Somit gehört alles auf den Prüfstand. Unsere Auffassung ist: Entweder wird aus dem Europaministerium eine effektive Einheit, oder es fällt schwer, für seine Existenz weiterhin gute Gründe zu finden. Dies ist die eigentliche Intention unseres Antrags, und das ist das, was wir hier debattieren müssen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich muß an diesem Punkt leider passen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben über diesen Punkt ja schon einmal im Landtag eine Debatte geführt. Der Minister hat seine Vorstellungen dazu ausführlich im Ausschuß dargestellt. Die CDU vertritt die Meinung, daß in dem Ressort grundlegende Änderungen erforderlich seien.

Was das Meinungsbild in diesem Hause betrifft, so reduziert sich die Sache vielleicht auf die Meinung des Kollegen de Jager, der innerhalb der Fraktion durchgesetzt hat, daß hier zu diesem Thema eine Wiederholungsdebatte stattfindet.

(Jost de Jager [CDU]: Im Gegensatz zu Ihnen werde ich von meiner Fraktion getragen! - Beifall bei der CDU)

Im Ergebnis ist mir trotz großen Ringens um Erkenntnis zu diesem Thema nichts Innovatives eingefallen. Daher beschränke ich mich auf diesen Beitrag. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile dem Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug** [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Ausschußberatung des Europaausschusses hat Minister Walter mit großem pädagogischen Fingerspitzengefühl deutlich gemacht, daß der Antrag des Kollegen de Jager zwar gut gemeint, aber in der Sache doch nicht so gut ist.

Die Einrichtung eines **Europasuperministeriums** mit Fachabteilungen quer durch alle Fachressorts wäre der Sache nicht dienlich. Erstens kostet das immens viel Geld, und zweitens würde das in vielen Bereichen **Doppelzuständigkeiten** schaffen. Ein Landwirtschaftsministerium, das beispielsweise nicht mehr für die EU-Agrarprogramme zuständig wäre, könnte man im Prinzip als überflüssig auflösen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dies unbedingt im Sinne der Agrarpolitiker der CDU-Landtagsfraktion liegt. Deshalb bin ich mir auch nicht ganz sicher, was die Erklärung des Kollegen Jost de Jager in bezug auf den Rückhalt seines Antrags betrifft.

Ich bringe ein Beispiel aus meinem Arbeitsgebiet. Selbstverständlich bekommen die **EU-Programme** zum Bereich Hochschule und Forschung genauso wie die Ostseekooperation im Hochschulsektor eine immer größere Bedeutung für die Wissenschaftseinrichtungen und die Hochschulen in unserem Land. Aber hier ist bei der Umsetzung in der Tat die Einbindung in die jeweiligen Fachressorts, in diesem Fall in das Wissenschaftsministerium, gefordert. Wir sollten also

eine eigene Wissenschaftsabteilung im Europaministerium nicht einrichten.

In der Praxis hat sich die bisherige Lösung bewährt, daß es auf der einen Seite Koordinationsfunktionen des Europaministeriums gibt, aber die Umsetzung einzelner EU-Programme und EU-Politiken in den einzelnen Fachressorts geschieht.

Deshalb meine ich weiterhin, daß wir den Antrag des Kollegen Jost de Jager nicht unterstützen können. Die F.D.P.-Fraktion wird ihn hier im Plenum ablehnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man lernt doch nie aus. Jetzt weiß ich zum Beispiel, daß der Kollege Klug Gralswächter des Europaministeriums ist, und ich weiß, daß der Kollege de Jager von seiner Fraktion getragen wird, obwohl er in der ersten Sitzung, in der wir uns mit diesem Problem befaßt haben, von einem babylonischen Kompetenzgewirr gesprochen hat. Von ihm stammt auch die Aussage: Wenn es zu dieser Bündelung nicht kommt, müßte man einen Beauftragten zum Herausfinden des richtigen Ansprechpartners in Europaangelegenheiten schaffen. Trotzdem wird er von seiner Fraktion getragen; das finde ich gut.

Aber das wichtigste an allem ist, daß wir jetzt auch die Schuld daran plaziert haben, daß wir den Antrag heute diskutieren. Wie wir von dem Kollegen de Jager gehört haben, ist der Kollege Astrup schuld daran; der wollte diese Debatte unbedingt haben. Jetzt hat er sie bekommen, und jetzt muß er sie auch durchstehen.

Der SSW teilt die Auffassung der Mehrheit in diesem Hause. Das sagte ich auch schon im November, als wir das Thema diskutierten. Europapolitik - das bedeutet auch die Umsetzung der vielen EU-Programme - läßt sich nicht so bündeln, wie es sich die CDU vorstellt. Es wäre nicht sinnvoll, das zu tun, weil in jedem Fall auch Fachkompetenz gefragt ist.

Auf weitere Beispiele will ich verzichten. Solche kann man in dem Protokoll über die Debatte vom November

nachlesen. Wie gesagt, wir werden den Antrag auch heute ablehnen.

(Beifall bei SSW und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Minister Walter, wünschen Sie das Wort? - Er wünscht es nicht.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung.

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW gegen die Stimmen der CDU abgelehnt. So hatte es die Beschlußempfehlung vorgesehen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 23 auf:

**a) Erhalt von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/1068

**b) Stärkung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1094

Bericht und Beschlußempfehlung des Sozialausschusses  
Drucksache 14/1199

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/1222

Ich erteile der Berichterstatterin des Sozialausschusses, Frau Abgeordnete Walhorn, das Wort.

**Frauke Walhorn [SPD]:**

Herr Präsident! Der Ausschuß hat beide Anträge in seinen Sitzungen am 6. November 1997 und am 15. Januar 1998 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktion der F.D.P., die Drucksache 14/1068

abzulehnen. Er empfiehlt weiter mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen von CDU und F.D.P. bei einer Enthaltung aus der CDU, die Drucksache 14/1094 anzunehmen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Wird das Wort zum Bericht gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Baasch.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie kann man sich nur für den Erhalt von **geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen** einsetzen, wenn der Verdacht beziehungsweise die begründete Vermutung besteht, daß bei jedem dritten sogenannten 620-DM-Job gemogelt und betrogen wird?

Laut „Flensburg Avis“ vom 21. Januar 1998 - um nur die letzte Mitteilung aus unserem Pressespiegel zu zitieren - gibt es entsprechend einer Überschrift einen Mißbrauchsverdacht bei jedem dritten 620-DM-Job. Als **Mißbrauchsfälle** werden in dem Artikel angeführt: Arbeitgeber ordnen mehrere Verträge einer Person zu, um Steuern und Sozialabgaben zu sparen. Um sozialversicherungsfreie Arbeitsverhältnisse zu verschleiern, werden die Namen von Verstorbenen verwendet. Allein 93.000 Verträge sind den Rentenversicherern aufgefallen, weil Verträge mit Personen abgeschlossen worden sind, die jünger als 17 oder älter als 88 Jahre waren.

Es gibt also genug Anhaltspunkte, um von Mißbrauch und Betrug zu reden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein diese Punkte machen für mich deutlich: Diese Form von Beschäftigungsverhältnissen ist nicht aufrechtzuerhalten, sondern dringend zu verändern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Soviel zu Punkt 1 des Änderungsantrags, der von der F.D.P.-Fraktion am 21. Januar 1998 zur Beschlußempfehlung des Sozialausschusses gestellt worden ist.

Zu Punkt 2: Wer die **Massenarbeitslosigkeit** wirksam und schnell bekämpfen will, muß sich auch der 620-DM-Jobs annehmen. Wir brauchen dringend eine Eindämmung der sogenannten **620-DM-Jobs**. Wir müssen sicherstellen, daß möglichst viele der sogenannten 620-DM-Jobs in die **Versicherungspflicht** überführt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das geht ja eben nicht!)

Hier kommt immer der Einwand, durch eine solche Regelung würden gerade im Bereich der Alterssicherung nur **Kleinstrenten** erzielt. Diesem Einwand will ich mit einer Stellungnahme des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung begegnen, das in einer Anhörung des Deutschen Bundestages wie folgt Stellung genommen hat. Ich zitiere das DIW zu der Kritik, durch Ausweitung der Sozialversicherungspflicht würden in der Altersversicherung nur „Minianwartschaften“ entstehen.

„Dies ist in einer statischen Betrachtungsweise, wie sie insbesondere Juristen eigen ist, die in Einzelfällen denken, richtig. Dabei werden zwei dynamische Effekte aber übersehen. Fast alle geringfügig Beschäftigten haben durch eine frühere sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bereits Ansprüche oder werden solche erlangen. Jede Beitragszahlung führt somit zu einer Erhöhung der Anwartschaften, mit deren Höhe das Ziel einer Lebensstandardsicherung besser erreicht werden kann.“

Soweit das DIW vor dem Bundestagsausschuß!

Mit der im November 1997 vorgelegten **Modellrechnung** der F.D.P. können wir das belegen. Bei einer Rechnung, in der die abzuführende Steuerpauschale in eine kapitalgedeckte Leibrentenversicherung eingebracht wird, läge die erreichte Zusatzrente - so behauptet die F.D.P. - fünfzehnmal höher als der gesetzliche Rentenanspruch, also bei zirka 464 DM statt bei 30 DM.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Nicht beachtet ist dabei die **Dynamisierung** der Rente. Damit liegt der Rentenbeitrag, bei entsprechenden vergleichbaren Beiträgen, nicht bei 30, sondern bei mindestens 70 DM.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

In der Lebensversicherung ist außerdem in der Modellrechnung der F.D.P. die nicht garantierte Überschußbeteiligung, zum Beispiel aus Kapitalgeschäften, enthalten. Würde man diese nicht erhalten, würde der entsprechende Betrag auf 112 DM zusammensinken. Wenn wir dann noch berücksichtigen, daß die gesetzliche Rentenversicherung mehr Leistungen bietet, dann stehen 112 DM Leibrentenversicherung 70 DM Rente und weitere Leistungen der Rentenversicherung gegenüber, zum Beispiel Reha-Maßnahmen oder auch Renten, die aus Erwerbs- oder Arbeitsunfähigkeit entstehen, die durch den F.D.P.-Vorschlag nicht abgesichert sind. Es bleibt festzuhalten: Die Rentenversicherung steht gut da.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

In der Bewertung der sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse bleibt festzuhalten: Die derzeitige **Versicherungsfreiheit** schwächt die sozialen Versicherungssysteme. Der **Sozialversicherung** werden Einnahmen entzogen, und das führt zu Beitragssteigerungen. Diese steigenden Beiträge führen zum Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse.

In dieser Diskussion wollen wir als SPD-Fraktion den erneuten Diskussionsansatz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der heute in der Zeitung „Die Welt“ nachzulesen ist, aufgreifen. Von dem Sprecher der CDU-Fraktion, Julius Louven, wird dort eine weitere Absenkung der versicherungsfreien Beiträge auf 250 DM sowie ein weiteres Einkommen, das versicherungspflichtig ist, bis 800 DM anzurechnen, angekündigt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht Arbeitslosenversicherung!)

- Doch, auch Arbeitslosenversicherung. - Nein, Sie haben recht. Alle anderen Versicherungssysteme, aber nicht das der **Arbeitslosenversicherung** sind gemeint.

Ich denke, auch über diesen Ansatz ist zu reden, und er ist mit in die Diskussion einzubringen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß!

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Ich komme zum Schluß.

Julius Louven hat auch angekündigt, diesen Vorschlag in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einzubringen, sieht aber wenig Umsetzungschancen. Deshalb hat er auch gleich angekündigt, das zum Wahlkampfthema zu machen - auch gegen seinen eigenen Koalitionspartner.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schön, kein Problem!)

Unser Ziel ist und bleibt deshalb, das **System der Sozialversicherung** zu stärken, um möglichst viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu sichern. Dementsprechend werden wir für alle Beiträge, die zu diesem Ziel führen, offen sein, und wir werden diese mit aufnehmen.

Wir bitten Sie, entsprechend der Empfehlung des Sozialausschusses zu beschließen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Geerdts.

(Konrad Nabel [SPD]: Der sozialfremdete Torsten Geerdts!)

**Torsten Geerdts [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Während es in der vergangenen Landtagsdebatte beim Thema **geringfügige Beschäftigungsverhältnisse** hier im Hause schon danach aussah, daß wir mit unseren Meinungen dicht beieinander liegen, ist es im Sozialausschuß nicht gelungen, zu einer abschließenden einheitlichen Linie zu kommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Auch in Bonn wurde dieses Thema bis zum gestrigen Tag wieder auf Eis gelegt. Es macht aus der Sicht der

CDU-Fraktion auch nur wenig Sinn, diese Problematik isoliert bearbeiten und lösen zu wollen. Sie gehört in den Gesamtkomplex **Steuerreform** mit hinein. Von daher glauben wir, daß sie in diesem Zusammenhang gemeinsam wieder angepackt werden muß.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die Mitglieder der CDU im Sozialausschuß waren trotzdem der Auffassung, daß es uns gut zu Gesicht stehen würde, wenn von Schleswig-Holstein aus in einer wichtigen Frage ein Kompromißversuch gestartet werden könnte. Die Mehrheit im Ausschuß sah dies anders. Über die beiden vorgelegten Anträge wurde abgestimmt. Wir konnten beiden Anträgen nicht unsere Zustimmung geben.

Bereits am 6. November 1997 habe ich für die CDU-Fraktion eine Ablehnung des F.D.P.-Antrags signalisiert. Wir wollen das bisher aus Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanzierte **Rentenversicherungssystem** erhalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Vorschlag der Liberalen trägt nicht zu einer Stärkung der Sozialversicherung bei. Im Gegenteil, man verabschiedet sich vom bisherigen Sozialversicherungsmodell.

Den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten wir zwar in der Zielrichtung für nicht in jedem Fall schlecht,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

allerdings sind nicht alle finanziellen Folgen aufgezeigt worden.

Wir sind uns alle einig, daß insgesamt mehr Beiträge in das Sicherungssystem fließen sollten. Es entstünde aber ein Minusgeschäft für die Sozialversicherung, wenn durch Beiträge aus **620-DM-Jobs** volle Leistungsansprüche aus der Sozialversicherung geltend gemacht werden könnten. Ich finde, auch darüber müssen wir nachdenken, wenn es um die Stabilisierung der Sozialversicherung geht.

(Beifall der Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU] und Klaus Haller [CDU])

Ich möchte noch einmal für die CDU-Fraktion erklären, daß wir die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse nicht beseitigen wollen. Wir sind allerdings dafür, die 620-DM-Jobs in das bisherige Sozialversicherungssystem zu überführen. Das könnte geschehen, indem wir entweder die bisherige Steuerpauschale in eine Sozialversicherungspauschale umwandeln oder die 20 % jeweils hälftig für die Sozialversicherung und die Steuern aufteilen.

Kollege Baasch hat eben den neuen Diskussionsvorschlag aufgegriffen und hier teilweise vorgestellt. Wir als CDU-Landtagsfraktion finden, daß wir heute nicht über die beiden bisherigen Anträge entscheiden können, weil sie insgesamt zu kurz springen. Und wir waren uns auch einig, daß wir uns mit den neuen Diskussionsbeiträgen im Landtag auseinandersetzen müssen. Der Vorschlag von Herrn Louven, der jetzt in die Bundestagsfraktion eingebracht wird, - -

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Da wird er auch bleiben! - Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der von der F.D.P. wieder abgelehnt wird!)

- Wir haben manchmal mit unserem Koalitionspartner Probleme,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir auch! - Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- aber Ihre, in der Koalition in Schleswig-Holstein, sind viel größer. Das spürt man am Beifall von Frau Heinold sehr deutlich.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Der Vorschlag der CDU/CSU lautet: Absenkung der Grenze der geringfügigen Beschäftigung auf 250 DM. Dies würde dazu beitragen, Beschäftigungen im Haushalt, im karitativen und im gemeinnützigen Bereich weiter zu erhalten.

Der zweite Punkt, der vorgeschlagen wird, lautet: Wir wollen die Schaffung eines **schlanken Beschäftigungsverhältnisses** als teilsozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis bis zu 800 DM monatlich. Dies wird dazu führen, daß es zu einer Beitragspflicht zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung kommt, allerdings nicht zu einer Beitragspflicht im Bereich der Arbeitslosenversicherung. Es soll keine Pauschal-

sondern eine **Individualbesteuerung** geben. Es gibt weitere Vorschläge, die lauten: Zusammenrechnung von versicherungspflichtiger Hauptbeschäftigung und schlankem Beschäftigungsverhältnis. Das würde uns viele Probleme nehmen. Weiter gehören dazu der Wegfall der 1/6-Regelung und der Wegfall der Geringverdienergrenze. Das sind neue Vorschläge.

Wenn wir es ernst damit meinen, daß wir das Problem der geringfügigen Beschäftigten lösen wollen, dann können wir heute nicht über die beiden Anträge von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen, weil sie Lücken haben. Wir müssen das Gesamtbild vor Augen haben. Ich glaube, der Beitrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist dazu ganz wichtig. Wir glauben, daß damit ein richtiger Weg beschritten wird; diesen Weg sollten wir auch im Schleswig-Holsteinischen Landtag offen diskutieren. Die CDU-Fraktion dieses Landtages bietet Ihnen diesen Weg an, und ich denke, wir sollten ihn auch gehen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist der richtige Tag, um noch einmal über die **geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse** zu diskutieren; denn die Bonner CDU hat aus Angst davor, daß die Koalition auch in diesem Punkt nichts zustande bringt, noch einmal Überlegungen angestellt. Sie ist - das muß man anerkennen - in diesem Bereich kreativer als auf manch anderem Politikfeld.

Mit der F.D.P. als Klotz am Bein - die F.D.P. wird sich gleich dazu äußern -, als Verhinderer der Abschaffung sozialversicherungsfreier Beschäftigungsverhältnisse hat die CDU nun ein neues Modell entwickelt, welches erstaunlicherweise in Ansätzen dem Vorschlag der schleswig-holsteinischen F.D.P. entspricht.

Während der Konsens in der Gesellschaft immer größer wird, daß geringfügige Beschäftigungsverhältnisse in **sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse** umgewandelt werden müssen, kämpft die F.D.P. um den Erhalt der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse wie der Fuchs um seine Gans.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die dramatische Entwicklung im Bereich der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und der offensichtliche Mißbrauch - Herr Baasch hat die Zahlen genannt - dürfen nicht dazu führen, daß wir, wie von der CDU vorgeschlagen, statt bisher zwei nun drei unterschiedliche Arbeitsverhältnisse schaffen: sozialversicherungsfreie 250-DM-Jobs, arbeitslosenversicherungs- und steuerbefreite 800-DM-Jobs sowie normale Arbeitsverhältnisse mit viel zu hohen Lohnnebenkosten, mit einer zu hohen Besteuerung und einem zu geringen freigestellten Existenzminimum. Das ist nicht unser Weg; das sage ich in aller Deutlichkeit.

Von den über 5,5 Millionen Menschen, die unterhalb der Sozialversicherungsgrenze beschäftigt sind, sind mehr als 70 % Frauen. Eines unserer Hauptziele ist es, **Frauen** einen besseren Zugang zu einer eigenständigen **sozialen Sicherung** zu ermöglichen, inklusive Arbeitslosenversicherung. Das sage ich, liebe CDU, an dieser Stelle ganz deutlich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was sagt denn der Wirtschaftsminister dazu?)

Auch verheiratete Frauen, die einer geringfügigen Nebentätigkeit nachgehen, brauchen eine eigene komplette soziale Absicherung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wichtig ist in diesem Zusammenhang unsere Forderung nach **Aufhebung des Ehegattensplittings** und nach einer anderen Besteuerung von Erst- und Zweitverdienern. Frauen haben mit ihren unterbrochenen Erwerbsbiographien bisher im Alter einen schweren Stand und wenig Geld. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf. Daß die F.D.P. als besserverdienende Männerpartei dies nicht erkennt, wundert die Grünen nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der neue Vorschlag der CDU ist aus meiner Sicht schlecht. Er wird zwei negative Folgewirkungen haben. Zum einen weiten sich damit die sogenannten Working-poor-Arbeitsverhältnisse aus. Zum anderen können

Zweitverdienerinnen und -verdiener an der Steuer vorbei bis zu 800 DM verdienen, und zwar unabhängig vom Gesamtfamilieneinkommen. Beides entspricht nicht der Vorstellung grüner Politik. Nicht die Höhe des Gehalts, sondern das Gesamteinkommen eines Verdienenden muß Grundlage für die Besteuerung sein. Ich hatte gehofft, daß wir uns darüber einig sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daß es möglich ist, jedes Beschäftigungsverhältnis vollständig sozialversicherungspflichtig zu machen, zeigt **Frankreich**. Dort gilt die Sozialversicherungspflicht ab der ersten Arbeitsstunde.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die haben auch eine höhere Arbeitslosigkeit!)

Hieran sehen wir, daß die Wirtschaft nicht am Wegfall der Geringfügigkeitsgrenze zugrunde geht oder aber der Umfang der Schwarzarbeit rapide zunimmt.

Reguläre Arbeitsverhältnisse, die den Menschen eine Lebensgrundlage und eine Perspektive geben, dürfen nicht zu Lasten der Gewinnmaximierung von Betrieben zerstört werden. Es kann nicht sein, daß Unternehmen die legale Möglichkeit ausnutzen, die Solidargemeinschaft der Sozialversicherung zu stören. Arbeitgeber, die diese Wettbewerbsverzerrung in großem Stil betreiben, sind Trittbrettfahrer unseres Sozialstaates. Sie belasten damit die normalen Arbeitsverhältnisse; denn durch die Beiträge, die bei normalen Arbeitsverhältnissen zu entrichten sind, werden die Kosten der Sozialversicherung getragen. Tarifliche Bezahlung, Kündigungsfristen und Kündigungsschutz werden aufgekündigt, um den Gewinn zu optimieren. Es sind oft gerade die Klein- und Mittelbetriebe, die die soziale Verantwortung für ihre Beschäftigten vorbildlich wahrnehmen. Das muß an dieser Stelle einmal gesagt werden, weil die Diskussion oft andersherum läuft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Silke Hars [CDU])

Lohndumping großer Betriebe setzt sie dabei ungerechterweise zusätzlich unter Druck. Dieser sozialpolitische Skandal sollte von allen Parteien gemeinsam abgeschafft werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da aber der Ausschuß in der Diskussion kein Ergebnis gefunden hat, können wir meiner Meinung nach heute abstimmen. Wir werden uns diesbezüglich noch mit unserem Koalitionspartner verständigen, mit dem wir bei allen kleinen Dissensen konstruktiv und produktiv zusammenarbeiten.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Schluß.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich komme zum Schluß. - In der Diskussion um neue Lösungsmodelle gilt es also, drei Dinge zu berücksichtigen: Zum einen die soziale Sicherheit der Beschäftigten, zum zweiten das Füllen der Löcher in der Kasse der Sozialversicherung und zum dritten die Flexibilisierungsanforderungen von kleinen Unternehmen.

Ziel bündnisgrüner Politik ist es, mehr Normalarbeitsverhältnisse zu schaffen und nicht ein Gestrüpp an versicherungs- und steuerfreien Beschäftigungsverhältnissen zu produzieren.

Herr Kubicki, ich bitte zu entschuldigen, daß ich bei fünf Minuten Redezeit nicht auf jede Ihrer Bemerkungen eingehen kann. Ich hoffe, Sie können es ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Das hätte sich aber gelohnt!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Heinold, eines habe ich nicht verstanden: Sie wollten heute unbedingt zu diesem Thema sprechen. Wir hatten gesagt, daß wir die Debatte angesichts des neuen Vorschlags aus der CDU/CSU verschieben sollten, damit wir darüber noch einmal sprechen können. Aber nachdem der Punkt nun aufgerufen ist, werden wir wohl auch abstimmen müssen.

Im übrigen ist mir nicht klargeworden, ob Sie mich nun als Bremsklotz oder als Fuchs bezeichnet haben. Das sollten wir hinterher vielleicht noch einmal klären.

„Selbst wenn wir die 620-DM-Jobs in die Rentenversicherung hineinnehmen und die Beamten und die Selbständigen noch dazu - damit erhöhen wir zwar die Einnahmen, aber auch die Ausgaben“. - Dies ist ein Zitat, nicht etwa vom Generalsekretär der F.D.P. und auch nicht vom Arbeitgeberpräsidenten, sondern vom Vorsitzenden der grünen Bundestagsfraktion, Joseph Fischer.

Auch wenn es nicht anders zu erwarten war, so bedauere ich natürlich die Ablehnung des F.D.P.-Antrages. Auf den ersten Teil unseres Antrages brauche ich gar nicht weiter einzugehen, da sich die F.D.P. - jedenfalls zur Zeit - im Bund in bezug auf den Erhalt der **geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse** zum Glück erfolgreich durchgesetzt hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn Sie sich einmal im Lande umhören und hören, was zum Beispiel der DeHoGa oder inzwischen selbst die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen dazu sagt, nämlich daß die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse unbedingt bleiben müssen, damit wir eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes jedenfalls auf diesem Gebiet fortsetzen können,

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel  
[SPD])

dann werden Sie sich, Herr Nabel, vermutlich wundern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich bedauere die Ablehnung unseres Antrages vor allem deshalb, weil ich auf einen konstruktiven Dialog mit dem Sozialministerium gehofft hatte, um einen völlig neuen Weg für eine **Alterssicherung** bei diesen Beschäftigungsverhältnissen einschlagen zu können.

Die Debatte, die wir beim letzten Plenum über unseren Vorschlag geführt haben, hat mich - das muß ich sagen - stellenweise sehr erschüttert. Die Kollegin Spoorendonk - man höre und staune - riskiert lieber den Abbau von Arbeitsplätzen sowie die weitere Ausdehnung der Schwarzarbeit. Der Kollege Baasch würfelt auf der Suche nach seinem nicht vorhandenen Begründungszusammenhang sozialverteilungs- und wettbewerbspolitische Aspekte so kunterbunt durcheinander, daß er nur noch zu dem wenig überraschenden Schluß kommen kann: Hauptsache nein sagen, weil die Initiative von der F.D.P. kommt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Kollege Geerds wird nicht müde, für die Überführung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in die Sozialversicherungspflicht zu werben. Daß er im gleichen Atemzug die zu hohe Belastung der gesetzlichen Rentenversicherung beklagt, ist, um es sehr vorsichtig auszudrücken, nicht mehr nachvollziehbar. Voraussetzung für eine langfristige Sicherung der umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme ist deren Stabilisierung durch eine Ergänzung kapitalgedeckter Elemente. Ich sage ganz deutlich: Die F.D.P. will diese Systeme in ihrem Bestand sichern, auch wenn Sie hier immer das Gegenteil behaupten.

Insofern zeugen die Unterstellungen, mit unserem Antrag solle der Einstieg zum Ausstieg eingeleitet werden, von erschreckender Unkenntnis über ökonomische und demographische Realitäten sowie grundlegende verteilungspolitische Zusammenhänge. Mit dem F.D.P.-Vorschlag wird weder eine neue **Rentenreform** eingeleitet noch das **System der sozialen Sicherung** zerschlagen. Es handelt sich um einen kleinen Schritt dahin, diese Systeme nicht noch weiter mit Leistungsansprüchen zu überfrachten, die in absehbarer Zeit nicht mehr gewährt werden können.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

**Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:**

Man könnte auch von Leistungsversprechen reden, die schon bald nicht mehr eingehalten werden können.

Angesichts der Unruhe und der Tatsache, daß alle auf die Debatte über die A 20 warten - was ich verstehen kann -, werde ich mein vorbereitetes Manuskript jetzt nicht weiter vortragen, was natürlich sehr bedauerlich ist. Sie können es aber nachlesen; es wird verteilt werden.

Wir jedenfalls werden - offensichtlich wie die anderen und offensichtlich wie die CDU - mit unserem Modell, nämlich Erhalt der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, ganz klar in den Wahlkampf gehen. Wir haben bisher jedenfalls auch von Frauenverbänden ganz klar gehört: Wir gehen den

richtigen Weg. Wir werden diesen Weg weitergehen. Wir werden das auch entsprechend laut verkünden.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Spoorendonk. - Frau Spoorendonk, bedarf es der nachhaltigen Erinnerung? Sie haben das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie wir den Medien entnehmen konnten, hat man sich gestern in Bonn anscheinend auf eine neue Gesprächsgrundlage einigen können. Es ist ein neuer Vorschlag zum Schicksal der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse gemacht worden. Danach soll die Grenze der völligen Versicherungsfreiheit deutlich gesenkt werden, während gleichzeitig eine begrenzte **Sozialversicherungspflicht** eingeführt würde, deren Einkommensobergrenze oberhalb der heutigen 620 DM liegt. Damit würde ein wesentlich größerer Kreis von Menschen in die Rentenversicherung einzahlen als bisher.

Auf den ersten Blick hört sich dieser Vorschlag reizvoll an. Allerdings war es uns nicht möglich, jetzt schon zu einer endgültigen Bewertung zu kommen. Die Konsequenzen eines solchen möglichen Kompromisses sind mir nicht klar. Mir ist zum Beispiel nicht klar, was es bedeuten würde, wenn die Einkommensgrenzen für die Arbeitslosenversicherung de facto angehoben würden.

Für uns gilt also weiterhin der Leitsatz, daß die soziale Absicherung der Menschen und die Stabilität der Sozialversicherungskassen Vorrang haben müssen.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten  
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN])

Außerdem muß verhindert werden, daß in großem Stil Mißbrauch getrieben wird, eine Form der Steuer- und Abgabenhinterziehung, die auch bei so manchem Arbeitgeber große Popularität genießt.

Was die längerfristige Entwicklung angeht, so haben wir immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben, daß die soziale Absicherung hierzulande auf eine steuerfinanzierte Basis gestellt wird. Ich weiß, ich sage das bei jeder Gelegenheit. Ich werde das auch künftig immer wieder tun. Dadurch würden wir uns zukünftig

eine Menge Probleme sparen, unter anderem bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen.

In unserer Ablehnung sozialversicherungsfreier Arbeit haben wir natürlich Verständnis dafür, daß eine allgemeinere Abgabepflicht für manche Bevölkerungsgruppen keinen Sinn macht, weil sie entweder schon abgesichert sind oder unter besonderen Verhältnissen leben. Dies gilt insbesondere für Rentnerinnen, Rentner und Studierende. Allerdings wären auch besondere Regelungen für diese Gruppen denkbar. Es spricht also nicht gegen eine Abschaffung der generellen Sozialversicherungsfreiheit für Einkommen unter 620 DM.

Geradezu zynisch finde ich es aber, wenn die Bundesvorsitzende der Liberalen Studierenden im Dezember stolz verkündete, daß eine Intervention der Studierenden bei der Bonner F.D.P. Einfluß auf die Ablehnung einer Reform durch die F.D.P.-Bundestagsfraktion gehabt habe. Die Bedürfnisse der Studierenden können hier kaum der Maßstab sein, zumal sie auch berücksichtigt werden könnten, ohne anderen dadurch zu schaden.

Wir werden jetzt erst einmal abwarten und sehen, was in Bonn konkret ausgehandelt worden ist. Vorläufig werden wir der Empfehlung des Sozialausschusses folgen und dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Sie werden Verständnis dafür haben, daß wir dem Antrag der F.D.P. nicht zustimmen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Wie ich bereits bei der ersten Lesung des Antrags ausgeführt habe, halte ich die diesem Antrag zugrunde liegende individuelle Perspektive durchaus für nachvollziehbar, aber falsch und schädlich für die Gemeinschaft.

Liebe Kollegin Aschmoneit-Lücke, meines Wissens habe ich mich nicht dafür ausgesprochen, mehr Schwarzarbeit oder mehr Arbeitslosigkeit zu riskieren. Ich denke, da haben Sie - wie ich schon einmal gesagt habe - die Bibel wie der Teufel gelesen.

(Zurufe von der F.D.P.: Es steht im  
Protokoll!)

- Ich glaube nicht, daß ich das so nachvollziehen kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort Frau Ministerin Moser.

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte ich einleiten: Die christlichen Parteien auf Bundesebene haben den Handlungsbedarf bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen erkannt, aber zum Handeln sind sie zu bange.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Auf diese Polemik muß ich jetzt verzichten. Ich bedaure das keineswegs. Heute konnten wir nämlich lesen: Neuer Anlauf für weniger Billigjobs.

Ich bedaure das auch deshalb nicht, weil ich den Eindruck habe, daß wir in Schleswig-Holstein einschließlich der F.D.P. einig darin sind, daß Handlungsbedarf besteht. Das ist schon mehr, als die in Bonn begriffen haben. Darüber sollten wir uns eigentlich freuen.

Die Landesregierung hat eine klare Position zur Frage der **geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse**. Sie sind eine **Wettbewerbsverzerrung** erster Güte. Deshalb können auch die Ökonomen eigentlich nur dagegen sein. Sie kennen das auch aus dem Bereich öffentlicher Zuwendungen. Auch dort haben wir es mit der Wettbewerbsverzerrung zu tun. Verbände, die im Prinzip dagegen sind, sind von ihrem ganzen Wettbewerbsverhalten her dazu gezwungen - übrigens auch durch Pflegesatzverhandlungen gezwungen -, solche Jobs zu vergeben. Das sind Dinge, die man nur ändern kann, wenn man die gesetzlichen Vorgaben entsprechend ändert und die Billigjobs nicht mehr zuläßt.

Der zweite entscheidende Punkt - neben dem die Frauen betreffenden Punkt, auf den ich jetzt nicht eingehen will - ist die Betrugsmöglichkeit - ich will hier wirklich nicht von Mißbrauch reden, sondern von Betrug -, die mit diesen versicherungsfreien Arbeitsverhältnissen geschaffen wird. Herr Baasch hat die Zahlen zitiert. Sie stammen aus dem Magazin „Plus Minus“. Die Zahlen sind nicht von irgendwem, sondern

vom Verband der Rentenversicherungsträger, der über die Aussage hinaus, jeder dritte Fall sei ein Verdachtsfall, auch noch gesagt hat, es gebe eine hohe Dunkelziffer.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Das ist wohl richtig. Aber dagegen könnten wir gemeinsam auch eine Menge mehr tun, als die politische Ebene in Bonn bisher tut. Das Thema sollten wir vielleicht bei anderer Gelegenheit diskutieren.

Daß wir als Landesregierung weiterhin unabhängig von der Beschlußlage hier heute jede Gelegenheit nutzen werden, Mißstände und Mißbräuche und Betrügereien, die mit diesen 620-DM-Verhältnissen verbunden sind, nicht nur im Hinblick auf die **Rentendiskussion**, sondern auch auf die Erosion des Arbeitsmarktes zu thematisieren und an Lösungen mitzuarbeiten, glaube ich, muß ich nicht noch einmal erläutern.

Zu der Antragslage, die wir jetzt hier haben, will ich folgendes sagen. Aus meiner Sicht ist für die notwendige Differenzierung und Flexibilisierung der Normalarbeitsverhältnisse die Versicherungsfreiheit ein völlig falscher Ansatz.

Außerdem ist aus meiner Sicht - wenn wir davon ausgehen, daß die dringend notwendige Modernisierung der sozialen Sicherung in weiten Teilen nur ein gemeinsamer Weg sein kann - der Ausgangspunkt, den die F.D.P. wählt - hier meine ich die Bundesebene, Frau Aschmoneit-Lücke -, der falsche, nämlich einen Ausstieg aus dem System zu suchen und einen Paradigmenwechsel vorzunehmen.

Es drängt sich der Verdacht auf - das dürfen Sie mir nicht übelnehmen -, daß versucht wird, diesen Ausweg über die Geringfügigkeitsgrenze zu suchen und damit sozusagen den Einstieg in den Ausstieg zu erproben. Ich will aber lieber hervorheben, daß Sie mit Ihrem Antrag den Handlungsbedarf anerkannt haben, auch wenn wir den Weg, den Sie vorschlagen, nicht mitgehen möchten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Noch nicht! Tony Blair läßt schön grüßen!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 14/1222 abstimmen. Wer dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der F.D.P. abgelehnt.

Ich komme zu den beiden anderen Abstimmungen. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/1068, abzulehnen. Wer diesem Votum folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Diesem Ausschußvotum ist mit den Stimmen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der F.D.P. gefolgt.

Der Ausschuß empfiehlt weiter, den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1094, anzunehmen. Wer diesem Ausschußvotum folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dem Ausschußvotum mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. gefolgt.

Ich rufe nun Punkt 25 der Tagesordnung auf:

### **Entschließung zur Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/346

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/359 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/367

Bericht und Beschlussempfehlung des Agrarausschusses  
Drucksache 14/1201

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Agrarausschusses, Herrn Abgeordneten Hopp.

**Claus Hopp** [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. empfiehlt der Ausschuß die Annahme des Antrages Drucksache 14/359 (neu) in geänderter Fassung bei Ablehnung der Anträge Drucksachen 14/346 und 14/367.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Die Fraktionen haben sich verständigt, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuß empfiehlt, die Anträge Drucksachen 14/346 und 14/367 abzulehnen und den Antrag Drucksache 14/359 (neu) in geänderter Fassung anzunehmen. Wer diesem Ausschußvotum folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Ausschußvotum ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. gefolgt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 a auf:

### **Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Bau der A 20**

Landtagsbeschluß vom 22. Januar 1998

Bericht der Landesregierung

Ich erteile das Wort der Frau Ministerpräsidentin.

**Heide Simonis**, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts, den **Baubeginn** für die **A 20** in Schleswig-Holstein vorläufig zu stoppen, ist ein Rückschlag für ein wichtiges Verkehrsprojekt des Landes, des Bundes und der Europäischen Union. Schließlich ist die Ostseeautobahn sowohl vorrangiges Verkehrsprojekt im Zuge der Verwirklichung der deutschen Einheit als auch Teil des künftigen Transeuropäischen Verkehrsnetzes.

Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts wird dazu führen, daß sich die Verwirklichung dieses Projektes verzögert - ein Umstand, den ich bedaure.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Aber das sind nun einmal die Spielregeln in einem Rechtsstaat. Die klagenden Umweltverbände haben schlichtweg ein Recht in Anspruch genommen, das ihnen zusteht.

Der Landesregierung liegt seit vorgestern, 17 Uhr, der Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts vor. Es handelt sich um ein knapp 40 Seiten starkes Dokument. Der Beratungszeitraum des Gerichts betrug sieben Monate. Die Landesregierung ist dabei, den Beschluß und die dort aufgeworfenen Fragen sorgfältig zu prüfen. Eine abschließende juristische Bewertung war in der kurzen Zeit natürlich noch nicht möglich und auch nicht geboten. Lassen Sie mich der Klarheit halber kurz auf die wichtigsten Punkte der Entscheidung eingehen!

Das **Bundesverwaltungsgericht** hat keine Einwände gegen den Abschnitt erhoben, um den es sich in dem Planfeststellungsverfahren eigentlich handelte, nämlich den Abschnitt von der Autobahn 1 bis zur Kronsfordener Landstraße.

Das Gericht hat ausdrücklich bestätigt, daß das Planfeststellungsverfahren die Öffentlichkeit handwerklich sauber und rechtsfehlerfrei beteiligt hat.

(Beifall bei der SPD und des  
Abgeordneten Wolfgang Kubicki  
[F.D.P.] )

Damit hat das Gericht häufig erhobene Vorwürfe von Gegnern der A 20 zurückgewiesen.

Offene Fragen und zusätzlichen Klärungsbedarf sieht das Bundesverwaltungsgericht aber, wenn es um die geplante Fortführung der Autobahn südlich von Lübeck geht. Da der erste Streckenabschnitt in Schleswig-Holstein - so wie er im Planfeststellungsverfahren festgelegt worden ist - nur Sinn macht, wenn die A 20 anschließend die Wakenitzniederung durchquert, mußte dieser Sachverhalt im Planfeststellungsverfahren für den ersten Streckenabschnitt in Schleswig-Holstein bereits mit berücksichtigt werden - so das Gericht.

Das hat die Planfeststellungsbehörde auch getan - und zwar in völligem Einklang mit nationalem Recht. Das ist auf den ersten 18 Seiten der knapp 40seitigen Begründung ausführlich nachzulesen. Ich empfehle nachdrücklich die Lektüre.

Die Bedenken des Bundesverwaltungsgerichts richten sich allein gegen die Anwendung europäischen Natur- und Umweltschutzrechts. Nur in diesem Zusammenhang hat das Gericht eine Reihe offener Fragen, die in der Hauptverhandlung geklärt werden müssen.

Im Kern geht es um die Anwendung der europäischen Vogelschutzrichtlinie und der Flora-Fauna-Habitat-

Richtlinie, kurz genannt: FFH-Richtlinie. Die strittige Trasse südlich von **Lübeck** führt nicht durch ein nach diesen Richtlinien ausgewiesenes Schutzgebiet.

Das Gericht hält es jedoch für möglich, daß das **Wakenitztal**, das von der Autobahn gequert werden soll, als potentiell Schutzgebiet im Sinne der **FFH-Richtlinie** in Frage komme und deshalb auch die Vorschriften der genannten europäischen Richtlinien zu beachten seien - obwohl das Gebiet nicht als Schutzgebiet ausgewiesen ist und Schleswig-Holstein auch zu einer Ausweisung nicht verpflichtet war. Das ergibt sich eindeutig aus der Antwort der EU-Kommission vom 26. Januar 1996 auf die Anfrage eines Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europaparlament. Ich darf diesen Teil mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren - wir können später gern die Fundstelle zu Protokoll geben, damit Sie das wiederfinden -:

„Bis zum heutigen Tag besteht keine Verpflichtung zur Ausweisung von Schutzgebieten im Sinne der Habitat-Richtlinie. Schleswig-Holstein ist somit wie jedes andere Bundesland oder jede andere Region bisher nicht zur Ausweisung von Schutzgebieten verpflichtet.“

So die Antwort von Frau Bjerregaard am 26. Januar 1996 im Namen der Kommission - also eine Antwort, die ein gewisses Gewicht hat. Natürlich haben wir auch das berücksichtigt und in unsere Überlegungen einbezogen.

Die Konstruktion eines potentiellen Schutzgebietes ist bisher nur für die europäische Vogelschutzrichtlinie anerkannt. Im Hinblick auf die FFH-Richtlinie betritt das Bundesverwaltungsgericht mit seinem Beschluß Neuland, wie uns alle Fachleute bestätigt haben.

Wenn auch für die FFH-Richtlinie potentielle Schutzgebiete anerkannt werden, dann müßte nach Auffassung des Gerichts geprüft werden, ob in dem konkreten Gebiet entweder der Schutz von Flora und Fauna oder das öffentliche Interesse an der geplanten Verkehrsverbindung Vorrang hat. Käme es dort zu einer positiven Beurteilung - so behaupten Naturschutzverbände -, müßten über tausend Vorhaben in der Bundesrepublik vollkommen neu bewertet werden. Übrigens würde das auch für den Transrapid gelten.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Was das für uns bedeutet, wage ich heute noch nicht zu beurteilen; hier sollten wir in Ruhe abwarten.

Diese Abwägung kann mit guten Gründen zugunsten der A 20 ausgehen, so wie im Peene-Tal in Mecklenburg-Vorpommern. Dort quert die A 20 ein nach europäischem Umweltrecht festgesetztes Schutzgebiet. Dennoch hält die EU-Kommission die damit verbundenen Beeinträchtigungen aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses für gerechtfertigt und hat dem Eingriff zugestimmt. Das ist nachzulesen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 9. Januar 1996. Auch hier werde ich später die Fundstelle hinzufügen, damit Sie das wiederfinden können.

Auch für die A 20 im Raum Lübeck gibt es ein Schreiben der Europäischen Kommission, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Im Rahmen des Beschwerdeverfahrens eines Bürgers teilte die Kommission am 17. Juni 1996 mit, daß - ich darf noch einmal mit Ihrer Erlaubnis zitieren - „eine Verletzung von europäischem Recht nicht vorliegt“. Die Kommission habe deshalb „nach sorgfältiger Prüfung“ beschlossen, die Beschwerde gegen die Linienbestimmung der A 20 im Raum Lübeck nicht weiterzuverfolgen. - Ich liefere auch hier die Fundstelle nach, damit Sie es nachlesen können.

Meine Damen und Herren, wie soll eigentlich - unjuristisch ausgedrückt - der oder die Benormte wissen, was der Normgeber oder die Normgeberin wünscht, wenn er oder sie nach klaren Aussagen, nach Briefen, in denen nicht nur eine Meinung kundgetan wird, sondern in denen das Ergebnis der Kommission nach sorgfältiger Prüfung vorgetragen wird, annehmen kann, daß auch etwas anderes gemeint sein könnte, wenn man es denn in Ruhe durchliest, bewertet und abwägt?

Wenn Sie allein das Schreiben der **EU-Kommission** und die Erwägungen des Bundesverwaltungsgerichts nebeneinanderstellen, wird sehr deutlich, daß die Rechtslage alles andere als eindeutig ist. Auch das Bundesverwaltungsgericht bezeichnet sie ausdrücklich als offen.

Das Land wird alles tun, um im Hauptverfahren zur umfassenden Klärung der offenen Fragen beizutragen. Rechtzeitig vor der Hauptverhandlung wird eine ausführliche Stellungnahme vorliegen, die wir mit Fachleuten zu bewerten haben. Deutlich werden muß beispielsweise, daß sich Schleswig-Holstein in punkto

Umsetzung der FFH-Richtlinie ungerecht beurteilt fühlt.

Die Landesregierung hat mit zwei Bundesratsinitiativen im Februar 1996 und zuletzt im Juli 1997 die Umsetzung der FFH-Richtlinie angemahnt. Ich darf noch einmal daran erinnern, daß in der ersten Antwort auf die Anfragen der Abgeordneten der Bündnisgrünen Europaparlament darauf eingegangen worden ist, daß wir dazu nicht verpflichtet wären. Das war einen Monat, bevor wir unsere Anmeldung gemacht haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bereits am 31. Juli 1996 hatte der Umweltminister insgesamt 96 mögliche Schutzgebiete nach der europäischen Vogelschutzrichtlinie und der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie nach Bonn gemeldet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung hat diese Liste erst im Oktober 1997 - also über ein Jahr später - der EU-Kommission zugeleitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus der Sicht der Landesregierung hat sich nichts an der **Notwendigkeit der A 20** geändert. Ich habe die Begründung bereits am Anfang genannt.

(Beifall bei CDU und F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Die jüngste Kabinettsentscheidung ist dafür aus unserer Sicht ein eindeutiger Beleg.

Mit der jetzt drohenden Verzögerung müssen wir leider leben. Wer uns heute den Rat gibt, wir hätten in den vergangenen Jahren einfach Fakten schaffen und wild drauf losbaggern sollen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Eben!)

damit es nicht zu diesem Urteil kommen mußte, dem muß irgendwo der Zusammenhang zwischen Rechtsprechung, die frei ist von Fakten, und manch anderem verlorengegangen sein.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im übrigen haben Sie sich bei der Rechtsprechung zur Elbvertiefung auch nicht durch die Fakten behindern lassen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schauen wir mal, was daraus wird!)

Lassen Sie mich zum Schluß zu den heutigen Pressemeldungen über die verkehrswirtschaftliche Untersuchung zur westlichen Elbquerung folgendes sagen.

Erstens. Bei der Untersuchung handelt es sich um eine fachliche Voruntersuchung. Weder der Verkehrsminister noch das Kabinett sind bisher mit der Endfassung des Gutachtens befaßt worden. Und so lesen wir dann alle selber sehr erstaunt etwas, was andere offensichtlich schon so lange wußten, daß sie es kaum noch in ihren Schreibtischschubladen festhalten konnten.

Zweitens. Die Elbquerung im Bereich der Haseldorfer Marsch ist eine von drei Varianten. Für die Landesregierung kommt nur eine Variante in Frage, die der Anbindung der Westküste Rechnung trägt und die ökologisch sensible Bereiche meidet.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Herrn Oppositionsführer.

#### **Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin, vielen Dank für die klarstellenden Worte, mit denen Sie den Weiterbau der A 20 verteidigen. Allerdings kann man das Urteil, das gestern ergangen ist, nicht einfach so im Raume stehenlassen, und es reicht nicht, sich nur mit dem Urteil, den Voraussetzungen und seinen Folgen auseinanderzusetzen.

Ich will einmal sagen, wie sich mir die Situation darstellt. Vielleicht kann man das am besten mit einer Karikatur machen: Wakenitz, Boot drauf, zwei Ruderer, die sich angiften, beide rudern in verschiedene Richtungen, beide ähneln zweier hier im Parlament Anwesender - mag der eine das Gesicht von Herrn Steinbrück, der andere das Gesicht von Herrn

Steenblock haben -, und in der Mitte sitzt eine Schlagfrau mit Hut, die schläft.

(Beifall bei der CDU)

Am Rande der Wakenitz tanzen Ökofreaks in frenetischer Freude, daß dieses Boot das Ufer nicht erreicht.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der eigentliche Hintergrund und auch der Grund, warum wir heute nicht nur über das Urteil diskutieren, sondern auch über das, was sich im Vorfeld abgespielt hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe große Zweifel, Frau Simonis, daß sich bei diesem Schauspiel Ihre Führungsfähigkeit manifestiert hat. Sie waren nicht in der Lage, ein völlig zweifelsfreies Planfeststellungsverfahren abzuliefern. Denn spätestens - das war in Ihren Ausführungen falsch - seit Mai 1997, also seit dem Kaule-Gutachten, hätten Sie wissen müssen, daß es auch potentielle FFH-Gebiete gibt. Dort ist das erstmals erwähnt, und insofern haben Sie sich jetzt hinter falschen Ausführungen versteckt.

Sie haben es geduldet, daß die beiden eben benannten Herren dem Ansehen des Landes mit ihrem Streit geschadet haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben von Ihrer **Richtlinienkompetenz**, die ja in der Geschäftsordnung enthalten ist, nämlich auf die **Einheitlichkeit der Regierungspolitik** der Minister hinzuweisen, keinen Gebrauch gemacht. Für mich liegt eine eklatante Verletzung des § 26 der Geschäftsordnung der Landesregierung vor, wonach die Beschlüsse der Landesregierung im Landtag und in der Öffentlichkeit einheitlich zu vertreten sind,

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

auch wenn einzelne Mitglieder der Landesregierung unterschiedliche Auffassungen vertreten.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und genau dies haben wir bei Ihnen in der Vergangenheit vermißt. Anders ist es überhaupt nicht

denkbar, daß der Streit in dieser Form in der Öffentlichkeit ausgetragen werden konnte.

Die katastrophalen Folgen der **BVG-Entscheidung** - da scheinen wir uns in der Beurteilung gar nicht so zu unterscheiden - sind noch nicht abzusehen. Direkte und indirekte Investitionen, insbesondere solche, die als Folgeinvestitionen für den Bau entstanden wären, werden verzögert. Das hat Folgen für die Arbeitsplätze.

Wenn der Sprecher des Bundesverkehrsministeriums heute morgen sagt, daß die Mittel für die A 20 nicht gekürzt, aber in anderen Bundesländern verbaut würden, dann wird deutlich, welche Konsequenzen aus diesem Urteil auf uns zukommen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hentschel?

**Martin Kayenburg [CDU]:**

In Anbetracht der Zeit ist das leider nicht möglich, Herr Hentschel.

Schlimmer noch ist - das ist das entscheidende -, daß die Grünen und die Verbände inzwischen angekündigt haben, beim EuGH klagen zu wollen. Spätestens da stellt sich die Frage nach Versäumnissen und der Schuld an der Verzögerung von mehr als sechs Jahren.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Gericht hat das angekündigt!)

Ich will gern verdeutlichen, wie das zu sehen ist. Herr Steinbrück hat heute morgen davon geredet, daß ihm die Wiesenralle in der Hand lieber sei als der Kormoran auf dem Dach. Ich behaupte, er hat jetzt beides in der Hand und zusätzlich auch noch den schwarzen oder grünen Peter, und er wird beides nicht los.

(Beifall bei der CDU)

Das üble bei der Ankündigung, zum **EuGH** zu gehen, ist folgendes, Herr Minister Walter. Dahinter steckt Methode, dahinter steckt blinder Ökofanatismus. Wenn das, was das „Flensburger Tageblatt“ heute sagt, auch nur andeutungsweise richtig ist und wir das Land mit Vorranggebieten zupflastern, dann schafft dieser **Umweltminister** die rechtlichen Grundlagen für solche

Aktionen und Klagen. Wir sollten uns einmal ansehen, wer bei dem jetzigen Urteil mitgeklagt hat. Da gibt es einen Verein Grünland e.V. In diesem Verein war einmal der Minister Vorsitzender, und heute ist ein Mitglied dieses Hohen Hauses Vorsitzende des Vereins.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Da schafft also ein grüner Umweltminister die rechtlichen Grundlagen dafür, daß geklagt werden kann,

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

und dann klagt ein Verein, und es klagen Mitglieder dieses Hohen Hauses, die dem Verein angehören, gegen die A 20. Das ist völlig unbegreiflich.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Lebhaftes Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich behaupte, Herr Steenblock, Sie haben damit dem Naturschutz in diesem Lande einen Bärendienst erwiesen.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Der Wähler wird aufgrund dieser Entscheidung mit Sicherheit eine Abstimmung gegen Sie vornehmen. Das bedeutet, der Umweltschutz wird für den Bürger in weite Ferne rücken. Dieser grüne Etappensieg, den Frau Simonis und Herr Steinbrück mit zu vertreten haben, wird Gott sei Dank dazu führen, daß wir Sie im Jahre 2000 ablösen können

(Zurufe von der SPD)

und daß wir die Elbquerung unter Berücksichtigung angemessener Umweltgesichtspunkte bauen können.

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden es nicht zulassen, daß in diesem Lande die katastrophalen Folgen dieser **Umweltpolitik** dazu führen, daß Infrastrukturmaßnahmen nicht mehr durchführbar sind und in diesem Land keine Entwicklung mehr stattfindet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Erdsiek-Rave.

**Ute Erdsiek-Rave [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Das Parlament ist wohl kaum der richtige Ort für eine juristische Textexegese, und es ist nach 48 Stunden, seit der Beschluß des BVG vorliegt, kaum der richtige Zeitpunkt, eine abschließende Bewertung dieser komplizierten Gesetzesmaterie vorzunehmen. Dazu sind wir jedenfalls nicht in der Lage.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch gar nicht so schwierig!)

Das vorweg.

Zur politischen Bewertung will ich folgende Anmerkungen machen.

Erstens: Die wirklich billige Manier, in der dieser Beschluß von allen möglichen Seiten ausgenutzt werden soll nach dem Motto - ich zitiere einmal ein paar Überschriften - von „Wer hat hier geschlampt?“ über „Rot-Grün hat versagt“, „Rot-Grüner Stillstand“ bis hin zu „Endgültiges Aus für die A 20“ -, weise ich mit allem Nachdruck zurück.

(Beifall bei der SPD)

Ich weise auch mit Nachdruck die Diffamierung der Naturschutzverbände hier im Lande zurück, Herr Kayenburg.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Sie eben vorgenommen haben.

Die SPD-Regierung hat in der ersten Wahlperiode ihrer Regierungszeit das Verbandsklagerecht eingeführt; wenn ich es richtig in Erinnerung habe, geschah das in der Zeit zwischen 1988 und 1992. Zu diesem **Verbandsklagerecht** stehen wir ausdrücklich, und ich sage Ihnen an dieser Stelle: Nicht nur SPD-Mitglieder sind im BUND vertreten, sondern auch CDU-Mitglieder, und nicht ganz Unprominente auch im Landesnaturschutzverband. Soviel zu Parteimitgliedschaft und Verbänden!

(Reinhard Sager [CDU]: Thema verfehlt!)

- Wissen Sie, Herr Sager, Sie können nie bis zum Ende zuhören;

(Herlich Marie Todsén [CDU]: Doch, das kann er prima!)

geben Sie doch erst dann Ihr Urteil ab.

Meine Herren und Damen, alle Schnellschüsse dieser Art sind unseriös. Der Beschluß ist eine vorläufige Entscheidung, und nach aller Erfahrung nimmt nicht jedes Verfahren über eine einstweilige Anordnung das Ergebnis in der Hauptsache vorweg, wahrlich nicht!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gerade nicht!)

Dies sei allen gesagt, die jetzt schon Sieg oder Niederlage feiern oder „Sieg“ oder „Niederlage“ rufen. Ebenso fahrlässig wäre es allerdings auch, die Qualität dieses Beschlusses,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der ist gut, der Beschluß!)

das Gewicht der Argumente und die politischen Weiterungen zu unterschätzen.

Zweitens: Kein **Planfeststellungsverfahren** in Schleswig-Holstein war jemals so intensiv von so vielen öffentlichen Beratungen begleitet, und diese Sorgfalt im Verfahren wird in dem Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts ausdrücklich bestätigt.

(Beifall bei der SPD)

Das hätten Sie vielleicht einmal nachlesen sollen, Herr Kayenburg!

(Martin Kayenburg [CDU]: Das haben wir auch nicht kritisiert!)

- Aber das war immer so die Unterstellung, die dahinter stand: Die rot-grüne Regierung hat hier geschlampt!

(Widerspruch bei der CDU)

Eine Entscheidung, die auf den ersten 20 Seiten dieses Beschlusses deutlich macht, daß die Kläger mit ihren Vorwürfen falsch liegen, schafft ja auch ein Stück Gelassenheit und ist eine ausdrückliche Bestätigung - ich sage das noch einmal - der Sorgfalt der Behörden.

So bestehen aus derzeitiger Sicht keine durchgreifenden Verfahrensfehler hinsichtlich des Planfeststellungsverfahrens. Weder trifft es zu, daß die Planungs- und Entscheidungsunterlagen nicht rechtzeitig und vollständig zur Verfügung gestellt worden sind, noch ist die Einsichtnahme durch die Landesregierung nach Abschluß des Anhörungsverfahrens in irgendeiner Form verweigert worden. „Erhobene Einwände“, so heißt es dort, „wurden vollständig behandelt. Eine sorgfältige Abwägung der Belange hat durch die Regierung stattgefunden.“

Es bleibt also der Vorwurf der mangelnden Beachtung europarechtlicher Vorgaben. Es bleibt - und das wiegt schwer genug - die Bedeutung und die Verbindlichkeit des Gemeinschaftsrechts, des **EU-Rechts** also, das das Gericht in diesem Verfahren zugrunde legt - und dies wohl erstmalig in einem solchen Verfahren.

Wir nehmen den Vorwurf, der dort erhoben wird, ernst, daß hinsichtlich der **FFH-Würdigkeit** der Wakenitz nur eine mangelhafte Abwägung der Planfeststellungsbehörde erfolgt sein soll, und auch dem Verweis auf ein Ermittlungsdefizit im Bereich der Schaalsee-Landschaft wird nachzugehen sein. Diese Kritik muß auf der Basis der vorliegenden Gutachten und Stellungnahmen untersucht und bewertet werden.

Was aber ebenfalls deutlich sichtbar wird, ist kein Ermittlungsdefizit, sondern ein Reformdefizit auf Bundesebene und damit ein weiteres Beispiel auch für den Zustand dieser Republik. Es fehlt immer noch die **Umsetzung der EU-Richtlinie** FFH in nationales Recht durch die Bundesregierung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Das Wakenitztal war aber nicht angemeldet!)

Mit der A 20 im Reformstau - wenn es nicht so ernst wäre, könnte man dafür fast hämische Worte finden.

Der Europäische Gerichtshof hatte zuletzt im Jahre 1997 die Bundesregierung unter Bußgeldandrohung aufgefordert

(Zurufe von der CDU: Buh!)

- es ist Ihnen offensichtlich egal, wenn Sie jetzt wieder „Buh“ schreien -, diesen Schritt endlich zu vollziehen. Schleswig-Holstein hat sich in dieser Frage nichts vorzuwerfen, gar nichts,

(Beifall bei der SPD)

sondern hat im Gegenteil mit Nachdruck auf die Umsetzung gedrungen.

Schleswig-Holstein hat übrigens - die Frau Ministerpräsidentin hat dies erwähnt - eine Liste von FFH-Gebieten angemeldet, die Wakenitzniederung nicht. Welche Bedeutung dies für das anstehende Verfahren hat, wird zu bewerten sein.

Dritte Bemerkung: Wer behauptet - wie CDU und F.D.P. -, wenn bereits gebaut worden wäre, also der **Sofortvollzug** umgesetzt worden wäre, wäre uns dies alles erspart geblieben, der geht in die Irre und vergißt, daß dies nicht von Rot-Grün, Herr Kayenburg, sondern gemeinsam mit dem Bundesverkehrsminister so entschieden wurde; er vergißt auch, daß die Kosten und Risiken eines solchen Vorgehens unverantwortlich gewesen wären.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung war deshalb gut beraten, den Sofortvollzug eben nicht anzuordnen.

Vierte Bemerkung: Kaum nach Bekanntwerden der Presseerklärung - so muß ich wohl sagen -, ohne daß der Beschluß hatte gelesen werden können, ist von verschiedenen Seiten sofort die **Nordtrasse** ins Gespräch gebracht worden

(Martin Kayenburg [CDU]: Von uns nicht!)

und von der Landesregierung sogar konkret gefordert worden, sofort in die entsprechende neue Planung einzutreten. Allen denjenigen, die dies getan haben, sage ich: An dieser unverantwortlichen politischen Hektik beteiligen wir uns nicht.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Das sagen Sie mal den Grünen!)

Diese Verunsicherung von Zehntausenden von Menschen, die von einer solchen Trasse in einem dichtbesiedelten Gebiet betroffen wären, ist mir nicht egal; ein solches Vorgehen verunsichert und zerstört Vertrauen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die SPD hat zur Trassenführung eine Entscheidung getroffen, die nach sehr intensiven und auch schwierigen Diskussionen - auch in meiner Partei - mit den betroffenen Bürgern, mit der Stadt Lübeck zustande gekommen ist. Wer jetzt sofort die alten Pläne aus dem Schrank holt, der mag dadurch zwar Platz schaffen, politisch glaubwürdig oder überzeugend ist das nicht. Oder man müßte sich fragen, ob er noch alle „Trassen“ im Schrank hat.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schlie?

**Ute Erdsiek-Rave [SPD]:**

Nein, hier leuchtet ohnehin schon die rote Lampe; ich bin dankbar dafür, daß Sie mich noch nicht zu meinem Schlußsatz aufgefordert haben. Ich beantworte die Frage des Abgeordneten Schlie gern hinterher.

Eine letzte Bemerkung: Allen Autobahn-Fundigegnern sage ich aber genauso mit allem Nachdruck: Eine **Nullvariante** wird es mit uns nicht geben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Unser Land wird dann verkehrstechnisch, touristisch und ökonomisch abgehängt, und ich warne davor, dies dann auch noch als Erfolg zu werten. Ich warne davor.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die A 20 ist ein Projekt der deutschen Einheit. Sie ist ein europäisches Projekt - das Zusammenwachsen von Ost und West; dies drückt sich an der Aufnahme in die transeuropäischen Netze nach dem Fall des Eisernen Vorhangs aus -, und sie bleibt ein wirtschaftliches Schlüsselprojekt für die Entwicklung unseres Landes. Dafür werden wir weiter streiten. Darauf verlassen Sie sich!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist bemerkenswert, daß es gerade die Opposition war, die in der Vergangenheit dem Verkehrsminister immer wieder vorgeworfen hat, daß er nicht energisch genug das Planfeststellungsverfahren vorangetrieben habe und daß die Landesregierung zuviel Rücksicht auf die Natur nehme. Wenn das Gericht dem Verkehrsminister nun eine Ohrfeige gegeben hat,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat es doch gar nicht!)

die er sicherlich wegsteckt, wie ich ihn kenne, dann hat es zugleich Ihnen von der Opposition wie auch der Bundesregierung zumindest einen Tiefschlag verpaßt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Der hat offensichtlich so gegessen, daß Sie nicht einmal einen Antragstext für eine Resolution zustande bringen, sondern nur einen Bericht der Ministerpräsidentin fordern.

(Unruhe bei CDU und F.D.P.)

Aber gut, Ihnen mag kollektiv die Puste ausgegangen sein,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo kommen Sie denn her?)

uns noch lange nicht.

Das Gericht hat in seinem Beschluß eindeutig gesagt, daß der **Schutz der Natur** ein großes, nicht zu unterschätzendes Gewicht hat, dem Rechnung getragen werden muß. Das begrüßen wir.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da versteht man die Welt nicht mehr!)

Meine Damen und Herren, wenn ich den Gesprächen auf den Fluren gestern und heute gelauscht habe,

(Meinhard Füllner [CDU]: Ich denke, Sie lauschen nicht! - Heiterkeit)

dann möchte ich eigentlich meinen Ohren nicht recht trauen. Meinen die Damen und Herren tatsächlich, sie

müßten jetzt mal schnell einen Verfahrensfehler korrigieren

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welchen denn?)

und dann sei alles in Ordnung? Man hört sogar, man müsse nur dafür sorgen, daß die Indikatorvögel der Gattung „Wiesensralle“ verschwinden, dann sei das Problem beseitigt.

Täuschen Sie sich nicht, meine Damen und Herren! Sehen Sie sich vor, daß Sie Ihre Fehler nicht wiederholen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott!)

Von einem gewieften Oppositionsjuristen ist sogar zu hören, daß die Naturschutzausweisung durch den Umweltminister nun die Rettung sei, weil damit der Fehler geheilt sei.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

Der vom Gericht beanstandete Abwägungsfehler kann nicht geheilt werden. Nur deshalb, weil nun ein Gebiet ausgewiesen ist, wird es nicht gleichzeitig - und dann auch noch nachträglich - abgewogen.

Ich möchte Ihr Augenmerk auf einen anderen Punkten lenken. Unabhängig von der rechtlichen Kategorie hat das Wakenitztal als Verbindungachse zwischen zwei Vogelschutzgebieten eine besondere ökologische Bedeutung.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Die Qualität eines **FFH-Gebietes** ist gegeben, nach neuesten Erkenntnissen sogar die **Vogelschutzqualität**.

(Zuruf von der CDU: Was ist denn mit dem Wachtelkönig?)

Und wenn für das Gericht noch Zweifel bestanden, ob dies planerisch so gewünscht sei, so sind diese mit der Absicht des Kabinetts, das ganze Tal als ein Naturschutzgebiet auszuweisen, ausgeräumt.

Es gibt Alternativen zur A 20, und ich betone noch einmal, daß wir diese Autobahn für überflüssig halten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Zwei Untersuchungen belegen übrigens - Herr Kayenburg, um noch einmal auf Ihr wiederholtes Hinweisen auf die Investitionen einzugehen -, daß die A 20 eher zum Ausbluten von Mecklenburg-Vorpommern führt als zu seiner wirtschaftlichen Belebung.

(Zurufe von der CDU: Oha, oha!)

Es gibt **Alternativen zur A 20**, und ich möchte sie Ihnen kurz vor Augen führen. Das Land kann anstelle einer Autobahn schnelle Schienenanbindungen herstellen, es kann die beiden Bundesstraßen ausbauen, was schneller, billiger und arbeitsplatzwirksamer ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt aber auch Alternativen für die Trassenführung einer Autobahn: Das Gericht bezieht seine Zweifel aus dem Kaule-Gutachten, wofür wir uns im Koalitionsvertrag eingesetzt haben, und aus der naturfachlichen Stellungnahme der Regierung selber. Beide Dokumente sagen aus, daß die jetzt gewählte Trasse von allen Trassen die schlechteste ist.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Außerdem hat das Gericht ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es zahlreiche Einwendungen nicht geprüft hat, und zwar deshalb, weil ein Umweltverband nur Naturschutzbelange vorbringen darf. Es gibt noch sechs weitere Verfahren, in denen viel mehr Gesichtspunkte geprüft werden. Dort ist vorgetragen, daß der Lärmschutz mangelhaft ist, die Kostenberechnung falsch ist und daß seit dem Verkehrsgutachten von 1993 der Verkehr um fast ein Drittel zurückgegangen ist,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

während die Gutachten eine rasante Steigerung voraussetzen.

Glauben Sie im Ernst, daß gegen eine Trassenentscheidung, die selbst von dem Gutachter des Verkehrsministeriums aus ökologischen Gründen für die schlechteste gehalten wird, in der Abwägung noch Bestand haben wird? - Nein, meine Damen und Herren von der Opposition! Wenn der Verkehrsminister das macht, was ihm von Ihnen geraten wird, dann geht es zum Europäischen Gerichtshof,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

und es passiert nichts mehr. Wir wollen aber, daß etwas im Sinne unserer Alternativen passiert.

(Zurufe von der CDU)

Es gibt nur eine Lösung: Es muß endlich eine ordentliche Abwägung zwischen Naturschutz, Verkehr, Wirtschaft und den Belastungen für die Menschen geben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen den Weg zu Planungen finden, die aufhören, Ökologie und Ökonomie gegeneinander auszuspielen. Wir müssen zu Planungen kommen, in denen Ökonomie und Ökologie miteinander versöhnt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb danke ich allen Bürgerinitiativen, den Umweltverbänden und allen Menschen, die sich aktiv auch als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker betätigt haben sowie den sonstigen Menschen in den Gemeinden und dem Umweltminister für ihr Engagement,

(Meinhard Füllner [CDU]: Haben Sie nicht auch noch eine Fahne!)

das uns diesem so wichtigen Ziel ein wenig nähergebracht hat.

Herr Minister Steinbrück, wir haben noch viel vor in den kommenden zwei Jahren. Lassen Sie uns zu gemeinsamem Handeln zurückfinden im Interesse dieses Landes, im Interesse der Menschen und unserer schützenswerten Natur.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion ist der Ministerpräsidentin unseres Landes und vor allen Dingen dem Verkehrsminister Peer Steinbrück außerordentlich dankbar, daß sie noch einmal in den vergangenen Tagen und auch heute hier deutlich gemacht haben, welche Bedeutung der zeitnahe Bau der A 20 auf schleswig-holsteinischem Gebiet für die Entwicklung Europas, Deutschlands, aber insbesondere auch für die Entwicklung Schleswig-Holsteins hat.

Die politischen Würfel sind gefallen. Um so mehr verwundert das Schmierentheater in den vergangenen Wochen, in denen ein im Erregungszustand befindlicher Umweltminister sich vor einem Landesausschuß der Grünen aufbläht, um anschließend die Luft herauszulassen. Das stank schon Anfang der Woche gewaltig.

Wir haben am Mittwoch hier im Plenarsaal aber erleben dürfen, wie anlässlich der Mitteilung, das Bundesverwaltungsgericht habe den Sofortvollzug des Planfeststellungsbeschlusses zum Bau der A 20 zunächst gestoppt, bei den Grünen - auch auf der Regierungsbank - zu Jubelstürmen führte, während die sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister - allen voran die Ministerpräsidentin - mit versteinertem Gesicht dasaßen.

Die Meldungen überschlugen sich: „Autobahnbau endgültig gestoppt?“, „Naturschutz setzt sich durch!“, „Schwerer Rückschlag für Steinbrück“ waren die Schlagzeilen des Tages.

Auch CDU- und F.D.P.-Opposition haben - wie Minister Steinbrück - in einer ersten Stellungnahme von einer Katastrophe für Schleswig-Holstein und einem schweren Rückschlag für die weitere Entwicklung dieses Landes gesprochen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Unsinn! Absoluter Unsinn!)

Ich bin dem Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein ausgesprochen dankbar, daß er sehr zeitnah, am gestrigen Mittag, den Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Januar 1998 den Fraktionen des Hohen Hauses zugeleitet hat. Die **Beschlußbegründung** relativiert die auf der Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts basierenden vorläufigen Erkenntnisse erheblich. Um es

deutlich zu sagen: Die ausführliche Lektüre der Beschlußbegründung und eine Erörterung am gestrigen Abend mit vier weiteren Juristen, die - das dürfte selten vorkommen - unabhängig voneinander zu dem gleichen Ergebnis gelangten, begründet meine Aussage: Die A 20 wird alsbald gebaut, und sie wird auch durch die Wakenitzniederung gebaut werden.

(Beifall bei F.D.P., CDU und des Abgeordneten Gerhard Poppendiecker [SPD])

Der Wirtschaftsminister hat recht, wenn er voraussagt, daß er am 7. Mai 1998 in dem Hauptsacheverfahren mit einer ergänzenden Stellungnahme obsiegen werde.

Die Lektüre des Beschlusses hat mich auch noch zu einer weiteren Erkenntnis gebracht: Solange Rot-Grün in Schleswig-Holstein regiert, muß dieser Wirtschaftsminister bleiben, der mit Geschick und auch etwas List es immer wieder schafft, die Grünen auszumanövrieren.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Gott gebe, daß sich jedenfalls bis zum Jahre 2000 in der SPD Lafontaine und Rau durchsetzen und nicht Schröder und Clement, damit uns Peer Steinbrück nicht in Richtung Nordrhein-Westfalen abhanden kommt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und vereinzelter Beifall bei der CDU - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muß nach der Lektüre des Beschlusses aber noch jemand anderen loben - ungern zwar, aber nicht weniger herzlich: Das ist der allseits beliebte Umweltminister des Landes Schleswig-Holstein, Rainer Steenblock.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Er hat den Schlüssel zur Verhinderung der Autobahn in der Hand gehalten, und er hat ihn wieder weggelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gehört schon ein gehöriges Maß an Mut dazu, etwas nicht zu tun, was die Parteibasis, die Wählerinnen und Wähler der Grünen vor Ort erwarten und der Minister auch öffentlich verkündet, nämlich, den Bau der A 20 wirklich zu verhindern.

Deshalb bin ich Rainer Steenblock für meine Fraktion - ich bin sicher, auch für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger des Landes Schleswig-Holstein - außerordentlich und von ganzem Herzen dankbar,

(Lachen des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

daß er die Wakenitzniederung nicht als **Schutzgebiet** nach der **Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie** der Europäischen Union

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kubicki, Sie sind wirklich klasse!)

beim Bund und über diesen bei der Europäischen Gemeinschaft angemeldet hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dies allein hätte dazu führen können, den Planfeststellungsbeschluß wegen Abwägungsmängeln aufzuheben und damit zu einer wesentlichen Verzögerung, wenn nicht sogar Verhinderung, der Autobahn beizutragen.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für Ihren Mut, Herr Minister Steenblock, sich gegen die eigene Partei und gegen die sie unterstützenden Verbände zu entscheiden, zolle ich Ihnen meinen persönlichen Respekt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört!)

Zur rechtlichen Bewertung im einzelnen - nachzulesen im Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts auf den Seiten 31 ff. unter der Nr. 3.4.2.3; hierbei versuche ich es möglichst unjuristisch zu machen, damit es für jedermann und für jede Frau, ob fröhlich oder nicht, verständlich ist - ist folgendes festzuhalten:

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Das Bundesverwaltungsgericht hat zunächst in einem vorläufigen Verfahren - das muß betont werden - festgestellt, daß Planungsfehler nicht vorliegen beziehungsweise nicht geltend gemacht werden können und daß auch das Verfahren des Landesamtes für Straßenbau und Straßenverkehr Schleswig-Holstein insgesamt nicht zu beanstanden sei. Es hat allerdings

eine interessante juristische Frage aufgeworfen, die durch eine Verurteilung der Bundesrepublik Deutschland durch den Europäischen Gerichtshof wegen Vertragsverstoßes am 11. Dezember 1997 an Bedeutung gewonnen hat:

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wissen wir doch alles!)

Welche Rechtsfolgen entstehen, wenn die Bundesrepublik Deutschland vertragswidrig EU-Richtlinien nicht in ihr innerstaatliches Recht umsetzt?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wissen wir doch!)

- Aber verstanden haben Sie es wahrscheinlich nicht, Frau Fröhlich!

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Im Hinblick auf das vorläufige Rechtsschutzverfahren zum Bau der A 20 ist diese juristische Frage derart knifflig, daß eine Prognoseentscheidung über den Ausgang vorläufig, das heißt beim bisherigen Erkenntnisstand, nicht getroffen werden kann, so daß das Rechtsschutzbedürfnis der Antragsteller gegenüber dem Bedürfnis der Allgemeinheit nach dem Bau der Autobahn - so das Bundesverwaltungsgericht - vorrangig ist.

Die sogenannte Vogelschutzrichtlinie und die FFH-Richtlinie hätten ausweislich der in ihnen enthaltenen Bestimmungen bereits in innerstaatliches Recht umgesetzt werden müssen, was in der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht geschehen ist.

Der Europäische Gerichtshof hat deshalb in bezug auf die **Vogelschutzrichtlinie** bestimmt,

(Zurufe der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

daß deren Wirkung - nun warten Sie es doch einmal ab, Kollege Nabel! - innerstaatlich so weit reicht, als wäre sie bereits Bestandteil nationalen Rechts. Für die FFH-Richtlinie gibt es eine entsprechende europarechtliche Entscheidung noch nicht, weshalb das Bundesverwaltungsgericht auch bedacht hat, ob eine entsprechende Vorlage nicht zum Europäischen Gerichtshof erfolgen müsse.

Überträgt man die Grundsätze der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes zur Vogelschutzrichtlinie

auch auf die FFH-Richtlinie, dann wären innerstaatlich sämtliche Gebiete, denen in tatsächlicher Hinsicht eine Eigenschaft zukommt, die eine Schutzgebietsausweisung nach der FFH-Richtlinie ermöglicht, so zu behandeln, als wären sie bereits ausgewiesen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies gilt jedenfalls so lange - Herr Matthiessen! - bis das nach der FFH-Richtlinie vorgesehene ordentliche Verfahren zur Schutzgebietsausweisung erledigt und in nationales Recht implantiert wurde.

Untechnisch ausgedrückt: Wenn die Mitgliedsstaaten sich vertragswidrig nicht innerhalb der Frist entscheiden, welche Gebiete Schutzgebiete nach der FFH-Richtlinie sein sollen, dann sind alle Gebiete, die in Frage kommen, als „potentielle Schutzgebiete“ zu behandeln, weil sie ja alle - theoretisch! - als solche Gebiete in Betracht kommen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat ausgeführt - hier bedarf es eines wörtlichen Zitats -:

„Es steht fest,“

- das wird ja bestritten -

„daß die Bundesrepublik Deutschland die FFH-Richtlinie bislang in vertragswidriger Weise nicht in nationales Recht umgesetzt und eine Meldung der geeigneten Gebiete unterlassen hat.“

Der Europäische Gerichtshof hat die Vertragsverletzung mit dem bereits erwähnten Urteil vom 11. Dezember 1997 ausgesprochen. Siehe Seite 32 der Beschlußbegründung.

Ich zitiere weiter:

„Kann die Wakenitzniederung in tatsächlicher Hinsicht als ein potentielles (faktisches) FFH-Gebiet bestimmt werden, ist in rechtlicher Hinsicht zweifelhaft, ob eine derartige Qualifizierung auch rechtlich in entscheidungserheblicher Weise möglich ist. Derartige Zweifel ergeben sich aus den besonderen Verfahrensschritten, welche Artikel 4 und 5 FFH-RL für die Ausweisung vorsehen.“

Die in Art. 3 Abs. 1 FFH-RL vorgesehene Ausweisung eines kohärenten ökologischen Netzes **besonderer Schutzgebiete** verlangt die Mithilfe der Mitgliedsstaaten. Diese haben der EU-Kommission innerhalb von drei Jahren eine Liste über die einzelnen Gebiete zuzuleiten. ... Gegen den erklärten Willen eines Mitgliedsstaats kann ein Gebiet nicht in das kohärente ökologische Netz aufgenommen werden. Eine nationale Pflicht zur innerstaatlichen Ausweisung entsteht erst mit Aufnahme eines Gebietes in die gemeinschaftliche Liste.“

Dies bedeutet im Klartext: **Schutzgebiet nach FFH-RL** kann nur ein solches Gebiet werden, das die Europäische Kommission auf der angemeldeten Liste als solches bestimmt hat. Die Europäische Kommission kann ihrerseits nicht eigenständig eine Schutzgebietsausweisung treffen, das heißt, eine Aufnahme in die Liste verlangen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Kubicki, kommen Sie jetzt bitte zum Schluß.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident, bei allem Respekt, mit meiner Fraktion ist eine Redezeit nicht abgesprochen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Sie sollten meine Geschäftsordnungsbemerkung nicht kommentieren. Ich habe Sie gebeten, zum Schluß zu kommen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Diese Rechtsposition haben wir gestern schon abgeklopft!)

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident, ich komme anlässlich dieser sehr bedeutenden Debatte mit dem von wem auch immer durchgesetzten Verfahren zum Schluß und sage: Ich finde es sehr beeindruckend, wie die Sozialdemokraten dieses Hohen Hauses oder wer auch immer in dieser wichtigen Frage, zu der Debatten geführt werden, mit einer Geschäftsordnung umgehen, die mit uns nicht abgestimmt worden ist. Wir werden das weiter nachprüfen.

Ich erspare mir hierzu weitere Ausführungen, weil ich ja miterlebe, daß eine Diskussion darüber gar nicht gewünscht wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Möglicherweise gibt es bei der Koalition Konflikte. Aber dann werden wir die Debatte außerhalb des Plenums, also öffentlich, führen müssen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Astrup.

**Holger Astrup [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Denjenigen, die es in den anderen Fraktionen nicht wissen sollten, gebe ich zur Kenntnis: Es sind Fünf-Minuten-Beiträge vereinbart worden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer mit wem?)

Es ist vereinbart worden,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer mit wem?)

und zwar zwischen den drei Fraktionen. Ich weiß aber nicht, ob Kollege Klug informiert war. Aber die Mehrheit des Hohen Hauses hat vereinbart, dem Thema in Fünf-Minuten-Beiträgen gerecht werden zu wollen,

(Unruhe bei der CDU)

mit der Option, daß mit der Redezeit von fünf Minuten etwas großzügig umgegangen wird. Die CDU-Fraktion, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion haben diesem Verfahren so zugestimmt. Falls der Kollege Klug vergessen worden ist, entschuldige ich mich ausdrücklich; meine Erinnerung reicht hier nicht aus.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Klug zur Geschäftsordnung.

**Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Ich weise erstens darauf hin, daß es eine solche Vereinbarung mit der F.D.P.-Fraktion weder gestern noch heute gegeben hat.

Ich weise zum zweiten darauf hin, daß das vorläufige Protokoll zu dem Dringlichkeitsantrag, den wir gestern beraten haben, keine Festlegung zu den Redezeiten enthält.

Drittens weise ich darauf hin, daß die Geschäftsordnung vorsieht, daß, sofern keine einvernehmliche Festlegung von Redezeiten erfolgt, jede Fraktion eine Redezeit von bis zu 20 Minuten beanspruchen darf. Ich bitte den Präsidenten, danach zu verfahren.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zur Geschäftsordnung weise ich darauf hin, daß ich um 12:00 Uhr das Präsidium übernommen habe. Ich habe dabei eine geschäftsleitende Bemerkung vorgefunden: Einigung der Fraktionen zu Tagesordnungspunkt 17; zehn Minuten für die Regierung, fünf Minuten für die Fraktionen; die Redezeit soll großzügig gehandhabt werden. - Entschuldigung, ich referiere hier und werde auf Einwürfe nicht eingehen.

Ich bin großzügig verfahren. Ich habe Herrn Kubicki sieben Minuten reden lassen und ihn dann erinnert, er möge zum Schluß kommen. Daraufhin hat er noch eine Minute geredet und war dann fertig.

Ich denke, wir müssen auf dieser Basis in der richtigen Reihenfolge weiter verfahren. Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als es gestern um die Abstimmung zu dem Dringlichkeitsantrag von CDU und F.D.P. ging, haben auch wir vom SSW diesem Antrag zugestimmt. Dennoch möchte ich hinzufügen, daß ich der Meinung bin, daß es der Sache dienlicher gewesen wäre, wenn wir die Debatte zum Inhalt des Antrags auf die nächste Landtagstagung hätten verschieben können. Dies wäre dem Inhalt dienlicher gewesen, weil es doch für uns alle schwierig ist, sich über Auswirkungen und Konsequenzen dieses Gerichtsurteils fachkundig zu unterhalten.

(Zuruf von der CDU: Für den SSW besonders!)

Aber da wir uns im Laufe der Landtagssitzungen nach der Landtagswahl schon häufiger mit der A 20 befaßt haben, werden wir dies auch heute tun können. Darum stehe ich auch zu der Debatte heute.

Ich möchte, damit keine Mißverständnisse entstehen, noch einmal deutlich machen, daß der SSW weiterhin von der Richtigkeit und Wichtigkeit der A 20 überzeugt ist.

(Beifall des Abgeordneten Peter Gerckens [SSW])

Doch sind wir auch der Auffassung, daß die berechtigten **Bürger- und Umweltinteressen** bei einem Projekt dieser Größenordnung angemessen berücksichtigt werden müssen. Die A 20 kann und soll nicht mit der Brechstange durchgesetzt werden.

Bei aller Aufgeregtheit, die dabei zum Ausdruck gekommen ist, füge ich hinzu: Es kann auch nicht richtig sein, zu sagen, daß die A 20 ohne Rücksicht auf Verluste durchgedrückt werden soll. Wenn beispielsweise der Landesregierung vorgeworfen wird, sie verzögere mit ihrem Verhalten den Bau der A 20, so möchte ich darauf hinweisen, daß sich die Naturschutzverbände massiv über ein zu schnelles Planfeststellungsverfahren zum Bau der A 20 im Bereich des Wakenitztals beschwert haben. Es könnte sein, daß das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ein Indiz dafür ist, daß man unter dem Druck der Öffentlichkeit mit den Planungen zu schnell vorangegangen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher kann es nicht der richtige Weg sein, zu sagen, man hätte schon vor einem halben oder einem Jahr Fakten schaffen müssen. Das kann doch nicht das sein, worauf wir uns hier einlassen müßten.

(Unruhe)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit!

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Zum konkreten Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das jetzt den Stopp der A 20 ausgelöst hat, sage ich nur noch folgendes. Soweit ich verstanden habe, begründet das Bundesverwaltungsgericht sein Urteil damit, daß das Land die Naturschutzrichtlinien der Europäischen Union nicht ausreichend beachtet habe. Konkret geht es um die sogenannte **FFH-Richtlinie**, die insbesondere den Vogelschutz in den Vordergrund stellt. Das Wakenitztal könnte nach Ansicht der Richter den Vorschriften der Europäischen FFH-Richtlinie entsprechen und hätte als solches ausgewiesen werden müssen.

In der Tat kann es verwundern, daß die Bundesrepublik, die sonst doch immer gern die Vorreiterin in der europäischen Integration spielt, ausgerechnet im Bereich des Umweltschutzes europäisches Recht nicht in Bundesrecht umgesetzt hat. Mit ihrem Urteil haben die Berliner Richter jetzt dem europäischen Recht den Vortritt vor dem deutschen Recht gewährt.

Die endgültige Verhandlung - auch das ist schon mehrfach gesagt worden -, die im Mai stattfinden wird, wird daher für uns alle spannend werden. Es wird dann zu weitreichenden Konsequenzen kommen; auch das ist klar.

Bezüglich der Frage, wer die Schuld an diesem Versäumnis trägt, sieht es allerdings so aus, als ob die Landesregierung formal richtig gehandelt hat, da der Bund noch kein Gesetz zur Umsetzung der EU-Naturschutzvorschriften auf den Weg gebracht hat.

Ich muß auch deutlich machen, daß es jetzt nicht um Schuldzuweisungen gehen soll. Es sollte unserer Meinung nach um Recht und Rechtsstaatlichkeit gehen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sollte auch um die Abwägungen unterschiedlicher Interessenlagen gehen. Ganz objektiv betrachtet, kann es nicht so sein, daß wir eine Gesellschaft wollen, die sich nicht auf so einen Abwägungsprozeß einläßt. Das hat nichts mehr mit demokratischer Gesellschaft zu tun. Wir können auch nicht wollen, daß diese Auseinandersetzung woanders als im demokratischen Raum stattfindet.

Das **Projekt A 20** steht nicht zur Debatte. Es wird von einer breiten Mehrheit in diesem Hause getragen. Ich sagte anfangs schon, daß auch der SSW dazu steht.

Das ist die Sachlage. Darum meine ich, wir sollten ohne Schlammschlachten und Brechstangen weiterkommen, denn das sind völlig überflüssige Requisiten in dieser Debatte.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, wir hatten jetzt einen Durchgang mit Reden der Regierung und der Fraktionsvorsitzenden. Es gibt noch zwei weitere Wortmeldungen.

Mir ist eine Einigung zwischen den Fraktionen signalisiert worden, die es offensichtlich so nicht gegeben hat. Deshalb bitte ich darum, daß wir nach einer zehnmütigen Sitzungsunterbrechung durch die parlamentarischen Geschäftsführer eine Nachricht übermittelt bekommen, wie wir diese Debatte ordentlich zu Ende führen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und CDU)

(Unterbrechung: 14:02 bis 14:12 Uhr)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Die Fraktionen haben sich für noch ausstehende Wortmeldungen auf Fünf-Minuten-Beiträge verständigt. Konkret liegen mir zwei Wortmeldungen vor, und zwar die des Abgeordneten Kubicki sowie die des Abgeordneten Schlie.

Ich bitte Herrn Abgeordneten Kubicki, das Wort zu nehmen.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident, ich bedanke mich für die unkonventionelle Art, dieses Kommunikationsmißverständnis zu beseitigen. Ich danke auch dem Fraktionsgeschäftsführer der SPD, dessen Aktion meinem Redebeitrag nun eine ungewohnte Aufmerksamkeit und Popularität verschafft.

Ich möchte bei einem Zitat aus meinem Redebeitrag ansetzen, das in der Beschlußbegründung nachzulesen ist:

„Kann die Wakenitzniederung in tatsächlicher Hinsicht als ein potentielles (faktisches) FFH-Gebiet bestimmt werden, ist in rechtlicher Hinsicht zweifelhaft, ob eine derartige Qualifizierung auch rechtlich in entscheidungserheblicher Weise möglich ist.

Derartige Zweifel ergeben sich aus den besonderen Verfahrensschritten, welche Artikel 4 und 5 FFH-RL für die Ausweisung vorsehen. Die in Art. 3 Abs. 1 FFH-RL vorgesehene Ausweisung eines kohärenten ökologischen Netzes besonderer Schutzgebiete verlangt die Mithilfe der Mitgliedstaaten. Diese haben der EU-Kommission innerhalb von drei Jahren eine Liste über die einzelnen Gebiete zuzuleiten... Gegen den erklärten Willen eines Mitgliedstaates kann ein Gebiet nicht in das kohärente ökologische Netz aufgenommen werden. Eine nationale Pflicht zur innerstaatlichen Ausweisung entsteht erst mit Aufnahme eines Gebietes in die gemeinschaftliche Liste.“

Nachzulesen auf Seite 31/32 der Beschlußbegründung!  
- Dies bedeutet im Klartext: **Schutzgebiet nach FFH-RL** kann nur ein solches werden, das die **Europäische Kommission** aus der angemeldeten Liste als solches bestimmt. Die Europäische Kommission kann ihrerseits nicht eigenständig eine Schutzgebietsausweisung treffen, das heißt, eine Aufnahme in die Liste verlangen. Die Mitgliedstaaten sind frei und an keine Vorschrift gebunden, diejenigen Gebiete zu bestimmen und anzumelden, die Schutzgebiet nach FFH-RL werden sollen.

Nun kommt der Punkt, der uns alle zum Dank gegenüber Herrn Steenblock verpflichtet: Das Land Schleswig-Holstein hat unter seiner Führung darauf verzichtet, die Wakenitzniederung als Schutzgebiet nach FFH-RL gegenüber dem Bund zu benennen, und der Bund hat seinerseits, diesem Wunsch Schleswig-Holsteins folgend, auf eine Aufnahme in die Anmeldeleiste für die Europäische Kommission verzichtet.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die Ende dieses Monats endgültig der Europäischen Kommission insgesamt nach FFH-RL zuzuleitende Liste enthält die Wakenitzniederung nicht. Damit kann die Wakenitzniederung in rechtlicher Hinsicht -

unabhängig von ihrer möglichen tatsächlichen Qualifizierung - nicht mehr Schutzgebiet nach FFH-RL werden. Insofern ging das Bundesverwaltungsgericht bei seiner Entscheidung noch von einer falschen oder unrichtigen Tatsachengrundlage aus. Das vom **Bundesverwaltungsgericht** beim gegenwärtigen Verfahrensstand nicht ausgeschlossene Abwägungsdefizit, entstanden durch die Nichtberücksichtigung der Wakenitzniederung als potentielles Schutzgebiet nach FFH-RL, entfällt.

Angesichts der Mitteilung des Landes Schleswig-Holstein beziehungsweise der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Bundesverwaltungsgericht, daß die Wakenitzniederung nicht in die angemeldete Liste aufgenommen ist und dementsprechend auch nicht FFH-RL-Schutzgebiet werden kann, steht nach den sonstigen Beschlußausführungen des Bundesverwaltungsgerichts fest, daß ein Abwägungsdefizit nicht vorliegt, weil es aus rechtlicher Sicht nicht vorliegen kann.

Das Bundesverwaltungsgericht hat festgestellt, daß die gemäß Artikel 4 Abs. 3 FFH-RL gesetzte Frist für den Entwurf einer Liste der EU-Kommission zwar erst am 5. Juni 1998 abläuft, mithin die rein theoretische Möglichkeit besteht, daß durch eine Nachmeldung ein Abwägungsfehler evident werden könnte. Es gibt aber dankenswerterweise übereinstimmende Erklärungen sowohl der Landesregierung als auch der Bundesregierung, daß eine solche Nachmeldung nicht vorgenommen werden soll.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch hier ist es der Erwähnung wert: Rainer Steenblock bekennt sich zu der rot-grünen Koalition, die in ihrer übergroßen Mehrheit am Kabinetttisch entschieden hat, daß man diese Autobahn will und daß man sie auch dort will, wo diese Trasse projektiert ist. Es gab und gibt sicherlich - Frau Kollegin Fröhlich, da gibt es zwischen uns mit Sicherheit keine Meinungsunterschiede - ökologisch sinnvollere Varianten. Darauf hat die F.D.P. auch ständig hingewiesen. Aber der Zug der Zeit ist abgefahren. Der Umweltminister mag sich und die Seinen mit dem alten Gorbatschow-Spruch trösten: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. - Das Land braucht die **A 20**, und es braucht sie so schnell wie möglich.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es wäre schön, wenn nach der zu erwartenden Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts im Mai 1998 die Grünen und die Umweltverbände auch ihren öffentlichen Widerstand aufgeben würden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Schlie.

**Klaus Schlie [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte als Abgeordneter des Kreises Herzogtum Lauenburg etwas zu dieser Thematik sagen. Die Menschen in unserem Kreis bewegt, was mit der **A 20** geschieht, weil die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Herzogtum Lauenburg in ganz besonderem Maße darunter zu leiden haben, daß es keine vernünftige Infrastrukturplanung des Landes Schleswig-Holstein gegeben hat, um die **Verkehrsverbindungen zwischen Ost und West** tatsächlich so zu gestalten, wie es notwendig gewesen wäre. Unter Hinweis darauf, daß die A 20 denn nun kommen solle und die Landesregierung dazu stehe wie eine Eins, ist beispielsweise immer wieder gesagt worden, daß die **Ortsumgehung Ratzeburg** nicht gebaut werden könne, da es durch die A 20 eine große Entlastung geben werde.

Ich erwähne diesen Punkt als ersten, weil ich wirklich meine, daß wir uns hier nicht den ganzen Tag mit Formalismen beschäftigen sollten. Vielmehr sollten wir uns mit den Dingen beschäftigen, die die Menschen betreffen. Das ist der Bau der A 20.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Erdsiek-Rave, ich finde es in Ordnung, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen - ich zitiere wörtlich -:

„Alle, die eine neue Trasse fordern, haben nicht alle Tassen im Schrank.“

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Trassen!)

Es ist schon in Ordnung, wenn Sie das so formulieren. Ich frage mich nur, Frau Erdsiek-Rave, wie das mit der Forderung Ihrer lauenburgischen SPD in Verbindung zu bringen ist. In einem Antrag zur nächsten Kreistagssitzung - man möge sich auch das anhören - wird die Kreisverwaltung beauftragt, zu dokumentieren und aufzuzeigen, welche alternative Trassenwahl den Belangen zum einen des Landesnaturschutzgesetzes -

man höre und staune - und zum anderen der obengenannten Vogelschutzrichtlinie und der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union entsprechen würde. Wissen Sie, bringen Sie doch erst einmal Ihren eigenen Hühnerhaufen in Ordnung, bevor Sie sich hier hinstellen und irgendwelche markigen Worte loslassen. Das glaubt Ihnen doch niemand mehr.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Als Abgeordneter dieses Parlaments will ich - da können Sie schreien, soviel sie wollen - sagen: Es kann doch nicht angehen, daß sich die Ministerpräsidentin hier hinstellt und sagt, daß die A 20 auf jeden Fall gebaut werden muß, daß sie notwendig ist und daß diese Landesregierung das will - das erklärt sie hier den Parlamentarierinnen und Parlamentariern -, und daß anschließend Frau Fröhlich kommt und sagt, daß die A 20 überflüssig ist und verhindert werden muß.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das darf ich doch tun! Ich bin doch nicht die Regierung!)

Herr stellvertretender Ministerpräsident, als Abgeordneter dieses Hauses, der gleich nach Hause fährt und den Menschen vor Ort erklären muß, was er als Meinung der Landesregierung mitgenommen habe, möchte ich von Ihnen wissen, was denn nun Ihre Auffassung ist.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Schlie, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Böttcher?

**Klaus Schlie [CDU]:**

Nein, danke!

Vertreten Sie eindeutig die Auffassung der Landesregierung, daß die A 20 notwendig ist und gebaut werden muß, oder sind Sie der Auffassung Ihrer Fraktionsvorsitzenden, daß diese A 20 überflüssig ist und verhindert werden muß?

(Unruhe)

Das ist doch ein Hühnerhaufen und keine Landesregierung. Wie soll ich den Leuten vor Ort denn erklären, was Sie uns hier bieten?

(Beifall bei der CDU)

Dann versuchen Sie noch, mit irgendwelchen Geschäftsordnungstricks diese für Sie unangenehme Debatte zu verhindern.

(Unruhe bei der SPD)

- Das können Sie bejammern, soviel Sie wollen. Das ist mein Eindruck als Abgeordneter, der den Menschen vor Ort diese Dinge mitteilen muß. Ich erwarte Ihre Antwort, Herr Steenblock!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor mir liegen die „Lübecker Nachrichten“ vom 23. Januar, aus denen ich zitieren möchte:

„Quer durch die drei Parteien in der Gemeindevertretung sieht man sich in der stets geäußerten Kritik an der Kieler Planung bestätigt. Dabei geht der CDU-Bürgermeister des 3.670 Seelen zählenden Ortes am weitesten. Aus seiner Sicht wäre ein Neubeginn der Trassendiskussion eventuell mit einer positiveren Neubewertung einer anderen Trasse die beste Perspektive für Groß Grönau nach dem Berliner Urteil.“

Die **Wakenitz** ist als FFH-Gebiet nicht deswegen nicht angemeldet worden, weil sie nicht schutzwürdig ist, sondern sie ist schlicht deswegen nicht ausgewiesen beziehungsweise angemeldet worden, weil die **Naturschutzgebietsverordnung** noch nicht verabschiedet ist. Das ist Tatsache.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat nichts miteinander zu tun!)

Ob die Wakenitz angemeldet wird oder nicht, hängt davon ab, wie die Naturschutzgutachten ausfallen, das heißt, wie der Zustand dieses Gebiets ist. Darüber wird dann zu entscheiden sein, wenn das Gutachten, das im letzten Sommer in Auftrag gegeben worden ist, vorliegt. Dann werden wir darüber reden.

Unabhängig davon, Herr Kubicki, hat das Gericht gesagt, daß das Naturschutzgebiet Schaalsee, das nach

einheitlicher Meinung Vogelschutzgebietsstatus hat, durch die jetzige Trasse beeinträchtigt wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Werden kann!)

Das bedeutet nach Auffassung aller Juristen, mit denen ich geredet habe, daß dieser Weg an dieser Stelle mit großer Wahrscheinlichkeit weg ist, auch wenn die Wakenitz nicht als Schutzgebiet ausgewiesen wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: 7. Mai, Herr Hentschel!)

Es gibt zwei Wege: Entweder wird jetzt versucht, eine Lösung zu finden, die im Interesse der Menschen zu einer vernünftigen und rechtlich sauberen Abwägung in bezug auf Naturschutz und Verkehrsprobleme führt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die ist erfolgt!)

oder das Ganze landet beim Europäischen Gerichtshof. Dann sind diejenigen, die das durchpeitschen, Schuld daran, daß es Jahre dauern wird, bis ein Urteil vorliegt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei der heutigen Debatte hat mich erschreckt, in welcher Art und Weise ein beträchtlicher Teil der Abgeordneten dieses Hauses mit einem Urteil eines **Bundesgerichts** umgeht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Positiv!)

Ein Bundesgericht hat ein Urteil vorgelegt, in dem ein **Gleichrang von Naturschutzinteressen und Verkehrsinteressen** sowie ordentliche Abwägungsprozesse gefordert werden. Was aber machen Sie? Sie versuchen, eine Beschimpfung der Landesregierung und aller möglichen anderen herbeizuzaubern in dem Glauben, daß man auf diese Weise ein Gerichtsurteil wegbekommt. Es tut mir leid, aber ich muß Ihnen sagen: So kann man mit Urteilen nicht umgehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kayenburg.

**Martin Kayenburg** [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich dem Kollegen Kubicki für die rechtliche Würdigung danken - ich habe den Eindruck, daß selbst einige Grüne anfangen nachzudenken - und dafür, daß endlich klargestellt worden ist, wie dieses **Urteil** zu lesen ist, Frau Franzen!

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Zweitens. Herr Hentschel, Sie sollten wissen, daß die Anmeldung als FFH-Gebiet auch ohne eine Naturschutzgebietsausweisung möglich gewesen wäre.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nun fangen Sie nicht schon wieder an, Potemkinsche Dörfer aufzubauen! Das Verfahren ist zwar schwieriger, aber es ist möglich.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Drittens. Frau Erdsiek-Rave, die **Nordtrasse** ist von uns nicht ins Gespräch gebracht worden. Da müssen Sie bitte schön einmal Ihren Koalitionspartner angucken. Auch bei der F.D.P. gab es solche Vorstellungen. Aber gucken Sie sich auch einmal die Presse des Bundes und der Grünen an. Die Nordtrasse ist für uns kein Thema. Das sei nur als Randbemerkung gesagt.

Frau Fröhlich, ich denke, es ist deutlich geworden, daß Sie aus der Regierungspolitik ausgestiegen sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Angesichts dessen, wie Sie sich hier geäußert haben, kann ich mir nicht vorstellen, daß ein auch noch so schön geschriebener nichtssagender Koalitionsvertrag ein solches Bündnis auf Dauer stabil halten kann. Wer sich so aus der Regierungspolitik verabschiedet - wenn wir denn glauben, daß die Regierung für die A 20 und die Elbquerung ist -, der kann kein verlässlicher Partner sein. Ich bin der Meinung: Rot-Grün ist nur noch ein reines Machtbündnis. Die Grünen sind keine Umweltpartei, sondern die Grünen sind eine Umfallerpartei.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Daß das bei Ihnen umfällt, ist klar.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was werfen Sie uns vor, daß wir umfallen oder daß wir so konsequent sind?)

Wenn Frau Fröhlich der Auffassung ist, was auch in Ihrer Presse zum Ausdruck kommt, daß das Gericht Verkehrsminister Steinbrück eine Ohrfeige gegeben hätte, so kann ich nur sagen: Sie haben das Urteil immer noch nicht kapiert. Das Gegenteil ist der Fall.

Sie haben zu früh auf dem Flur herumgetanzt. Die Konsequenzen dieses Urteils und die Konsequenzen der Nichtanmeldung sind von Herrn Kubicki deutlich gemacht worden. Wir sind sicher, daß die **A 20** kurzfristig zum Tragen kommt. - Zu früh gefreut, Frau Fröhlich!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann wissen Sie mehr als wir! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Eine Flasche Sekt! Champagner!)

Schließlich bedauere ich nur, daß einige Bemerkungen auch der Ministerpräsidentin von eben nicht zum Tragen gekommen sind. Sie hat beispielsweise gesagt, daß dem Spatenstich für die A 20 im Herbst nichts mehr im Wege stehe. Frau Simonis, wenn ich das Theater, das ich heute schon einmal apostrophiert habe, sehe, erinnere ich Sie wirklich an § 26 Ihrer Geschäftsordnung. Sorgen Sie endlich einmal dafür, daß in der Öffentlichkeit deutlich wird, daß die Regierung insgesamt hinter der A 20 steht und daß Ihr grüner Umweltminister nicht die Gelegenheit bekommt, dauernd zu konterkarieren.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nur dann wird auch die von Ihnen eingeforderte Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit wahrgenommen und von uns akzeptiert werden. Ich jedenfalls habe die Bitte, daß in dieser Form verfahren wird, Frau Simonis. Anderenfalls wird - anders, als Sie es sich zwar vorstellen, aber Gott sei Dank dann doch - der Satz wahr, den Sie noch im Mai letzten Jahres gesagt haben: „Ich mache mir keinen dicken Kopp über Sachen, die im Jahr 2005 stattfinden.“ - Das brauchen Sie auch nicht. Dann haben Sie nicht mehr die Verantwortung.

Wir fordern Sie aber auf, bis dahin dafür zu sorgen, daß alles unternommen wird, daß die von Ihnen zugesagten Maßnahmen, -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was schlagen Sie denn vor? - Zurufe)

- bis zur Ablösung, Frau Franzen, im Jahr 2000! -

(Konrad Nabel [SPD]: Nicht durch Sie!)

- daß alles unternommen wird, daß die A 20 zügig und sachgerecht vorangetrieben wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was schlagen Sie vor?)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Frau Ministerpräsidentin Simonis.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist bedauerlich, daß es sich die Opposition in einer so schwierigen Situation nicht verkneifen kann, ehe sie überhaupt alles rechtlich gewürdigt hat,

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

diesen vorläufigen Spruch, zu dem zu kommen eine hoch anerkannte Kammer immerhin sieben Monate lang gebraucht hat, schon wieder als Wahlkampfthema auszunutzen. Ich mache mir wirklich keinen „dicken Kopp“ darum, was im Jahre 2005 ist. „Schauen wir mal!“ - um eine andere Partei zu zitieren! Darum geht es doch heute überhaupt gar nicht, Herr Kayenburg! Darum geht es gar nicht.

(Zurufe von der CDU)

Es geht darum - ich spreche jetzt für die Landesregierung; ich habe meine Erklärung für die Landesregierung abgegeben -, ob das ganze Land, ob Mitarbeiter aus den jeweiligen Behörden, die sich Mühe gegeben haben, ob diejenigen, die darauf eingegangen sind, daß zum „Zusammenhäkeln“ der Ost-West-Interessen diese **Infrastrukturmaßnahme** - wie andere - notwendig ist, vielleicht einen Backs gekriegt haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Insoweit bin ich nicht sehr glücklich gewesen. Es steht mir nicht an, das Parlament zu rügen. Ich bin auch nicht über alles glücklich, was Sie sagen. Manchmal weiß ich auch nicht, was ich den Wählern erzählen soll, wenn die Opposition hier Anträge stellt. Herr Schlie, damit müssen wir alle leben.

Der Punkt ist, daß wir in einigen Bereichen, was die **Planfeststellung** der **A 20** anbetrifft, vom Gericht Hinweise bekommen haben. Sie sind sehr ernst zu nehmen. Das ist mehr als nur der Hinweis „macht mal“, „tut mal“. Es ist auch nicht ganz so einfach zu erledigen, wie einige Kollegen - auch in meiner Partei; ich habe das gesehen - glauben, nach dem Motto „es ist so“. Es ist nicht so. Das Gericht selber spricht immer nur im Konjunktiv: „Es könnte sein, daß ... Es ist zu prüfen, ob ...“

Ich empfehle, einmal die 40 Seiten zu lesen und nicht gleich zu behaupten: „Das Gericht hat gesagt, daß es so ist.“

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn sich nämlich an anderer Stelle herausstellt, daß ein anderer Recht bekommt - das zu bedenken bitte ich auch all diejenigen, die hier „Hurra“ schreien -, hätten Sie es auch nicht gern, daß die anderen draußen auf der Straße tanzen. Dabei ist es egal, ob der Koalitionspartner, die Regierung, das Land oder jemand anders einen Backs gekriegt hat und man nach dem Motto agieren kann: Wie schön, wir können ein Wahlkampfthema daraus machen.

Worum es geht, ist, diese Hinweise, die wir als Warnung betrachten können, sorgfältig zu prüfen und darauf zu achten, daß wir nicht feststecken, wenn wir weiterplanen .

Herr Kubicki, ich habe Ihnen sehr interessiert zugehört. Ich habe gestern genau das Gegenteil von dem gehört, was Sie gesagt haben, übrigens auch von einem sehr anerkannten Rechtsanwalt hier in Kiel. Das war das genaue Gegenteil von dem, was Sie hier gesagt haben.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kann ich mir nicht vorstellen!)

- Doch! Doch, doch, doch!

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Jurist - nein, es war keiner der unsrigen! Ein Jurist und sieben Meinungen, und dafür zahlt man auch noch siebenmal Honorar. Das ist das Problem bei euch Juristen. Man weiß dann immer nicht, was man damit anfangen soll.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Deswegen auch mein Hinweis: Ich kriege die rechtliche Wahrheit nicht dadurch, daß ich zwei mit den Köpfen zusammenstoße, sondern ich kriege sie nur dadurch, daß ich sage: Alle, die zu dem Thema etwas zu sagen haben, sperre ich in ein Zimmer ein und lasse sie so lange bewerten, bis am Ende etwas herauskommt, von dem wir sicher sind, daß es abwägbar ist.

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Es ist  
schon zwei Jahre Zeit gewesen!)

- Das dauert seine Zeit. Das ist nun mal so, Frau Todsen! Das dauert nun einmal seine Zeit. Ich weiß nicht, in welche europarechtlichen schwierigen Fragen Sie sich hineinbegeben. Aber ich bin bei solchen Sachen immer eher vorsichtig. Ehe ich losgehe und so locker flockig Sachen beurteile, warte ich erst einmal ab, was mir vorgelegt wird.

Herr Kayenburg, Sie haben mir einen schönen Hinweis gegeben. Wenn Herr Wissmann noch einmal mit dem Ansinnen kommt, wir machen gemeinsam einen Spatenstich, werde ich ihm sagen: „Sehr geehrter Herr Wissmann, ich kenne Sie schon sehr lange. Sie persönlich sind ein netter Mann. Aber ehe ich mit Ihnen so eine Höllenfahrt beginne, einen Ritt über den Bodensee mache - nee, wissen Sie, das ist mir nicht sauber genug. Machen Sie doch mal Ihren eigenen Dreck alleene. Ich melde mich dann später, wenn ich ein Urteil in der Hand habe.“

Wenn die Bundesregierung sagt, sie sei mit allen Planungen durch, sie hätten sie geprüft, sie sei bereit, den Spatenstich zu machen, gehe ich davon aus, daß sie ihre Hausaufgaben gemacht haben -

(Martin Kayenburg [CDU]: Die  
Bundesregierung ist nicht beklagt! Sie  
sind beklagt! Das ist der Unterschied!)

so wie ich davon ausgehe, daß wir sie gemacht haben. Dann mache ich den Spatenstich gern mit.

Ich werde eine solche Geschichte, wie sie in Hamburg gelaufen ist, nicht mitmachen, vor laufenden Kameras auf einen Knopf zu drücken, und dann wird das hinterher von den Gerichten klammheimlich wieder einkassiert. Ich habe den Hinweis von Ihnen bekommen; das macht der Herr Wissmann dann demnächst allein. Ich werde Sie schicken. Dann können Sie gemeinsam das Rückgrat gerade machen, wenn es hinterher rechtlich einkassiert worden ist, wie es der Bundesregierung und der Landesregierung gerade zusammen passiert ist.

Letzte Bemerkung zu dem Thema! Wer jetzt hier schon alles interpretiert und weiß, wie es ausgeht, muß einen Teil seiner **Kritik**, die er glaubt, an der **Landesregierung** üben zu müssen, auch gegen die **Bundesregierung** vorbringen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN]: So ist es!)

Wir haben jeden Schritt, jeden Zentimeter der Planung, jede Seite der Planung mit der Bundesregierung abgesprochen, weil wir sehr wohl wußten, wie schwierig das ist.

Wenn Sie also glauben, das wahlkampfpolitisch ausnutzen zu können, was ich für albern halte, empfehle ich dringend, sich vorher einmal von Herrn Wissmann Rat zu geben lassen, warum er auf uns hereingefallen sein sollte. Sie unterstellen das ja sozusagen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Es geht hier  
um die Äußerung von Frau Fröhlich!)

**Infrastrukturmaßnahmen** dieser Größe sind in der Bevölkerung überhaupt nur dann durchsetzbar, wenn sie den „Nutzen und Frommen“ einer solchen Maßnahme einsieht und das Gefühl hat, alle Bedenken, sowohl naturschutzrechtlicher Art als auch verkehrspolitischer Art sind sorgfältig abgewogen und dahinter steht eine Regierung - nicht, weil sie gezwungen worden ist oder weil ich nach § 26 der Geschäftsordnung der Landesregierung gesagt habe, „Ihr habt gefälligst alle nach draußen zu gehen“, sondern weil jedes einzelne Mitglied davon überzeugt ist, daß seine Bedenken abgearbeitet und sauber aufgelöst worden sind. Nur so stehen Sie übrigens vor Gericht auch ein Verfahren durch! Da müssen nämlich alle die richtigen Argumente zuliefern.

Warten wir nun bis zum Mai ab. Sollte das eine oder andere herauskommen, kann ich Ihnen für die Landesregierung sagen: Sie wird weder in dem einen noch in dem anderen Fall Triumph schreien. Sie wird sich aber freuen, wenn es keine weiteren Verzögerungen mehr gibt. Ob das jeder einzelne in der Bevölkerung verstehen wird oder nicht - ich rede hier für die Landesregierung. Und das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei SPD, F.D.P., SSW und  
vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Tagung angekommen. Der Beginn der nächsten, der 20., Tagung des Landtages ist am 18. Februar 1998 um 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg, ein wunderschönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß: 14:36 Uhr**